

Haushaltsausschuss
unkorrigiertes
Stenografisches Protokoll

92. Sitzung

Montag, den 9. Februar 2009, 9.30 Uhr

Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal 2.400

Vorsitz: Otto Fricke, MdB

TAGESORDNUNG:

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU
und SPD

**Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von
Beschäftigung und Stabilität in Deutschland**

BT-Drucksache 16/11740

Federführend:
Haushaltsausschuss

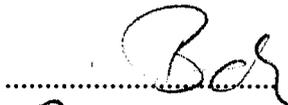
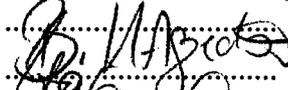
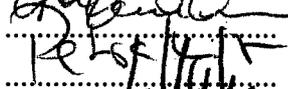
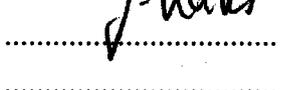
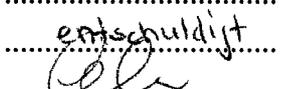
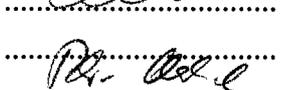
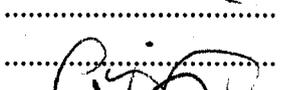
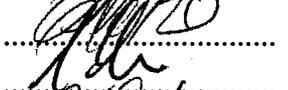
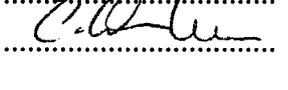
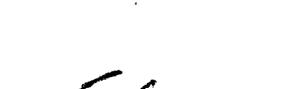
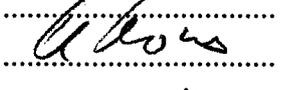
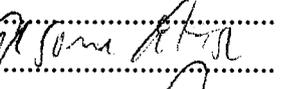
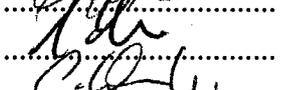
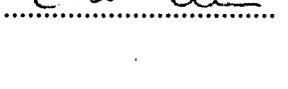
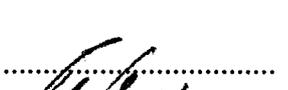
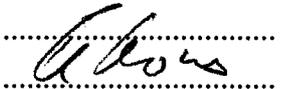
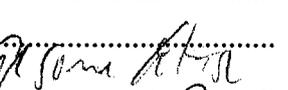
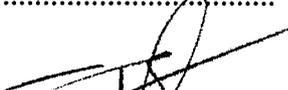
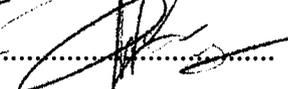
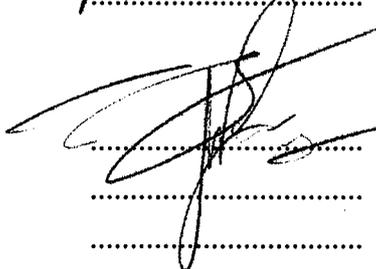
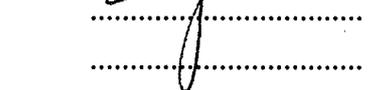
Mitberatend:
Innenausschuss
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

Berichterstatter/in:
Abg. Jürgen Koppelin (FDP)
Abg. Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE.)
Abg. Alexander Bonde (B90/GRUENE)

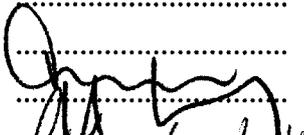
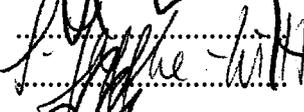
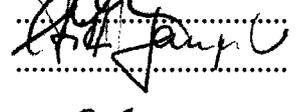
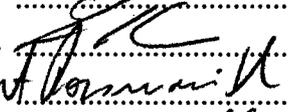
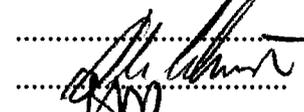
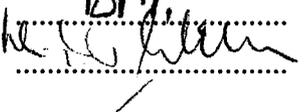
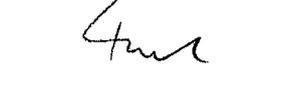
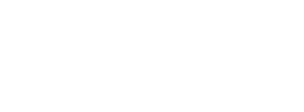
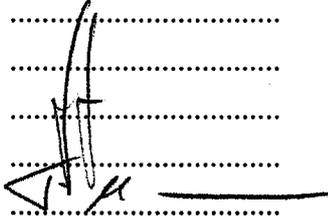
Mitberichterstatter/in:
Abg. Steffen Kampeter (CDU/CSU)
Abg. Carsten Schneider (Erfurt) (SPD)

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
Sitzung des Ausschusses Nr. 8 (Haushaltsausschuss)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Bahr (Neuruppin), Ernst		Arndt-Brauer, Ingrid
Brinkmann (Hildesheim), Bernhard		Binding (Heidelberg), Lothar
Hagedorn, Bettina		Hauer, Nina
Hagemann, Klaus		Krüger Dr., Hans-Ulrich
Hinz (Essen), Petra		Küster Dr., Uwe
Hoffmann (Wismar), Iris		Poß, Joachim
Kahrs, Johannes		Pronold, Florian
Kröning, Volker		Roth (Heringen), Michael
Lehn, Waltraud		Runde, Ortwin
Mark, Lothar		Scheelen, Bernd
Merkel (Berlin), Petra		Spiller, Jörg-Otto
Schmidt Dr., Frank		Stiegler, Ludwig
Schneider (Erfurt), Carsten		Weigel, Andreas
Schurer, Ewald		Weis, Petra
Weißgerber, Gunter		Westrich, Lydia
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Flach, Ulrike		Haustein, Heinz-Peter
Fricke, Otto		Link (Heilbronn), Michael
Koppelin, Jürgen		Piltz, Gisela
Winterstein Dr., Claudia		Toncar, Florian
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Bartsch Dr., Dietmar		Bluhm, Heidrun
Claus, Roland		Höll Dr., Barbara
Leutert, Michael		Kunert, Katrin
Löttsch Dr., Gesine		Menzner, Dorothee
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Bonde, Alexander		Andreae, Kerstin
Lührmann, Anna		Hinz (Herborn), Priska
Nouripour, Omid		Saffrazin, Manuel

Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
Sitzung des Ausschusses Nr. 8 (Haushaltsausschuss)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Barthle, Norbert		Brand, Michael
Borchert, Jochen	Brauksiepe Dr., Ralf
Frankenhauser, Herbert		Dautzenberg, Leo
Fromme, Jochen-Konrad	Ferlemann, Enak
Fuchtel, Hans-Joachim		Fischer (Karlsruhe-Land), Axel E.
Jaffke-Witt, Susanne		Fuchs Dr., Michael
Kalb, Bartholomäus		Meister Dr., Michael
Kampeter, Steffen	Müller (Erlangen), Stefan
Königshofen, Norbert		Rupprecht (Weiden), Albert
Luther Dr., Michael		Schäfer (Saalstadt), Anita
Rossmann, Kurt J.	Scheuer Dr., Andreas
Schirmbeck, Georg		Spahn, Jens
Schröder Dr., Ole		Strothmann, Lena
Schulte-Drüggelte, Bernhard		Tillmann, Antje	
Willsch, Klaus-Peter		Weiß (Emmendingen), Peter

Florian Kammich

Kammich

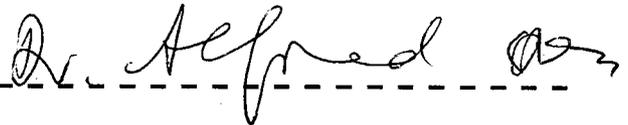
Anwesenheitsliste der Sachverständigen
zur öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses am 9. Februar 2009
– Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in
Deutschland –
 (BT Drucksache 16/11740)

Sachverständige/r**Unterschrift**

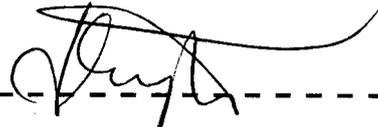
Frau Monika Kuban
 Deutscher Städtetag



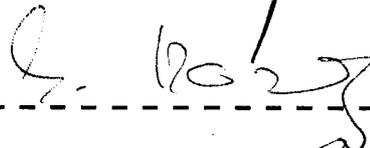
Herr Dr. Alfred Boss
 Institut für Weltwirtschaft



Herr Heiner Flassbeck
 UNCTAD



Herr Dr. Gerd Rosenkranz
 Deutsche Umwelthilfe



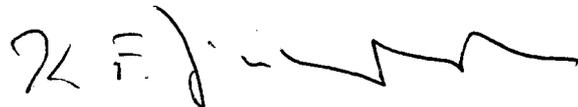
Herr Michael Sommer
 DGB



Herr Dr. Frank-Jürgen Weise
 Bundesagentur für Arbeit



Herr Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
 DIW



(Beginn: 9.36 Uhr)

Vorsitzender Otto Fricke: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle ganz herzlich zur 92. Sitzung des Haushaltsausschusses begrüßen.

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** auf:

Öffentliche Anhörung zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland
BT-Drucksache 16/11740

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Innenausschuss
Sportausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Jürgen Koppelin (FDP)
Abg. Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE.)
Abg. Alexander Bonde (B90/GRUENE)

Mitberichterstatter:

Abg. Steffen Kampeter (CDU/CSU)
Abg. Carsten Schneider (Erfurt) (SPD)

Als Sachverständige darf ich ganz herzlich begrüßen: Herrn Dr. Boss vom Institut für Weltwirtschaft, Herrn Dr. Flassbeck von der UNCTAD, Professor Dr. Zimmermann vom DIW, Frau Kuban vom Deutschen Städtetag,

Herrn Sommer vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Herrn Dr. Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe; Herr Weise von der Bundesagentur für Arbeit kommt etwas später. Die Sachverständigen haben schriftliche Stellungnahmen vorgelegt. Ich begrüße auch den Parlamentarischen Staatssekretär im Finanzministerium, der, wie ich weiß, immer gerne hierherkommt.

Zwei Sitze neben mir sitzt Herr Hinz, ohne den im Haushaltsausschuss - neben Herrn Probst und anderen - nichts funktioniert. Herr Hinz hat sich heute gedacht: Ich mache mir selbst ein Geburtstagsgeschenk und bin bei der Ausschussanhörung dabei. Herzlichen Glückwunsch vom gesamten Ausschuss!

(Beifall)

Ich bin gespannt, was dieser Ausschuss machen wird, wenn Sie Ihre nächsten fünf Geburtstage feiern.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Und wer Vorsitzender ist!)

- Vorsitzender wird jedenfalls keiner von der FDP sein.

Gestatten Sie mir ein paar formale Hinweise. Mit den Obleuten ist besprochen worden, dass jeder Fragesteller - ebenso wie in den früheren Anhörungen - maximal zwei Fragen an einen Sachverständigen oder eine Frage an zwei Sachverständige stellen darf. Ansonsten bräuchten wir zu lange für die Durchführung dieser Anhörung. Wir wissen schließlich, dass wir notfalls alle ganz lange reden können. Deswegen stellen wir lieber kurze Fragen in der Hoffnung, dass wir prägnante Antworten bekommen.

In der ersten Fragerunde kommen die Berichterstatter in folgender Reihenfolge zu Wort: Herr Koppelin, Herr Kampeter, Frau Löttsch, Herr Schneider und Herr Bonde. In der zweiten Runde kommen weitere Haushalter und in der dritten Runde Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ausschüssen zu Wort.

Die von den Sachverständigen vorab eingereichten Stellungnahmen dienen als Grundlage für die Fragen. Die Stellungnahmen wurden ausgelegt. Sie wurden in der Drucksache 16/5801 zusammengefasst, die Ihnen vorliegen müsste. Die Stellungnahmen der nicht eingeladenen Verbände haben wir in der Drucksache 16/5802 zusammengefasst. Einige Stellungnahmen liegen bereits auf den Tischen, einige gehen noch ein.

Wir wollen keine Eingangsstatements machen. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass das wenig produktiv ist.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Die liegen ja schriftlich vor!)

- Wenn man sie als Eingangsstatements verstehen will, Kollege Kampeter, dann ja. Ich gehe aber davon aus, dass die Sachverständigen aufgrund ihres Intellekts in der Lage wären, sehr gute und über das Schriftliche hinausgehende Eingangsstatements abzugeben.

Im Foyer gibt es Getränke und kleine Imbisse. Wer will, kann sich dort verpflegen. Da es hier wieder einmal etwas zu warm ist, ist Anzugserleichterung gestattet. Ich bitte darum, dass hier kein Handy klingelt. Das kann sehr teuer werden.

Das Wort hat Herr Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, zunächst einmal zur Geschäftsordnung. Sie haben als Gast Herrn Staatssekretär Diller begrüßt. Sie haben aber keinen Vertreter des Wirtschaftsministeriums begrüßt. Ich verstehe zwar, dass die Situation im Wirtschaftsministerium aktuell schwierig ist - deswegen will ich das nicht überzeichnen -; aber zumindest ein beamteter Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium sollte hier anwesend sein. Ich bitte daher, einen beamteten Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium herbeizurufen und mit der Anhörung nicht anzufangen, ehe er hier ist. Dieses Gesetzespaket wurde vom Wirtschaftsministerium und vom Finanzministerium geschnürt. Also muss hier auch das Wirtschaftsministerium vertreten sein.

Vorsitzender Otto Fricke: Kollege Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Herr Kollege Koppelin, der Vorsitzende hat diese Ausschussanhörung vorbereitet und das federführende Ressort eingeladen. Ich freue mich, dass das federführende Ressort hier vertreten ist. Wenn Sie im Vorfeld den Wunsch geäußert haben, dass das Wirtschaftsministerium ebenfalls vertreten sein soll, der Vorsitzende Ihren Wunsch aber nicht beachtet hat, dann müssen Sie das mit ihm ausmachen. Sollte Ihr Wunsch neu sein, werden wir uns gerne darum bemühen, dass einer der beamteten Staatssekretäre erscheint. Ich sehe aber keine Veranlassung,

die Anhörung zu verschieben. Ich würde mich freuen, wenn fraktionsinterne Streitigkeiten bei der FDP vor der Ausschusssitzung geregelt werden könnten.

Jürgen Koppelin (FDP): Kollege Kampeter, Sie haben in der Vergangenheit schlechte Begründungen besser vorgetragen. Bisher haben wir gedacht, dass dieses Paket von Finanzministerium und Wirtschaftsministerium gemeinsam geschnürt wurde. Nach Ihren Aussagen hat das Wirtschaftsministerium - das muss ich jetzt zur Kenntnis nehmen - bei dieser Geschichte keine sehr große Rolle gespielt. Deswegen legen Sie offensichtlich keinen großen Wert darauf, dass ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums hier anwesend ist. Ich finde, angesichts der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gehört selbstverständlich ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums hierher. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Unter uns gesagt: Diese Begründung ist fadenscheinig. Wir stellen daher den Antrag, einen beamteten Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums herbeizurufen.

Vorsitzender Otto Fricke: Ich möchte feststellen: Der Ausschussvorsitzende hat die Sachverständigen eingeladen. Da er um die Selbstständigkeit und das selbsttätige Denken der Regierung weiß, hat er weder das Finanzministerium noch das Wirtschaftsministerium eingeladen. Er ging davon aus, dass Vertreter der Ministerien entweder kommen oder nicht. Wenn das Ihr Wunsch ist, ist das eine andere Frage. So viel, um klarzustellen, wie das Ganze gelaufen ist.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Kollege Koppelin, Sie gehören dem Hohen Haus schon länger an und kennen daher den Zusammenhang zwischen Federführung und Mitberatung. Wenn Sie einen Wunsch hatten, hätten Sie diesen dem Sekretariat gegenüber äußern müssen. Das Finanzministerium ist bei diesem Gesetzentwurf federführend zuständig. Mitberatend sind das Sozialministerium, das Bauministerium und das Wirtschaftsministerium; ich weiß nicht, ob sonst noch welche mitberatend sind.

(Jens Spahn (CDU/CSU):
Innenministerium!)

- Richtig, das Innenministerium und das Gesundheitsministerium. All diese Ministerien sind hier ebenfalls nicht vertreten.

Wir stehen der freundlichen Herbeirufung eines Vertreters der politischen Leitung des Wirtschaftsministeriums nicht im Wege. Ich bin mir sicher, dass sich das Sekretariat darum bemühen wird.

Vorsitzender Otto Fricke: Können wir das so machen?

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, ich darf feststellen, dass wir in der Sitzung, in der wir diese Anhörung beschlossen haben, gesagt haben, dass die beteiligten Ministerien anwesend sein sollen. Das habe ich nicht vergessen.

Vorsitzender Otto Fricke: Ich halte fest: Wir versuchen, dafür zu sorgen, dass das Wirtschaftsministerium einen Vertreter schickt, und zwar, wenn das geht, einen beamteten Staatssekretär. Es ist im Augenblick schwierig, einen Parlamentarischen Staatssekretär herbeizurufen; das gebe ich gerne zu.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? - Nein.

Als erster Berichterstatter hat der Kollege Koppelin das Wort.

Jürgen Koppelin (FDP): Ich will auf die Stellungnahme von Herrn Dr. Boss eingehen. Herr Dr. Boss, in Ihrer Stellungnahme steht:

Es sollte klargestellt werden, dass die Steuern nicht erhöht werden.

Können Sie uns sagen, wie die mit diesem Paket aufgenommenen riesigen Schulden in kürzester Zeit reduziert werden können?

Sie haben auf einen anderen Punkt hingewiesen, den ich sehr interessant finde: auf die öffentlichen Investitionen, die getätigt werden. Sie haben gesagt, dass sie zwar grundsätzlich sinnvoll seien, aber zu nennenswerten Preissteigerungen im Bausektor führen könnten. Auch dazu hätte ich gerne ein paar Anmerkungen von Ihnen gehört.

Zu Ihrem vierten Punkt.

Vorsitzender Otto Fricke: Kollege Koppelin, nur zwei Fragen.

Jürgen Koppelin (FDP): Dazwischen war ein Semikolon, Herr Vorsitzender. Das ist Ihnen doch hoffentlich aufgefallen, oder?

Vorsitzender Otto Fricke: Nein.

Jürgen Koppelin (FDP): Ich fasse mich kurz. Ich mache keine langen Ausführungen.

Die Auswirkungen auf die Arbeitsanreize sind zu beachten. Wenn Sie bitte zum Kinderbonus und zu diesem Paket insgesamt unter dem Stichwort Subventionen - ich will mich kurzfassen - Stellung nehmen könnten. Sagen Sie bitte etwas zu Ihrer Empfehlung, Steuern zu senken, anstatt so ein Programm aufzulegen.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Ich habe eine Vorbemerkung und zwei Fragen.

Die Vorbemerkung: Ich bedanke mich bei allen Sachverständigen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Ladungsfristen sehr kurz waren. Das Gesetzgebungsverfahren entspricht vom zeitlichen Ablauf her zwar dem, was wir uns eigentlich immer wünschen, doch es entspricht nicht unbedingt der Praxis. Deshalb möchte ich mich seitens der Koalition in erster Linie bei allen Sachverständigen dafür bedanken, dass sie heute hier sind.

Meine beiden Fragen. Die erste Frage geht an die Finanzchefin der deutschen Gemeinden, Frau Kuban. In den Kommunen fanden die ersten Veranstaltungen zur Bewertung des kommunalen Investitionsprogramms statt. Wir sind auf positive Reaktionen gestoßen. Halten Sie das, was die Bundesregierung dem Parlament vorschlägt - die Länder und viele Bürgermeister greifen der Entscheidung vor und verkünden das schon -, für eine sinnvolle und vernünftige Maßnahme?

Die zweite Frage geht an Herrn Zimmermann vom DIW. Herr Zimmermann, wir haben in der Europäischen Union vereinbart, für einen konjunkturellen Impuls zu sorgen. Das jetzt Vorgelegte geht leicht darüber hinaus. Wenn Sie bitte eine Bewertung abgeben könnten, wie Deutschland mit diesem konjunkturellen Impuls im internationalen Kontext dasteht. Wie bewerten Sie das insgesamt?

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE): Auch ich mache eine Vorbemerkung, weil das augenscheinlich üblich ist. Normalerweise dienen Anhörungen dazu, dass man sich eine Meinung bildet, um Änderungen in den Gesetzentwurf einfließen lassen zu können. Nun sind wir aber mit der Situation konfrontiert, dass etliches von dem, was mit dem

Paket festgelegt werden soll, bereits wirksam geworden ist. Ich erinnere an unsere recht heftige Debatte vor gut 14 Tagen über die Abwrackprämie. Dabei mussten Kollegen im Haushaltsausschuss staunend zur Kenntnis nehmen, dass dieses Programm schon läuft, obwohl die 1,5 Milliarden Euro dafür - das ist nicht wenig Geld - noch nicht beschlossen wurden. Daher brauchen wir über die Abwrackprämie gar nicht zu reden. Deswegen will ich keine Frage dazu stellen. Ich verbinde meine erste Frage mit einer Entschuldigung bei den Experten dafür, dass sie sich zu Dingen äußern sollen, die schon laufen, und ihre Expertise deswegen vielleicht ein bisschen vom Winde verweht wird.

(Zuruf: Die Leute sind froh!)

- Zu rufen: „Die Leute sind froh“, ist einfach. Wir machen hier aber keine Politik am Küchentisch; jedenfalls sollten wir das nicht machen.

Meine erste Frage geht an Herrn Flassbeck. Sie haben sich in Ihrer Stellungnahme kritisch zu diesem Konjunkturpaket geäußert. Mich würde interessieren, wie Ihrer Meinung nach ein Konjunkturprogramm hinsichtlich Umfang und Dauer ausgestaltet sein müsste, um nachhaltig zu wirken.

Meine zweite Frage geht an Herrn Sommer. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf die Einkommens- und Konsumschwäche deutscher Haushalte abgehoben. Sie haben darauf hingewiesen - damit sind wir logischerweise sehr einverstanden -, dass die Hartz-IV-Sätze angehoben und endlich gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden müssen. In diesem Zusammenhang hätte ich von Ihnen gerne eine Stellungnahme zu der „ausgewählten“ Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren. Sehen Sie das als Lösung des Hartz-IV-Problems an? Wie bewerten Sie das?

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD): Ich frage Herrn Sommer nach seiner Einschätzung des Pakets. Meinen Sie, dass dieses Paket mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro richtig proportioniert ist?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Professor Zimmermann. Mich interessiert Ihre Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. Welchen Effekt erwarten Sie von diesem Paket in 2009 und 2010?

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine erste Frage richte ich an Herrn Dr. Rosenkranz. Sie haben in Ihrer Stellungnahme kritisiert, dass dem Paket die Annahme zugrunde liege, die jetzige Krise sei nur ein Betriebsunfall und man könne danach zur alten Wachstumslogik zurückkehren. Sie führen eine ganze Reihe von Punkten auf, an denen Sie eine Stabilisierung der bestehenden ökologischen und finanzpolitischen Strukturen festmachen. Vielleicht können Sie uns erläutern, welche Chancen für einen ökologischen Wandel Sie in dieser Krise sehen. Wo könnten nachhaltige Wirtschaftsimpulse gesetzt werden?

Meine zweite Frage richte ich an Herrn Professor Zimmermann. Was bedeutet es Ihrer Meinung nach für die Unternehmensfinanzierung auf den Finanzmärkten, dass sich die Staatsverschuldung gegenwärtig nicht nur in der Bundesrepublik, aber insbesondere bei uns, dramatisch erhöht und es in diesem Jahr eine erhebliche Ausweitung der Emissionstätigkeit von Staaten gibt? Welche Auswirkungen hat diese Neuverschuldung aus Ihrer Sicht auf als sehr sicher eingestufte Finanzanlagen? Welche Auswirkungen hat das auf die Finanzmärkte und die Unternehmensfinanzierung? Welche Aufgaben für staatliches Handeln ergeben sich daraus wiederum?

Vorsitzender Otto Fricke: Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde der Berichterstattung. Jetzt kommt die berühmte Frage: Wie gehen wir vor: von rechts nach links oder von links nach rechts? Herr Sommer, ich schlage vor, wir gehen jetzt von links nach rechts und in der nächsten Runde von rechts nach links vor.

Sachverständiger Michael Sommer (Deutscher Gewerkschaftsbund): Von links nach rechts ist immer richtig, Herr Vorsitzender, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf.

Herr Kampeter, zwei kurze Bemerkungen. Ich bin dankbar dafür, dass diese Anhörung stattfindet. Ich halte es angesichts der Krisensituation für ausgesprochen sinnvoll, dass die Fristen verkürzt wurden. Das muss ja nicht nur bei Bankenrettungspaketen der Fall sein.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Wir sind bereit!)

- Wir auch.

Ich möchte kurz auf die beiden konkreten Fragen antworten.

Frau Dr. Lötzsch hat nach Hartz IV gefragt. Wir begrüßen die Verbesserung für Kinder ausdrücklich. Wir erwarten allerdings nicht, dass dies zu einer generellen Verbesserung der Situation der Menschen führt, die Hartz IV beziehen. Wir erwarten, dass die Hartz-IV-Regelsätze insgesamt überprüft werden. In diesem Zusammenhang weise ich ausdrücklich darauf hin, dass das Bundessozialgericht ja einen entsprechenden Vorlagebeschluss für das Bundesverfassungsgericht verfasst hat. Ich glaube, dass die Regelsätze insgesamt erhöht werden müssen, aber insbesondere die Regelsätze für Kinder. Wir halten diesen Schritt der Koalition für einen Schritt in die richtige Richtung. Sie wissen, dass wir uns, was die Maßnahmen für Kinder betrifft, das doppelte Volumen gewünscht hätten. Ansonsten verweise ich diesbezüglich auf unsere schriftliche Stellungnahme.

Herr Schneider, zu Ihrer prinzipiellen Frage, die auch an andere Sachverständige ging: Wir sollten nicht nur über Glaubenssätze reden. Ich will als Allererstes sagen, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle deutschen Gewerkschaften dieses Konjunkturprogramm ausdrücklich begrüßen. Das ist ein richtiger Schritt, der angesichts der Tiefe der Wirtschaftskrise notwendig ist. Aufgrund der Tatsache, dass niemand wirklich weiß, wie tiefgehend die Krise ist - ich glaube, das weiß auch niemand von den anwesenden wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen -, hätten wir uns ein deutlich größeres und schneller wirksames Programm gewünscht. Die von Frau Dr. Lötzsch genannte Abwrackprämie zeigt ja, dass konsumstimulierende Anreize sofort Wirkung erzielen, wenn sie richtig gesetzt werden. Das parlamentarische Verfahren in diesem Zusammenhang würde ich als Staatsbürger besonders betrachten wollen; ich will jetzt aber nur über die Wirkung reden: Die Wirkung überrascht uns nicht. Die Gewerkschaften und der DGB haben am vehementesten gefordert, in diesem Bereich etwas zu tun. Wir fühlen uns in dieser Forderung bestätigt.

Durch die Abwrackprämie wird übrigens auch offengelegt - in dieser Auffassung fühlen wir uns ebenfalls bestätigt -, dass es in diesem Land relativ viele einkommensschwache Menschen gibt, für die 2 500 Euro richtig viel Geld ist. Wenn sie die vom Staat

bekommen, sind sie auch bereit, privates Geld zu mobilisieren. Von daher ist das Programm richtig. Wir hätten uns allerdings das doppelte Volumen gewünscht.

Ich will hinzufügen, dass wir darüber nachdenken müssen, dieses Programm zu verstetigen, und zwar nicht nur im Sinne eines Konjunkturprogramms. Wir sollten umsteuern in Richtung Stärkung der Binnenkonjunktur und der Binnennachfrage in Deutschland.

Zu den Einzelmaßnahmen haben wir Stellung genommen. Wir halten insbesondere die Investitionsmaßnahmen für hilfreich, die den Konsum unmittelbar fördern. Dass wir die sogenannten Steuersenkungen nicht nur für überflüssig, sondern teilweise sogar für kontraproduktiv halten, haben wir in unserer Stellungnahme dargestellt.

Ich glaube, damit kann ich zunächst schließen.

Vorsitzender Otto Fricke: Ich begrüße Herrn Weise. Ich vermute, in Nürnberg lag Schnee. Das ist kein Problem. Wir werden einzelne Fragen notfalls nachträglich klären.

Ich bitte Frau Kuban als Nächste um Beantwortung der Fragen.

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Herr Kampeter hat gefragt, ob die kommunale Familie dieses Programm für sinnvoll hält. Ich beziehe mich - wie in unserer Stellungnahme - insbesondere auf das kommunale Investitionspaket. Wir haben öffentlich deutlich gemacht - das war unsere erste Reaktion -, dass wir das für außerordentlich sinnvoll halten. Wir sind der Auffassung, dass hier mit einem nachhaltigen, sinnvollen Programm konjunkturelle Impulse gegeben werden. Es ist bekannt, dass der kommunale Investitionsbereich in der Zeit, als die Kommunen aufgrund der in früheren Jahren schwierigen Konjunkturlage Einnahmeschwierigkeiten hatten, fast zusammengebrochen ist. Heute investieren wir immer noch weniger als vor 10 oder 15 Jahren. Von daher ist der Ansatz, die Konjunktur mit kommunalen Investitionen anzukurbeln, außerordentlich vernünftig. Die Kommunen tätigen immerhin zwei Drittel der öffentlichen Investitionen.

Auch die Schwerpunktsetzung - zwei Drittel in den Bildungsbereich und den Rest in die übrige Infrastruktur; also der größte Teil für den Bereich der Bildungseinrichtungen - halten wir für außerordentlich sinnvoll.

Dem Anspruch der Bundesregierung, aus der Krise stärker herauszukommen, als man hineingegangen ist, wird man mit Sicherheit am ehesten durch Investitionen im Bereich Bildungseinrichtungen gerecht.

Wir haben im Vorfeld der Erarbeitung dieses Gesetzentwurfes in Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung die Anliegen der Kommunen erörtert. Ganz besonderes wichtig war für uns zum einen - das ist befriedigend gelöst worden -, dass der überwiegende Teil der Fördermittel auch tatsächlich bei den Kommunen ankommt, wenn das Geld über die Länder verteilt wird. Das wurde glücklicherweise dadurch sichergestellt, dass festgeschrieben wurde, dass 70 Prozent für die Kommunen bestimmt sind.

Der zweite Punkt, der uns wichtig war, ist, dass insbesondere in strukturschwachen Regionen mit finanzschwachen Städten dadurch Chancengleichheit hergestellt wird, dass die Bedingungen so ausgestaltet werden, dass auch diese Kommunen mithilfe dieser Fördermittel Investitionen tätigen können. Das ist unter zwei Gesichtspunkten sinnvoll: Erstens gibt es dort den größten Nachholbedarf, und zweitens können Sie davon ausgehen, dass Sie mit einem solchen Förderprogramm in den Regionen, in denen die Investitionstätigkeit aufgrund einer defizitären und desaströsen Haushaltslage daniiederliegt, die geringsten Mitnahmeeffekte erzeugen. Es gibt zweifellos Kommunen - der Unterschied zwischen armen und reichen Kommunen ist ja bekannt -, die vor dem Hintergrund einer günstigen Struktur in der Vergangenheit investieren konnten; aber es gibt auch Kommunen, die große Schwierigkeiten haben. Es sind ja beeindruckende Bilder von Schulen und Kindergärten durch die Medien gegangen; wir haben gesehen, in welchem Zustand sie sich zum Teil befinden. Wir glauben, dass das Programm auch diesbezüglich gut ist.

Die Länder werden aufgefordert - das ist noch sehr allgemein -, finanzschwachen Kommunen die Teilnahme an dem Programm zu ermöglichen. Das reicht aber noch nicht ganz aus. Wir finden es gut, dass das Programm keine Vorgaben bezüglich des kommunalen Eigenanteils enthält. Das heißt, die Länder können sich vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Situation überlegen, wie sie den finanzschwachen Kommunen eine Teilnahme an dem Programm ermöglichen wollen. Es wurde ja auch ein Sonderprogramm der KfW mit besonders günstigen Kondi-

tionen für finanzschwache Kommunen aufgelegt. Ihnen wird so die Möglichkeit gegeben, mithilfe der KfW die notwendigen Eigenanteile aufzubringen, die sie sonst nicht aufbringen könnten.

Ich will einen weiteren Gesichtspunkt ansprechen. Maßnahmen zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude, insbesondere im Bereich der kommunalen Infrastruktur, sind besonders gut, weil sie positive finanzielle Effekte haben. Wenn man marode Gebäude energetisch saniert, spart man Energiekosten. Das macht deutlich, warum dieser Ansatz - danach haben Sie mich gefragt - vernünftig ist.

Neben unseren Hauptanliegen, dass die Gelder überwiegend in den Kommunen ankommen und sich auch strukturschwache Kommunen beteiligen können, haben wir uns gewünscht, dass das Konjunkturprogramm, wenn man es schon macht, unbürokratisch und schnell umgesetzt wird. Wir glauben, dass man über Einzelheiten noch reden muss. Zum Beispiel geht es um die Frage, was eine zusätzliche Maßnahme ist. Die derzeitigen Formulierungen werfen viele Fragen auf. In den Ländern wird zurzeit ganz unterschiedlich definiert, was „zusätzlich“ sein kann.

Das Zweite ist der Investitionsbegriff. Im Gesetzentwurf und in der Verwaltungsvereinbarung ist der Begriff Investitionen enthalten. An anderer Stelle heißt es aber auch: Sanierungsmaßnahmen. Wir meinen, dass insbesondere an diesen beiden Stellen Klärungsbedarf besteht, damit wir in den Kommunen und in den Ländern nicht viel Zeit damit vertun, uns darüber klar zu werden, was damit gemeint ist. Ich befürchte - jedenfalls empfangen wir aus einzelnen Ländern entsprechende Botschaften -, dass man mit einer übermäßigen Dichte an bürokratischen Regeln auf diese Unklarheiten reagieren wird; denn so ist die Bürokratie nun einmal.

Folgendes muss deutlich werden: Unser erster Wunsch ist, dass große Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen ausdrücklich förderfähig sein werden. Unser zweiter Wunsch ist eine Klärung bei dem Thema Zusätzlichkeit; dies haben wir in der Stellungnahme dargestellt. Das sollte in der Weise stattfinden, dass - ähnlich wie es in der Verwaltungsvereinbarung bezüglich der Länder steht - auch bei den Kommunalhaushalten, wenn man den Dreijahresdurchschnitt zugrunde legt - wenn er denn überhaupt für einzelne Kommunen angewandt werden soll;

wir glauben, dass das unnötige Schwierigkeiten macht -, Sondereffekte berücksichtigt werden.

Wir schlagen vor, das in die Wertung - wenn man sie denn schon macht - bei jeder einzelnen Kommune aufzunehmen. Wenn man ihnen sagt, dass sie mehr investieren müssen als im Durchschnitt der letzten drei Jahre, dann sollte man sich nur auf die Eigenanteile in den Haushalten beziehen. Denn wenn zum Beispiel eine strukturschwache Ruhrgebietskommune EFRE-Mittel oder eine andere Drittmittelfinanzierung bekommen hat und der Investitionshaushalt dadurch befristet stark in die Höhe gegangen ist - das ist dann der Durchschnitt, auf den man sich beziehen muss -, gibt es Probleme. Das Leichteste wäre, sich auf die Eigenanteile bei den Investitionen zu beziehen. Diese Definition der Zusätzlichkeit bei den Kommunen, also zu sagen, dass eine Maßnahme zusätzlich ist, wenn sie im Haushalt nicht durchfinanziert ist - das muss nachgewiesen werden -, ist nach unserer Auffassung sinnvoll und relativ einfach umsetzbar. Bezüglich des Durchschnitts der letzten drei Haushalte als Grundlage besteht ein erheblicher Klärungsbedarf, damit Sondereffekte nicht unzulässig das Bild verfälschen.

Noch einmal das Thema Investitionen. Hier ist eine deutliche Klärung notwendig, damit man den Begriff nicht interpretiert, sondern klar ist: Investitionen sind auch Sanierungs- und größere Instandhaltungsmaßnahmen. Damit würde man dazu beitragen, dass es nicht zu einem monatelangen Klärungsprozess in einzelnen Bundesländern kommt, die es dann ganz genau haben wollen, weil es in den Ländern und Kommunen den Verdacht gibt - damit sind wir in den letzten Tagen häufiger konfrontiert worden; ich unterstelle das ausdrücklich nicht -, dass einzelne Formulierungen so gewählt worden sind, um nachher eine günstige Grundlage für die Rückforderung zu haben. Diesen Verdacht sollte man ausräumen, weil man extrem Angst davor hat.

Sachverständiger Dr. Alfred Boss (Institut für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel): Wenn die Budgetdefizite jetzt ausgeweitet werden, um die Konjunktur zu stimulieren, dann muss meines Erachtens sichergestellt werden, dass die öffentliche Verschuldung langfristig nicht höher ausfällt, als sie es sonst getan hätte. Um dies zu erreichen, sollte man nicht die Steuern in 2011, 2012,

2013 oder wann auch immer erhöhen, sondern man sollte Staatsausgaben, insbesondere Subventionen, kürzen. Das Volumen der Subventionen ist nach unseren Berechnungen immens. Es beläuft sich für das Jahr 2007 auf rund 140 Milliarden Euro. Dabei sind Steuervergünstigungen und Finanzhilfen des Bundes, der Länder, der Gemeinden, der EU und auch der Bundesagentur für Arbeit eingerechnet. Es gibt also viel Masse. Meines Erachtens sollte man rasch - möglichst gleichzeitig mit dem Konjunkturpaket - beschließen, dass Subventionen - sagen wir - ab dem Jahr 2011 gekürzt werden.

Außerdem erscheint es mir zwingend notwendig, eine Schuldenbremse - in welcher Form auch immer - zu beschließen. Das, was vergangene Woche in der Föderalismuskommission II vereinbart worden ist, kann allenfalls ein zaghafter Schritt in die Richtung sein. Vor allem ist es völlig ungenügend, dass eine Reduktion der Schulden erst ab dem Jahr 2020 erfolgen soll.

Die öffentlichen Investitionen sind in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen, nachdem sie zugegebenermaßen jahrelang massiv gesunken waren. Sie beliefen sich im Jahr 2008, wenn man die Investitionen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung addiert, auf 38 Milliarden Euro. Wenn jetzt ein Paket, wie hier vorgelegt, beschlossen wird, dann kann das meines Erachtens nicht ohne Preissteigerungen über die Bühne gehen. Die Kapazitäten im Bausektor, gerade in der Sparte öffentlicher Bau, sind relativ stark ausgelastet. Es wird meines Erachtens zu deutlichen Preissteigerungen kommen, zumal die Industrie - in diesem Fall die Bauwirtschaft - guten Anlass hat, die Kapazitäten nicht auszuweiten. Es ist allen klar, dass das ein kurzfristiges Programm ist und dass es wenig Sinn hat, Kapazitäten zu schaffen, die dann vielleicht 10 oder 20 Jahre genutzt werden müssten.

Aus all dem folgere ich, dass es besser wäre, das Ausmaß der Investitionen oder überhaupt aller Maßnahmen auf der Ausgabenseite zu reduzieren und dafür mehr auf der Steuerseite zu tun, zumal man bei der Einkommensteuer keine wirkliche Entlastung beschlossen hat; jedenfalls ist sie im Programm nicht angelegt. Das, was im Programm steht, ist für den Durchschnitt der Einkommensteuerpflichtigen nur ein Verzicht auf eine weitere Anhebung der Steuerbelastungen. Es ist also keine Entlastung im eigentlichen Sinne.

Der Kinderbonus mag aus sozialpolitischer Sicht vernünftig sein; aber was immer man in diesem Bereich beschließt, man muss bedenken, dass solche staatlichen Transfers auch Anreizwirkungen haben. Es kommt, wie Ökonomen sagen, auf den sogenannten Lohnabstand an, also auf die Differenz zwischen dem Einkommen, das man bei Nichterwerbstätigkeit und Bedürftigkeit beziehen kann, und dem potenziellen Nettoarbeitseinkommen. Der Lohnabstand ist infolge der Reformmaßnahmen im Jahr 2005 gering, wenn Haushalte groß sind. Er war auch in den Jahren davor in bestimmten Fällen gering, in denen die alternative Beschäftigung in Bereichen des Dienstleistungssektors war, die vor allem für potenzielle Leistungsempfänger in Betracht kommen. Der Lohnabstand ist im Schnitt gesehen im Osten geringer als im Westen. All das bedeutet, dass die Anreize stärker gestört werden.

Aber ich sage noch einmal: Sozialpolitisch mag man diesen Kinderbonus für richtig halten. Von dessen Konjunkturwirkung darf man sich wohl nur sehr wenig erwarten. Dieser Kinderbonus wie auch manch anderes, was in der Frage nicht angesprochen wurde, bewirken ein gewisses Strohfeuer für den privaten Konsum. Aber klar ist: Der Kinderbonus für sich genommen wird zur Folge haben, dass die Schulden jedes Bundesbürgers im Durchschnitt knapp 20 Euro höher sein werden als ohne.

(Zuruf: Steuersenkungen auch!)

Vorsitzender Otto Fricke: Die Kolleginnen und Kollegen haben nachher die Möglichkeit, massenhaft Fragen zu stellen.

Herr Flassbeck hat jetzt das Wort.

Sachverständiger Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD): Zu der Frage nach dem Umfang und der Dauer des Programms. Ich glaube, man kann es nur vor einem globalen Hintergrund beurteilen. Erlauben Sie mir, ein paar Worte dazu zu sagen, da ich von einer global arbeitenden Institution komme. In der Tat erleben wir in der Welt in bestimmten Bereichen einen globalen Zusammenbruch von Verschuldung, die durch Spekulationen aufgeblasen war und jetzt implodiert. Dieser globale Zusammenbruch von Verschuldung muss irgendeine Gegenposition finden. Wenn sich keine Gegenposition findet, wer-

den das wirtschaftliche Wachstum und die Einkommen in der Welt weiter sinken.

Man kann die Länder dieser Welt grob in zwei Gruppen einteilen. Es gibt Länder, die in der Vergangenheit weit über ihre Verhältnisse gelebt haben. Das sind die USA, Großbritannien und viele osteuropäische Länder, also entscheidende Kunden für deutsche Produkte. Diese Länder werden sich entschulden. Sie werden weit unter ihren Verhältnissen leben. Es wird in den USA sicherlich einen Verbrauchsrückgang geben, der mehrere Jahre dauert und nicht in einem Jahr abgetan sein wird. Wenn Sie nur einmal annehmen, dass sich die Sparquote der privaten Haushalte in den USA normalisiert, also auf 7 bis 8 Prozent zurückgeht, dann bedeutet das einen dramatischen Entzug von Nachfrage in der Welt.

Ähnliches wird in vielen anderen Ländern passieren. Großbritannien und viele Länder Osteuropas müssen massiv abwerten, also dafür sorgen, dass deutsche und andere Produkte nicht mehr auf ihre Märkte kommen. Dieser Zusammenbruch der privaten und in anderen Ländern zum Teil staatlichen Verschuldung muss ausgeglichen werden, weil die Welt nun einmal nicht ohne Verschuldung leben kann. Solange es Ersparnisse gibt, muss es Verschuldung geben. Wenn Sie die privaten Investoren nicht davon überzeugen können, sich in viel stärkerem Maße als bisher zu verschulden, dann kann das nur der Staat machen.

Gemessen daran und an der Tiefe des Abschwungs, den wir jetzt schon erleben, ist das Programm in meinen Augen viel zu klein. Ein Schrumpfen der Wirtschaft um 2,5 Prozent - die Zahl kennt inzwischen jeder -, das die Bundesregierung unterstellt, ist absoluter Optimismus; diese Zahl ist durch nichts mehr zu rechtfertigen. Es wird sicherlich sehr viel schlimmer werden. 3,5 oder 4 Prozent sind nicht ausgeschlossen. Vor allem ist keine Wende in Sicht. Wenn die Problematik im Ausland so weitergeht, dann ist die Wende vielleicht in drei oder vier Jahren zu erreichen, aber nicht im Jahr 2010.

Insofern ist das Programm nicht nur zu klein, sondern greift auch zu kurzfristig. Denn es besteht die Gefahr, dass wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa oder global in ein deflationäres Szenario geraten, wenn jetzt nicht massiv dagegegehalten wird. Dagegehalten müssen vor allem die Länder, die dazu in der Lage sind, nämlich die Überschussländer; Überschussländer

nicht bezogen auf die Haushalte, sondern auf die Leistungsbilanzen. Die Länder, die massiv Leistungen als Überschüsse haben - denen gegenüber stehen die Länder, die verschuldet sind -, müssen jetzt aktiv etwas tun. Denn die Schulden des Auslandes werden implodieren. Das, was die deutsche Konjunktur in den letzten drei, vier Jahren allein getragen hat, die zusätzliche Verschuldung des Auslandes, implodiert.

Schauen Sie sich die Auftragseingänge der deutschen Industrie an. Dann sehen Sie, dass das nicht nur außerhalb Europas, sondern vor allem auch innerhalb Europas, in der Europäischen Währungsunion in einem unglaublichen Maße passiert. Insofern halte ich es für falsch, jetzt über einen schnellen Abbau der Verschuldung zu reden, wie Herr Boss es tut. Wir müssen uns darüber im Klaren sein - man mag es lieben oder nicht -, dass über eine Reihe von Jahren die Belastungen unglaublich groß sein werden.

Man kann sich jetzt entscheiden, entweder den japanischen Weg zu gehen, also über die nächsten zehn Jahre die Wirtschaft durch Maßnahmen immer wieder ein klein bisschen anzuregen, sich dann wieder zurückzuziehen und schnell Verschuldung abzubauen zu wollen, oder den amerikanischen Weg zu gehen - diesen hat die amerikanische Administration jetzt jedenfalls angeordnet -, also durch ein massives Anregungsprogramm von Geldpolitik und Fiskalpolitik dafür zu sorgen, dass die Krise überwindbar wird und sich nicht zu einer langjährigen Stagnation verschleppt. Die Gefahr ist unglaublich groß. Sie alle wissen - ich glaube, ich muss das hier nicht erwähnen -: Die Verschuldung des japanischen Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt lag vor der Krise 1990 bei etwa 50 Prozent, heute liegt sie bei 190 Prozent; nicht weil man die Wirtschaft massiv angeregt hat, sondern weil man sie immer wieder ein bisschen angeregt hat, sich dann sehr schnell wieder zurückgezogen hat und versucht hat, zu konsolidieren.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Vielleicht sollte ich erst sagen, dass aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe - ich glaube, auch der anderen Umweltorganisationen - momentan in dieser wirtschaftlichen Lage der Staat gefragt ist, der Staat Geld in die Hand nehmen muss.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Der Staat! Alle hier!)

Ich glaube, die Politik hat durch diese Krise sogar an Gestaltungsspielräumen gewonnen, weil die Wirtschaft als Bittsteller auftritt und derjenige, der gebeten wird, die Bedingungen diktieren kann. Dies ist in diesem Programm leider nicht erkennbar.

Herr Kampeter, ich fand es interessant, dass Sie ein halbes Dutzend mitberatende Ministerien aufgezählt haben, aber das Umweltministerium nicht dabei war. Unsere Seite findet es verstörend, dass die globale Klimakrise, die ja übergreifend ist und uns während dieser Zeit und noch mehr in der nächsten Aufschwungphase wieder beschäftigen wird, nicht zu einem Ausgangspunkt dieses Programms gemacht worden ist. Das wäre naheliegend und im Übrigen auch dem Ziel des Programms angemessen gewesen.

Ziel des Programms muss sein - das ist es wahrscheinlich nach Ansicht aller, die hier sitzen -, dass Deutschland aus dieser Krise gestärkt hervorgeht. Deshalb glauben wir, dass alle Maßnahmen einer Art Lackmustest unterzogen werden müssen, bei dem geprüft wird, ob sie den Strukturwandel hin zu Klimaschutz und Ressourceneffizienz, der ohnehin bevorsteht bzw. schon angefangen hat und beschleunigt werden muss, vorantreiben, ob sie ihm entgegenwirken oder ob sie ihm gegenüber neutral sind. Man muss dazu sagen: Auch die vermeintlich neutralen Maßnahmen, beispielsweise Steuerentlastungen, wirken natürlich strukturkonservativ, weil durch sie Mittel oder Spielräume für strukturverändernde Maßnahmen fehlen.

Es gibt in dem Programm einige Sünden; manche sind schon genannt worden. Natürlich kann man versuchen, in einzelnen Branchen die Konjunktur anzukurbeln, zum Beispiel mit einer Abwrackprämie, die aber eben keine Umweltprämie ist. Man hat nicht einmal den Versuch unternommen, über diese Prämie in Richtung Nachhaltigkeit zu steuern oder vielleicht Einfluss auf die Modellpolitik der Autounternehmen zu nehmen; man hat keine Kriterien angegeben. Das Ergebnis ist klar. Auch der Grund dafür ist klar: Hätte man es getan, hätte man vermutlich ein Konjunkturprogramm aufgelegt, das eher den ausländischen Unternehmen zugutekommt, die im Gegensatz zu den deutschen entsprechende Fahrzeuge schwerpunktmäßig anbieten. Trotzdem ist es natürlich eine Sünde.

Sie können schon in der Zeitung lesen, dass es eher ein Konjunkturprogramm für Umgehungstatbestände ist. Die Autos, die hier abgewrackt werden, werden zu einem

großen Teil im Ausland weiterfahren; das ist übrigens bei kleineren Fahrzeugen gar nicht so schlimm. Wenn jemand einen 3-Liter-Lupo, der zehn Jahre alt ist, nun abwrackt und sich dafür einen Familienwagen kauft - nicht weil er Antiökologe ist, sondern weil er gerade zwei Kinder bekommen hat -, dann hat das natürlich auch ökologisch einen negativen Effekt. Der Lupo ist auf dem Markt erheblich mehr wert als 2 500 Euro. Also wird man die Abwrackprämie abgreifen und ihn gleichzeitig ins Ausland verschieben.

Es gibt ein paar andere Sünden, zum Beispiel dass der ÖPNV im Rahmen des kommunalen Programms ausdrücklich nicht berücksichtigt werden soll.

Ich will versuchen, in dieser ersten Runde ein paar Vorschläge zu machen. Zum Beispiel - ich komme auf den Lackmestest zurück - hat die Branche der erneuerbaren Energien vor einigen Tagen angekündigt, man könne bis 2020 47 Prozent des Stroms in Deutschland bereitstellen; im Moment sind es 15 Prozent. Dies ist natürlich nur dann möglich, wenn die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Sie alle wissen, dass das große Problem im Moment die Netze sind. Man müsste einige bestehende sperren und beispielsweise den Ausbau der Erdverkabelung beschleunigen, weil es dagegen nicht so viele Widerstände gäbe. Da müsste der Staat Anreize setzen. Natürlich müsste er gleichzeitig über eine Netzgesellschaft nachdenken, damit der Bereich nicht weiter unter dem Einfluss der dominierenden Konzerne bleibt.

Energieeffizienz ist seit jeher ein ungeheurer Schatz und gleichzeitig ein Arbeitsmarktargument, weil Energieeffizienz natürlich arbeitsplatzintensiv ist. Hier stelle ich mir unter anderem eine Frage. Sie in der Großen Koalition haben ja das Problem, dass Sie - völlig zu Recht - schnell wirkende Maßnahmen beschließen wollen. Programme im Bereich der Energieeffizienz, die über das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium laufen, sind jedes Jahr sozusagen überbucht. Jedes Mal ist nach einem Vierteljahr oder einem halben Jahr Schluss, und alle sind frustriert, weil sie nicht mehr zum Zuge kommen. Warum stocken Sie diese Programme nicht einfach auf? Dann hätten Sie nicht das Problem, Programme erst installieren zu müssen. Das wäre ein großer Fortschritt in diesem Bereich.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.): Sie haben drei Fragen gestellt, die das Thema sehr breit abdecken. Ich will trotzdem versuchen, mich kurzzufassen. Ich will wie Herr Flassbeck, dem ich in vielen Punkten zustimme, global anfangen. Wir haben eine ernste weltweite Rezession, die sich allerdings mit massiven Strukturkrisen etwa in der Automobilbranche und im Finanzsektor vermischt.

Wir sehen derzeit das, was man in Deutschland immer bei konjunkturellen Entwicklungen sieht: die Effekte der Weltwirtschaft. Wäre der Welthandel, die Weltwirtschaft nicht eingebrochen, dann würde es uns vergleichsweise gut gehen. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass die Exporte massiv zurückgegangen sind und noch weiter zurückgehen werden, sondern auch damit, dass der Anteil der Exporte insgesamt an unserem Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen ist. Sie machen ungefähr 50 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes aus. Das heißt, die Krise hat uns von außen erreicht.

Die Frage, was wir tun können, um die Krise binnenwirtschaftlich zu bekämpfen, ist außergewöhnlich schwer zu beantworten. Es ist richtig, dass die Krise durch eine einzigartige simultane Abwärtsbewegung in allen Wirtschaftsnationen entstanden ist und - da werden Sie mir wahrscheinlich zustimmen, Herr Flassbeck - nur durch eine gemeinsame weltweite Operation bekämpft werden kann. Diese Operation hat noch nicht stattgefunden, weder im Finanzsektor, wo es längst hätte passieren können, noch auf dieser Ebene. Auch in der EU sind die gemeinsamen Maßnahmen vielleicht zu spät gekommen.

Das Problem ist, dass Deutschland allein binnenwirtschaftlich fast nichts tun kann, um für sich eine Veränderung herbeizuführen. Wir legen jetzt - Herr Kampeter, das ist richtig - das größte Paket in Europa auf. Die Franzosen reden ja gerne, die Engländer sind entrüstet, und die Deutschen handeln. Aber auch das massivste Paket ist aus meiner Sicht nur ein Versuch, international Solidarität zu zeigen. Denn was kann höchstens passieren? Wir können mit unseren Importen - wir haben eine Importquote von 40 Prozent - die Wirtschaft in Europa und vielleicht auch in der Welt anregen, um vermehrt Exporte zu bewirken. Insgesamt ist das ein schwieriges Thema. Das heißt, dass

es europäisch gesehen ein sehr respektables Programm ist, aber in Deutschland keinen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, die Krise einzudämmen.

Vieles, was wir jetzt tun, ist Psychologie. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Konsumförderung, zum Beispiel die Abwrackprämie. Das sind reine Strohfeuer; dies wird mittelfristig zurückschlagen. Das heißt, Herr Schneider, um die Effekte des Pakets für 2009 und 2010 bewerten zu können, muss man die Dimension des Problems kennen. Dabei ist egal, wer recht hat. Ein Schrumpfen der Wirtschaft um 1 bis 3 Prozent kann man sich realistisch vorstellen. Es kommt darauf an, wie all diese Maßnahmenpakete weltweit wirken und wie sie umgesetzt werden. Es hängt auch davon ab, wie die Politik weltweit agiert. Wenn in diesem Jahr - wir rechnen mit einem Rückgang der Wirtschaft um 1 bis 3 Prozent - durch dieses Paket der Rückgang der Wirtschaft um ungefähr 0,5 Prozent geringer ausfällt, dann sieht man, dass es ein kleiner Beitrag ist. Wahrscheinlich wird dieses Paket auf die Verschuldung und auf das Selbstverständnis, wann man selber etwas tun muss und wann der Staat agiert, dramatische, langfristige Wirkungen haben.

Was sind die Optionen? Wenn man meint, man müsse etwas tun - das will ich sicherlich nicht ausschließen -, dann muss man sich auf das konzentrieren, was nachhaltig und langfristig sinnvoll ist. Insofern unterstütze ich alle Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur - sie sind sicherlich sinnvoll - und auch die Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes. Die Maßnahmen im Bereich der Konsumförderung halte ich für Symbolpolitik. Sie mögen für die Regierung psychologisch wichtig sein, führen aber fachlich und sachlich nicht weiter.

Was wären die Alternativen gewesen? Dazu muss man wissen, wie die langfristige Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland aussieht. Sicherlich gibt es die Alternative, neben Infrastrukturmaßnahmen langfristig Steuersenkungen zu beschließen. Das halte auch ich für richtig. Ich sehe aber trotz aller Versuche, Subventionsabbau zu betreiben - wir sind ja gerade mit der Pendlerpauschale auf den Bauch gefallen -, die Haushalte langfristig nicht gesichert. Denn in der vergangenen Boomphase ist nicht genügend gespart worden. Es ist keine Verschuldung abgebaut worden. Insoweit muss man im Augenblick zur Sicherung der langfristigen

Maßnahmen, insbesondere der Infrastrukturmaßnahmen, von einer Steuersenkung absehen.

Bestenfalls sind mittelfristig Steuererhöhungen nötig. Denn eines ist klar: Die Verschuldung, die Sie jetzt organisieren, muss mittelfristig von den Steuerzahlern finanziert werden. Insoweit sehe ich in Infrastrukturmaßnahmen die eigentliche Chance, jetzt noch ein Signal zu setzen und mittelfristig etwas Sinnvolles zu tun. Hier teile ich die Einschätzung von Herrn Boss, dass die Größenordnung dessen, was wir getan haben, sehr beachtlich ist. Auf die beiden Jahre verteilt entspricht dies in etwa 25 Prozent dessen, was wir normalerweise investieren. Wir haben zu wenig Infrastruktur; das sagen wir seit Jahren. Auch die Richtung Forschung und Bildung ist richtig. Aber es muss nachhaltig sein und über die zwei Jahre hinausgehen. Es wird das jetzige Volumen kaum überschreiten; denn es muss ja umgesetzt werden. Die Projekte müssen vorhanden sein. Herr Boss hat es richtig gesagt: Die Baubranche ist nicht in der Lage, in größerem Umfang neue Maßnahmen durchzuführen.

Ich komme zum letzten Punkt, zu dem, was Herr Bonde angedeutet hat. Sie haben gefragt: Steckt nicht darin, wie wir die Krise jetzt bewältigen, der Beginn der nächsten Krise? Da gebe ich Ihnen völlig recht. Auch die jetzige Krise ist die Folge einer Krisenbewältigung weltweit, zumindest wenn wir die Finanzmarktkrise als eine der Ursachen sehen. Sie ist in den USA als Folge einer übereifrigen Zinspolitik entstanden, die negative Realzinsen zugelassen hat, und als Folge eines Missmanagements des Finanzsektors, auch nachdem bereits offensichtlich war, was passiert.

Jetzt geschieht, was immer in einer Rezession geschieht: Die Bereitschaft der Wirtschaft, Kredite aufzunehmen, geht zurück. Das ist als solches noch nicht überraschend. Es gibt jetzt noch keine Kreditklemme; sie droht uns jedoch vielleicht. Die Frage lautet: Tritt der Staat ein, und wie wird er langfristig mit diesen Schulden klarkommen? Sie haben die Bonds angesprochen, Herr Bonde. Im Augenblick liest und hört man so viel über unsichere Wertpapiere. Mittlerweile weiß man, dass die Aktien in Deutschland risikoreich sind. Die Bereitschaft der Bürger, Geld zu niedrigsten Zinsen anzulegen, und die Bereitschaft des Staates, sich massiv zu verschulden, zu alimentieren und Geld zu

shiften, werden irgendwann aufhören. Im Augenblick ist die Verzinsung niedrig, und die Sicherheit ist hoch.

Wenn die Preise steigen - sie werden steigen, vielleicht nicht in diesem und nicht im nächsten Jahr, aber in einigen Jahren -, werden wir ein Inflationsproblem bekommen. Schließlich glaubt niemand, dass die große Menge an Geld, die in vielen Ländern der Welt in die Wirtschaft gepumpt wurde, einfach abgesaugt werden kann. Dann rutschen die Realzinsen für Bonds ins Minus. Was in diesem Fall passiert, ist klar: Die Leute wollen aus den Bonds aussteigen, und wir werden Probleme im Hinblick auf die Staatsverschuldung bekommen. Möglicherweise befinden wir uns dann am Beginn einer neuen Krise.

Herr Flassbeck, ich teile Ihre Auffassung, dass wir diese Krise sehr ernst nehmen müssen und dringend Schritte zur Bekämpfung der Finanzmarktprobleme unternehmen müssen. Das ist aus meiner Sicht schon zu lange unterlassen worden. Die Situation wird sich nicht beruhigen, wenn nicht endlich klar gestellt wird, wie es weitergehen soll. Gleichzeitig müssen wir uns rechtzeitig Gedanken darüber machen, wie wir mit der steigenden Inflation, die in einigen Jahren zu verzeichnen sein wird, und mit der Verschuldung umgehen. Das, was Sie im Zusammenhang mit der Schuldenbremse vereinbart haben, bedeutet nur, dass im Jahre 2020 ein ausgeglichener Staatshaushalt vorliegen soll; hier teile ich die Auffassung von Herrn Boss. Von Schuldenabbau war aber noch nicht die Rede. Bis zum Jahr 2020 werden also nach wie vor Schulden gemacht.

Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, dass wir auch ohne neue Schulden auskommen. Ich bin der Meinung, dass es durchaus sinnvoll sein kann, zugunsten der nächsten Generation Schulden aufzunehmen. Ich habe mich immer für eine Öffnung des Maastrichter Vertrages eingesetzt - das nur by the way -, weil man auch die automatischen Stabilisatoren wirken lassen muss, auch in Krisenzeiten. Es bestand Einigkeit, dass es in bestimmten konjunkturellen Phasen möglich sein muss, Schulden abzubauen. Diese Möglichkeit wurde nun für viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verbaut. Insofern sehe ich große Probleme auf uns zukommen, deren Lösung wir nicht einfach dem nächsten Deutschen Bundestag überlassen dürfen.

Vorsitzender Otto Fricke: Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU): Mir geht es um die Durchführbarkeit dieses Gesetzes. An den Deutschen Städtetag richte ich die Frage: Wie kommen wir mit dem Kriterium der Zusätzlichkeit zurecht? Ich glaube, wir haben keine andere Möglichkeit, als an einen Referenzzeitraum anzuknüpfen. Sonst würden wir diejenigen, die bei der Haushaltsaufstellung geschlampt und den Haushalt nicht rechtzeitig eingebracht haben, belohnen. Man hätte die Möglichkeit, ihn noch zu stoppen. Dafür müssten wir allerdings einen Maßstab entwickeln.

Hier gibt es folgendes Problem: In den drei Jahren kann es Investitionsspitzen geben, zum Beispiel dann, wenn eine neue berufsbildende Schule, ein neues Krankenhaus oder ein neues Verwaltungsgebäude gebaut wurde. Dafür legt man sich regelrecht krumm. Welches Verfahren können Sie uns vorschlagen, um auf der einen Seite eine einfache Handhabung zu gewährleisten und auf der anderen Seite sicherzustellen, dass damit nicht für den Ersatz ohnehin geplanter Finanzierungen gesorgt wird? Das kann schließlich nicht das Ziel einer Anschubfinanzierung sein.

Zum Investitionsbegriff. Es gibt eine Abgrenzung zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt. Meines Erachtens bestehen im Hinblick auf die Investitionsgrenze Ermessensspielräume. Als Maßstab gilt: Maßnahmen, durch die die Lebensdauer eines Gutes verlängert wird, stellen eine Investition dar, und alle anderen Maßnahmen dienen zur Erhaltung eines Gutes während seiner durchschnittlichen Lebensdauer. Wie können wir es schaffen, für beide Fälle schnell umsetzbare, praktikable Maßstäbe zu entwickeln?

Klaus Hagemann (SPD): Meine beiden ersten Fragen richte ich an Frau Kuban.

Erstens. Ich habe in meinem Wahlkreis und auch in meinem Bundesland, in Rheinland-Pfalz, mehrere Betriebe der Bauwirtschaft, insbesondere der Straßenbauwirtschaft, besucht. In verschiedenen Gesprächen wurde mir gesagt: Wir können die Kapazitäten innerhalb kürzester Zeit um 30 Prozent erhöhen, sodass die Aufträge vergeben werden können. - Sehen Sie das auch so?

Zweitens. Inwieweit wird es Auswirkungen auf die Preise haben, wenn sehr viele Aufträge eingehen? Der Präsident des rheinland-pfälzischen Bauverbandes antwortete auf diese Frage: Das ist nicht schlimm. Dann müssten wir mehr verdienen. In den letzten Jahren haben wir nämlich viel zu wenig verdient. - Wie sieht die Situation republikweit aus? Meinen Sie, dass man Auswirkungen auf die Preise verhindern kann?

Frau Kuban, ich habe noch eine Frage an Sie. Derzeit liegen Aufträge bis etwa Ostern vor. Man rechnet allerdings damit, dass danach ein tiefes Loch folgen wird, wenn jetzt keine weiteren Aufträge erteilt werden. Wie schätzen Sie diese Situation ein?

Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Sommer. Herr Dr. Boss hat sich für den massiven Abbau von Subventionen ausgesprochen. Er hat aber nicht gesagt, welche Subventionen seiner Meinung nach abgebaut werden sollten. Herr Sommer, würden nicht auch Steuersenkungen zur Folge haben, dass sich die Verschuldung des Staates ausweitet? Bitte nehmen Sie hierzu Stellung.

Gunter Weißgerber (SPD): Ich habe eine Frage an Frau Kuban vom Deutschen Städtetag. Sie haben vorhin deutlich gemacht, dass große Sanierungs- und Instandhaltungsaufwendungen ermöglicht werden müssten. Würden Sie es mit Blick auf die Verkehrsinfrastruktur auch für richtig halten, wenn die Möglichkeit geschaffen würde, dass beispielsweise kommunale Betriebe Straßenbahnen anschaffen?

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE): Ich möchte inhaltlich an das, was Frau Kuban gesagt hat, anschließen. Die Förderbereiche sind bereits aufgezählt worden. Die Investitionen in die Infrastruktur, die der Kollege gerade angesprochen hat - Stichworte „Städtebau“, allerdings ohne Abwasser, und „ÖPNV“ -, sind im Gesetz nicht vorgesehen. Wie bewerten Sie diese Förderbereiche? Fehlen nicht zum Beispiel der öffentliche Personennahverkehr und die Sanierung von Sportstätten? Das wurde in der letzten Fragestunde des Deutschen Bundestages übrigens auch von Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion angemerkt.

Meine zweite Frage möchte ich Herrn Flassbeck stellen. Einige Kolleginnen und Kollegen - sowohl Mitglieder dieses Ausschusses, beispielsweise der Kollege Spahn, als auch Mitglieder anderer Ausschüsse -

haben gesagt, dass sie dem Konjunkturpaket nur dann zustimmen können, wenn es mit einer Schuldenbremse gekoppelt wird. Wie bewerten Sie die Diskussion über die Schuldenbremse?

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ich möchte auf die Schuldenbremse zu sprechen kommen. Ich habe eine Nachfrage. Herr Dr. Boss, Sie haben gesagt, das Ergebnis, das wir am vergangenen Donnerstag in einer sehr denkwürdigen Dauerveranstaltung erzielt haben, sei unzureichend. Würden Sie bitte darlegen, warum das, was in der letzten Woche unter dem Etikett „Schuldenbremse“ großkoalitionär sozusagen verwurschtelt wurde, nicht dem Anspruch, den Sie an eine Schuldenbremse haben, gerecht wird? Mich würde interessieren, warum Sie glauben, dass sie in dieser Form nicht funktioniert.

Meine zweite Frage richtet sich an Dr. Rosenkranz. Sie haben die Abwrackprämie skizziert und erläutert, warum sie aus Ihrer Sicht eine ökologisch schädliche Wirkung hat. Da sich die Koalition fest in dieses Instrument verbissen hat und nicht davon abrücken möchte, frage ich Sie: Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses Instrument so nachzustimmen, dass es zumindest ökologisch neutral oder sogar ökologisch förderlich wirkt? Besteht Ihrer Meinung nach die Möglichkeit, dieses Instrument sozusagen zu renovieren, und, wenn ja, was müsste man dafür tun?

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Herr Dr. Weise, wir haben im vorliegenden Gesetzentwurf eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten vorgesehen, insbesondere im Bereich der Kurzarbeit. Könnten Sie dem Ausschuss, vielleicht auch unter Einbeziehung einer Beschreibung der arbeitsmarktpolitischen Perspektiven, schildern, ob Sie diese Instrumente für geeignet halten, um dem Beschäftigungsabbau substanziell entgegenzuwirken? Das wäre zweifelsohne hilfreich.

In meiner zweiten Frage möchte ich das, was Herr Kollege Fromme bereits angedeutet hat, ein wenig präzisieren. Frau Kuban, unsere Hauptsorge im Hinblick auf das Kriterium der Zusätzlichkeit ist, dass die Kommunen das konjunkturelle Impulsprogramm mit einem Umschuldungsprogramm verwechseln. Ich habe bereits zwei Veranstaltungen mit Kämmerern durchgeführt, eine in meinem

Wahlkreis und eine in einem anderen Wahlkreis. Vor diesem Hintergrund muss ich Ihnen sagen: Diese Sorge ist nicht unbegründet. Denn die meisten Fragen, die gestellt wurden, zielten darauf, wie das Kriterium der Zusätzlichkeit zu umgehen ist. Meine Frage lautet: Wie können die kommunalen Spitzenverbände und der Bundesgesetzgeber ein Bündnis schließen, um gemeinsam das Ziel zu verfolgen, dieses Problem unbürokratisch zu lösen und gleichzeitig größtmögliche zusätzliche Impulse zu geben? Würde das Impulsprogramm als Umschuldungsprogramm verstanden, würde nämlich jedweder expansive Impuls verloren gehen.

Der Hinweis darauf, dass zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen von den Kommunen getätigt werden, ist an dieser Stelle nicht hilfreich, wenn sich das, was der Bundesfinanzminister „klebrige Finger“ nennt, bewahrheitet. Meine Sorgen betreffen die Praxis. Die Kämmerinnen und Kämmerer in Ostwestfalen, mit denen ich sprach - Ostwestfalen sind sparsam; die Lipper beispielsweise gelten als die des Geizes wegen aus Schottland Ausgewiesenen -, denken sofort an Umschuldung. Das kann aber nicht im Sinne eines expansiven Impulses sein, wenn man schon einen solchen Impuls braucht.

Vorsitzender Otto Fricke: Kollege Koppelin zur Geschäftsordnung.

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, zu Beginn der Sitzung habe ich beantragt, dafür zu sorgen, dass ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums an dieser Anhörung teilnimmt. Sie wollten sich darum bemühen. Darf ich fragen, zu welchem Erfolg Ihre Bemühungen geführt haben?

(Zuruf: Die suchen wohl noch einen!)

Vorsitzender Otto Fricke: Wie ich höre, ist im Wirtschaftsministerium viel los; ich weiß gar nicht, warum.

(Heiterkeit - Zuruf: Heute wahrscheinlich zum ersten Mal seit langer Zeit!)

Wir haben das Wirtschaftsministerium informiert. Im Moment tagen aber noch andere Ausschüsse. Wie mir berichtet wurde, wird versucht, jemanden zu finden, der in unseren

Ausschuss geschickt werden kann. Mehr Informationen habe ich bis jetzt nicht.

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, ich habe nicht beantragt, dafür zu sorgen, dass irgendjemand aus dem Bundeswirtschaftsministerium, sondern dass ein beamteter Staatssekretär aus dem Bundeswirtschaftsministerium an unserer Anhörung teilnimmt. Kann das gewährleistet werden?

Vorsitzender Otto Fricke: Ich weiß, was Sie beantragt haben. Ich sage Ihnen noch einmal, Herr Kollege Koppelin: So wie ich es verstanden habe, befinden sich die beamteten Staatssekretäre des Bundeswirtschaftsministeriums derzeit in anderen Ausschüssen und nehmen an den dortigen Anhörungen teil. Daher wird momentan noch nach einem beamteten Staatssekretär, der an unserer Sitzung teilnehmen kann, gesucht. Man kann sie schließlich nicht klonen.

(Zuruf: Die sind wahrscheinlich alle auf der Flucht! - Heiterkeit)

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Vorsitzender, wenn das so ist, möchte ich gerne, bevor ich einen weiteren Antrag stelle, erfahren, in welchen Ausschüssen sich die beamteten Staatssekretäre zurzeit befinden.

Vorsitzender Otto Fricke: Das teilen wir Ihnen gerne mit. Wir finden das heraus und informieren Sie dann. - Jetzt sind die Sachverständigen an der Reihe.

Sachverständiger Michael Sommer (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ich wurde gefragt, wie ich die Forderung von Herrn Boss nach einem massiven Abbau von Subventionen bewerte und wie ich prinzipiell über Steuersenkungen denke.

Ich will vorab eines sagen: Natürlich kann man dieses Thema politökonomisch betrachten; das werde ich auch gleich tun. Wir befinden uns allerdings in einer tiefen Wirtschaftskrise, in der es darauf ankommt, dass dieser demokratische Staat Handlungsfähigkeit beweist. Ich bin dankbar, dass er dies tut. Über das Ausmaß sind wir sicherlich unterschiedlicher Meinung. In Anbetracht dessen, wie sich manch einer in der öffentlichen Debatte äußert, frage ich Sie umgekehrt aber auch: Was hieße es denn, wenn der Staat das nicht täte?

(Vereinzelt Beifall)

Weil der Haushaltsausschuss die Steuergelder der Menschen, die diesen Staat finanzieren, gewissermaßen verwaltet und in die hoffentlich richtigen Bahnen lenkt, möchte ich betonen, dass wir dieses Vorgehen grundsätzlich unterstützen.

Was die Forderung nach einem massiven Abbau von Subventionen betrifft, will ich daran erinnern, dass fast alle Programme, die bisher aufgelegt worden sind, gescheitert sind. Die meisten dieser Programme haben ihren Lackmestest, wenn sie auf dem Prüfstand standen, nicht bestanden. Es gehört zur allgemeinen politischen Rhetorik, generelle Steuersenkungen zu fordern und dabei natürlich auch Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu machen.

Gerade in der gegenwärtigen Situation ist es wichtig, deutlich zu machen, was genau man unter dem Begriff Subvention versteht und wie man ihn verwendet. Deswegen sage ich ausdrücklich: Wir lehnen die generelle Forderung nach einem Abbau von Subventionen ab. Vielmehr sollte einzelfallbezogen sehr genau geprüft werden, warum es diese oder jene Subvention gibt. In den Bereichen, in denen Fehlleitungen festzustellen sind, ist der Gesetzgeber gefordert, diese zu beseitigen.

Die Forderung nach Steuersenkungen ist ähnlich zu beurteilen. Man kann von einem Staat nicht einerseits verlangen, dass er in einer Krise massiv gegensteuert, und ihm gleichzeitig seine finanzielle Handlungsbasis entziehen.

(Zuruf: So ist das!)

Man muss sich fragen, was man will, und diesen Zielkonflikt lösen. Unserer Meinung nach wären Steuersenkungen in der jetzigen Situation eindeutig kontraproduktiv. Wir gehen davon aus, dass die positiven Wirkungen, die sich viele von den steuerpolitischen Maßnahmen, die im Konjunkturprogramm enthalten sind, versprechen, eher verpuffen werden als die Wirkungen anderer Maßnahmen, bei denen dies zum Teil unterstellt wird.

Im Übrigen will ich daran erinnern, dass wir uns nicht am Ende einer Phase der Steuererhöhungspolitik befinden. Erhöhungen waren bislang nur im Bereich der Massensteuern zu verzeichnen, insbesondere bei der Mehrwertsteuer. Dieser Entwicklung bei den Massensteuern stehen seit dem Jahre 1998 massive Steuersenkungen in anderen

Bereichen gegenüber, deren jährliches Volumen wir auf 60 Milliarden Euro beziffern.

Ich möchte nur zwei Beispiele nennen: die Senkung des Spitzensteuersatzes in einem Umfang von 10 Milliarden Euro pro Jahr und die Senkung der Unternehmenssteuer in einem Umfang von 16 Milliarden Euro pro Jahr. Ich will Sie daran erinnern, dass im vergangenen Jahr eine weitere Unternehmenssteuerreform durchgeführt wurde, die in diesem Jahr sogar nach den Aussagen des Bundesfinanzministers selbst weitere Kosten in Höhe von 8 Milliarden Euro verursachen wird. Von daher ist die Forderung nach weiteren Steuersenkungen völlig deplatziert. Statt weitere Steuersenkungen zu fordern, sollte man vielmehr darüber nachdenken, das Steueraufkommen umzuschichten und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die einen größeren finanziellen Beitrag leisten könnten, stärker besteuert werden. Man sollte das Steueraufkommen umschichten, aber keine weiteren Steuersenkungen vornehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Sachverständiger Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise (Bundesagentur für Arbeit): Mit Blick auf den Arbeitsmarkt und in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ist das Programm, das im vorliegenden Gesetzentwurf enthalten ist, aus unserer Sicht angemessen und richtig. In seiner Überschrift ist von „Sicherung der Beschäftigung“ die Rede. Nachdem von den Arbeitnehmern viel gefordert wurde, nämlich Flexibilität, Mobilität und eigener Einsatz, erwarten sie jetzt vom Staat Fürsorge, Sicherheit und Vertrauen. Für die Arbeitgeber stellt sich die Situation ganz nüchtern betrachtet - so dar: Der Mangel an Fachkräften ist bereits sichtbar geworden, und sie überlegen, ob sie ihre Mitarbeiter jetzt entlassen. Dann müssten sie allerdings mit hohen Beschaffungskosten rechnen und würden dem Vertrauen ihrer Belegschaft nicht gerecht werden. Insofern ist die Überschrift des Gesetzentwurfes „Sicherung der Beschäftigung“ richtig gewählt.

Mit Blick auf die Arbeitslosenversicherung ist im geplanten Programm vorgesehen, Kurzarbeit anzuordnen statt Entlassungen vorzunehmen und darüber hinaus zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen anzubieten; dasselbe gilt auch für den Bereich der Grundsicherung. Man sollte allerdings differenzieren: Prinzipiell ist das richtig, aber man

darf keine zu hohen Erwartungen haben. Im Endeffekt ist Kurzarbeit für die Unternehmen teuer. Kurzarbeit wäre nur dann sinnvoll, wenn die Perspektive besteht, dass ein Unternehmen wieder Aufträge bekommt, sodass es seine Beschäftigten braucht. Sonst würde man die Arbeitslosigkeit - das muss man ganz nüchtern feststellen - über eine lange Dauer finanzieren und bei den Menschen letztlich einen falschen Eindruck erwecken. Ich fasse zusammen: Kurzarbeit ja, aber nur dann, wenn absehbar ist, dass die Firmen wieder Aufträge bekommen.

Ein wichtiges Stichwort im Hinblick auf den Arbeitsmarkt lautet Qualifikation. Ich hoffe, dass in der Praxis auch kleine Unternehmen in die Lage versetzt werden, Qualifikationsmaßnahmen durchzuführen.

(Vereinzelt Beifall)

Unternehmen mit 10, 20 Beschäftigten können nämlich nicht gemeinsam mit Bildungsträgern große Programme verwirklichen. In diesen Betrieben ist es vielmehr so, dass einzelne Menschen hin und wieder weniger zu tun haben. In der nächsten Woche werden wir kleinen und mittelständischen Betrieben konkrete Beratungsangebote machen und ihnen aufzeigen, wie sie die Durchführung solcher Maßnahmen in der Praxis organisieren können, beispielsweise in einem Verbund.

Ich denke, im Kern ist dieses Angebot richtig und zeitgerecht. Seine Wirkung hängt davon ab, wie lange die Krise dauert; dauert sie ein Jahr oder eineinhalb Jahre, stehen wir das durch. Auch die Dimension des Pakets ist angemessen. Ich würde nicht empfehlen, jetzt mehr Mittel bereitzustellen; denn ihre Wirkung würde verpuffen. Dauert die Krise länger, wäre die Situation allerdings eine andere.

Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, dass Sie den Hauptbestandteil des Konjunkturpaketes bereits beschlossen haben und dieser schon wirksam ist. Sie haben den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung für beide Seiten, für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gesenkt. Dabei geht es um ein Volumen von jährlich 30 Milliarden Euro.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht bzw. aus der Perspektive einer Unternehmensführung ging die Senkung des Beitragssatzes in dieser Höhe in Betracht der Lage bereits einen Tick zu weit. Ich möchte schließlich keine Organisation führen, deren Haushalt ins Minus rutscht. Aber Sie haben nun einmal

entschieden, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in dieser Größenordnung zu senken. Nun muss man abwarten, wie diese Maßnahme wirkt. Es sollte aber nicht immer wieder noch mehr gefordert werden. Obwohl Sie Arbeitnehmer und Arbeitgeber um insgesamt 30 Milliarden Euro pro Jahr entlastet haben, konnte die Bundesagentur für Arbeit Rücklagen in Höhe von 17 Milliarden Euro bilden. Aufgrund dieser Rücklagen ist die Politik jetzt handlungsfähig. Hoffentlich dauert die Krise nicht länger als eineinhalb Jahre.

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Zunächst zu Herrn Kampeters Aussage zu Ostwestfalen: Ich habe eine Vorstellung davon, wie man Geld ordentlich verwendet. Ich war nämlich vor langer Zeit einmal Kämmerin in Bielefeld, einer sehr ordentlichen ostwestfälischen Stadt. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass ein solches Bündnis, von dem Sie sprachen, geschlossen wird. Das wäre auch in unserem Sinne.

Ich möchte meine Antworten etwas anders strukturieren als nach den Fragen, die an mich gerichtet wurden.

Zunächst zu den Förderzielen. Dazu haben wir in unserer Stellungnahme keine kritischen Anmerkungen gemacht. Wir sind der Auffassung, dass Förderziele und Förderzwecke richtig definiert sind. Wir haben nicht den Wunsch geäußert, dass der kommunale Straßenbau integriert wird. Wir sind ausdrücklich der Ansicht, dass die klassischen gebührenfinanzierten Bereiche, beispielsweise der Bereich Abwasser, keiner Förderung bedürfen. Da diese Leistungen über Gebühren finanziert werden, braucht man sie nicht zu fördern. Was den ÖPNV angeht, waren wir der Auffassung, dass er aus anderen Töpfen gefördert werden kann. Insofern möchten wir, was die Förderzwecke betrifft, weder Kritik noch Wünsche äußern. Wir haben lediglich angeregt, die Grenzen der bereits formulierten Förderzwecke nicht zu eng zu ziehen. Wenn man sich den Gesetzentwurf ansieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass dies einigermaßen gut gelungen ist. Ich denke, damit kann man leben.

Nun zu der Frage, ob in der Bauwirtschaft die notwendigen Kapazitäten vorhanden sind und mit welchen Konsequenzen im Hinblick auf die Preisentwicklung zu rechnen ist. Die Kapazitäten in der Bauwirtschaft werden wahrscheinlich etwas angespannt sein. Dort,

wo es zu Ausfällen kommt, handelt es sich wahrscheinlich um größere Investitionen im Bereich der Wirtschaft. Das betrifft andere Unternehmen als diejenigen, die kleinteilig kommunale Aufträge bekommen. Wir glauben aber, dass auch die Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, zurecht kommen werden.

Es ist damit zu rechnen, dass es zu Preissteigerungen kommen wird. Man wird beobachten müssen, in welchem Rahmen dies auf den jeweiligen regionalen Märkten der Fall sein wird. Allerdings hat jedes Subventionspaket, abgesehen von der Staatsverschuldung, eine Reihe nicht beabsichtigter Wirkungen, die nicht immer positiv sind. Unserer Meinung nach ist das aber kein ernsthaftes Problem.

Nun zum Kriterium der Zusätzlichkeit und zum Investitionsbegriff. Herr Fromme hat gesagt, man brauche einen Referenzzeitraum. Davon ist auch in der Verwaltungsvereinbarung und im Gesetzentwurf die Rede. Dabei handelt es sich um die Jahre bis einschließlich 2007. Unserer Auffassung nach ist die Situation in den einzelnen Bundesländern so verschieden - das haben wir auch in unserer Stellungnahme beschrieben -, dass man es den Ländern überlassen sollte, wie sie mit dieser Anforderung umgehen. Was die Einzelmaßnahmen betrifft, sind wir ganz Ihrer Meinung. Sie dürfen nicht veranschlagt und nicht durchfinanziert werden.

Ich weiß, dass in einzelnen Bundesländern wahnwitzige Vorschläge gemacht wurden - diese Vorschläge stammen noch nicht einmal von den Kommunen; da wahrscheinlich auch Sie davon gehört haben, verstehe ich Ihre Sorgen allerdings -: Man stellt einen Nachtragshaushalt auf, streicht ein paar Investitionen und stellt dann einen neuen Nachtragshaushalt auf, in dem die Investitionen ein bisschen umsortiert werden. - Ein solches Vorgehen muss die jeweilige Kommunalaufsicht in den Ländern verhindern.

Das wird man am besten dadurch erreichen, dass man in den Ländern Referenzzeiträume für die Kommunen vereinbart, in die Sondereffekte mit einfließen können. Solche Sondereffekte können nämlich länderspezifisch sehr unterschiedlich sein. Wenn man Referenzzeiträume definiert, sollte man auch darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, statt der Ausgaben die kommunalen Eigenanteile als Basis zu verwenden. Es wäre hilfreich, wenn man dieses Problem lösen könnte. Dadurch würde man

nämlich dafür sorgen, dass sehr viele Sondereffekte, zum Beispiel Drittmittel, mit einfließen.

Der Deutsche Städtetag plädiert in diesem Fall für Regelungen auf Länderebene. In der Regel tun wir das nicht, weil wir den Ländern gegenüber ein tiefes Misstrauen haben. Das wird auch daran deutlich, dass wir von den klebrigen Fingern der Länderfinanzminister gesprochen haben; ausnahmsweise war also einmal nicht der Bund gemeint. Wir glauben allerdings, dass es in Rheinland-Pfalz, aber auch in eher großstädtisch strukturierten Ländern geschehen kann, dass mit diesen Mitteln zum Beispiel eine Schule gebaut wird; das tut man alle 20 Jahre. So etwas ist vor allem dort zu beobachten, wo keine großen Volumina bewegt werden.

Im Hinblick auf die Strukturen in den Ländern sollte man vielleicht die Möglichkeit belassen, für die Kommunen länderweise vernünftige Referenzzeiträume zu bestimmen. Dafür sollten die Länder dem Bund gegenüber geradestehen. Das ist in der Verwaltungsvereinbarung ein Stück weit so angelegt. Ich glaube, dass man diese Regelung konkretisieren sollte. Man könnte zum Beispiel nur die Eigenanteile werten, den Ländern aber ermöglichen, im Hinblick auf die Kommunen Sondereffekte bei der Bestimmung des Durchschnitts und der Referenzzeiträume zu berücksichtigen.

Zum Investitionsbegriff haben wir uns in unserer schriftlichen Stellungnahme ausführlich geäußert, und zwar bezogen auf das Haushaltsrecht. Auch an dieser Stelle ein Rekurs auf die Länder: In den Ländern gibt es mittlerweile kein einheitliches Haushaltsrecht mehr. In Ländern wie Nordrhein-Westfalen, in denen es eine große Anzahl von Kommunen gibt, die Eröffnungsbilanzen aufgestellt und kaufmännisches Rechnungswesen angewendet haben, hat sich der Investitionsbegriff im Vergleich zum kameralen System verändert; er ist mittlerweile noch restriktiver gefasst. Wir haben die entsprechenden Regelungen in unserer Stellungnahme aufgeführt. Auch an dieser Stelle spricht einiges dafür, den Ländern die Möglichkeit zu belassen, darauf Rücksicht zu nehmen. Dies sollte an der einen oder anderen Stelle des Gesetzentwurfes, vor allem aber in der Verwaltungsvereinbarung zum Ausdruck kommen.

Uns irritiert besonders, dass es Schreiben verschiedener Häuser gibt, die einen anderen Inhalt haben. Man sollte sich im Rahmen

des Gesetzgebungsverfahrens darauf verständigen, dass es um Investitionen und um größere Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen geht. Es wäre hilfreich, wenn man wüsste, dass dies akzeptiert wird. Dann könnten die Länder in Anbetracht ihrer jeweiligen Probleme besser mit diesen Begriffen umgehen.

Dieses Programm soll nicht dazu dienen, die kommunalen Haushalte zu sanieren, sondern dazu beitragen, dass tatsächlich Investitionen in diesen Bereichen getätigt werden. Auch das war ein Grund, warum wir gesagt haben, dass es auch finanzschwachen Kommunen ermöglicht werden soll, sich daran zu beteiligen. In diesen Kommunen ist der Investitionsstau am größten. Hinzu kommt, dass die finanzschwachen Kommunen in ihren Haushalten die wenigsten Maßnahmen veranschlagt haben. Allein aufgrund der Finanzlage dieser Kommunen könnte somit sichergestellt werden, dass das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt wird.

Vorsitzender Otto Fricke: Ein Hinweis an den Kollegen Koppelin: Herr Staatssekretär Homann ist auf dem Weg in unseren Ausschuss.

Sachverständiger Dr. Alfred Boss (Institut für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel): Ich möchte ein paar Bemerkungen zur Schuldenbremse machen - bei allem, was ich jetzt sage, geht es um die mittelfristigen Wirkungen -: Durch eine Schuldenfinanzierung öffentlicher Ausgaben werden die Realeinkommen in der Zukunft verringert: entweder weil die Investitionen geringer ausfallen, als es sonst der Fall wäre, oder weil der Außenbeitrag bzw. - andersherum betrachtet - der Kapitalexport geringer ausfällt, als es sonst der Fall wäre, oder aufgrund der Kombination beider Effekte. Wenn die Investitionen kleiner ausfallen als sonst, dann spüren wir das in der Zukunft durch einen schwächeren Anstieg der Realeinkommen für alle, durch einen schwächeren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts. Läuft das Ganze über den Außenbeitrag, dann fallen die Erträge aus der Anlage von Ersparnissen im Ausland kleiner aus als sonst. Egal was passiert: Die Realeinkommen je Einwohner werden in der Zukunft kleiner, wenn Staatsausgaben schuldenfinanziert werden.

Verteilungspolitisch gesehen führt eine Verschuldung dazu, dass künftige Generationen belastet werden. Ob man eine solche

Verschiebung von Belastungen auf künftige Generationen in Kauf nehmen sollte, ist letztlich eine Frage der politischen Wertung; ökonomisch ist das meines Erachtens kaum objektiv zu beantworten. Nichtsdestotrotz gibt es diverse Positionen zu dieser Fragestellung. Beispielsweise plädiert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dafür, Investitionen - richtig definiert - durchaus über Schulden finanziert zu tätigen. Es gibt aber auch die andere Position, dass die Neuverschuldung auf mittlere Sicht maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen dürfe. Wieder andere sagen: Jegliche Neuverschuldung ist von Übel, schon deswegen, weil es fürchterlich schwierig ist, adäquat abzugrenzen, welche Investitionen man kreditfinanzieren sollte.

Was die Föderalismuskommission II vergangene Woche beschlossen hat, ist in meinen Augen, jedenfalls wenn ich nach dem gehe, was bisher allgemein bekannt geworden ist, wenig konkret. Es wäre meines Erachtens notwendig, den Investitionsbegriff wesentlich enger zu fassen, als das in den maßgeblichen Gesetzen gegenwärtig der Fall ist. Es wäre notwendig, der Nettokreditaufnahme den Verkauf von Geldvermögen gegenüberzustellen; denn ökonomisch gesehen ist es Jacke wie Hose, ob man Schuldtitel des Staates verkauft oder Aktien, die der Staat in seinem Portefeuille hält. Wenn der Staat Schulden macht, dann wird er in der Zukunft durch die Zinsen belastet, die auf diese Titel zu zahlen sind. Wenn der Staat Geldvermögen verkauft, dann entfallen künftige Erträge. Ökonomisch gesehen ist beides gleichwertig. Insofern spricht alles dafür, der Nettokreditaufnahme gegenüberzustellen, was per Saldo an Geldvermögen verkauft wird. Dann wird die Grenze für die Ausgaben für Investitionen enger, als sie es sonst wäre. Außerdem muss man - ökonomisch ist das eine Banalität - den Investitionen nach Abzug des entsprechenden Verkaufs von Geldvermögen die Abschreibungen gegenüberstellen, und man muss vieles andere machen, was ich hier im Detail nicht ausführen will - es sei denn, es wird noch einmal danach gefragt.

Was mich an dem, was letzte Woche vereinbart worden ist, stört, ist vor allem Folgendes: Es wird eine Regelung vereinbart, die ab dem Jahr 2020 in Kraft treten soll. Wenn man meint, etwas tun zu müssen, dann muss es meines Erachtens rasch pas-

sieren. Man muss spätestens im Jahr 2011 mit einer Korrektur anfangen, wenn wir uns jetzt mit diesen Paketen eine solch hohe zusätzliche Neuverschuldung leisten.

Sachverständiger Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD): Ich möchte zu der gleichen Frage wie Herr Boss Stellung nehmen. Herr Boss überspringt sozusagen den Sturm, in dem wir uns gerade befinden;

(Beifall)

er redet über die Zeit, wenn der Ozean wieder glatt ist und es kein Problem mehr für das Schiff gibt. Ich möchte über den Sturm reden.

Wir haben einen dramatischen Zusammenbruch von Verschuldungsketten in der Welt. Das Ausland fällt aus; es wird sich uns gegenüber nicht, wie es das in den letzten Jahren getan hat, weiter verschulden und dadurch Impulse für die deutsche Konjunktur geben. Wenn wir dies als gegeben annehmen, dann gibt es einen einfachen Weg, wie Sie mehr staatliche Schulden verhindern können: indem Sie die privaten Investoren dazu bewegen, sich zu verschulden. Nun gibt es nur wenige Instrumente, mit denen man das tun kann; das ist das Problem.

Man kann die Zinsen senken, und das sollte man weiter tun. Die EZB ist da sehr zögerlich; sie hat in meinen Augen auch falsch gehandelt. Aber auch für ein Senken der Zinsen gibt es klare Grenzen. Wir sehen das an den Ländern, in denen diese Grenzen schon erreicht sind; dann kann man die Privaten nicht bewegen, sich weiter zu verschulden.

Es gibt nur noch die Möglichkeit einer direkten Stimulierung der privaten Investitionstätigkeit; auch diese Stimulierung muss über staatliche Schulden erfolgen. Wenn es nicht kurzfristig gelingt, die Privaten zur Verschuldung zu bewegen, dann bleibt nur staatliche Verschuldung.

Solange die Menschen in Deutschland noch 10 Prozent, 11 Prozent oder sogar 12 Prozent des Haushaltseinkommens sparen, muss sich irgendjemand verschulden. Man kann 500 Jahre lang über eine Schuldenbremse reden. Wenn wir aber das Problem, wer sich dann verschuldet, wer das Geld, das gespart wird, aufnimmt und in etwas Vernünftiges investiert, nicht lösen, ist alles sinnlos, weil das Einkommen wegsackt. Die Ersparnisse müssen von irgendwem aufgenommen werden. Das ist zwingend,

und niemand wird das bestreiten. Aber vielleicht gibt es eine Mehrheit gegen die einfache Logik.

(Zuruf: Das ist eine Mehrheit!)

- Dann möchte ich gerne hören, was diese Mehrheit meint. Nach der Logik - sie ist unabhängig von jedweder ökonomischen Theorie - muss dieses Geld aufgenommen werden. Das ist weder Keynesianismus noch Neoklassik - oder wie auch immer Sie das nennen wollen -, das ist einfache Mechanik: Wenn dieses Geld nicht aufgenommen wird, muss das gesamtwirtschaftliche Einkommen zusammenbrechen, mit der Folge, dass Arbeitsplätze verschwinden. Es gibt keine andere Variable, die noch reagieren kann, die nachgeben kann; so einfach ist das. Über eine Schuldenbremse kann man wunderbar philosophieren, aber nicht, wenn man nicht andere findet, die sich verschulden. Das Ausland - davon kann man sicher ausgehen - fällt aus, wird diese Rolle nicht mehr spielen können. Schauen Sie sich an, wie verschuldet die meisten Länder sind und wie sie reagieren, schauen Sie sich an, was in Osteuropa passiert, schauen Sie sich an, was in den USA passiert: Überall ist die Situation die gleiche, nämlich dass das Ganze nicht mehr funktioniert.

Ein letztes Wort. Herr Zimmermann hat die Finanzierung des Staates angesprochen. Ich sehe nicht, dass wir Probleme bekommen könnten, den Staat zu finanzieren. Selbst in Japan, das mit 190 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschuldet ist, ist das noch nicht der Fall gewesen. Warum bekommen wir keine Probleme? Weil es auf der Welt so wenige Alternativen gibt, vernünftige Anlagen zu finden. Warum drängen die Leute in Staatsanleihen? Warum leihen sie dem japanischen Staat für 1,5 Prozent über zehn Jahre Geld? Warum leihen sie dem deutschen Staat für 2,9 Prozent über zehn Jahre Geld? Warum kommt der amerikanische Staat, der vermutlich ein viel größeres Defizit machen wird, noch so leicht und relativ billig an Geld? Weil es keine Alternativen gibt. Man muss sein Geld beim Staat anlegen, jedenfalls so lange, wie die private Investitionstätigkeit nicht wieder angesprungen ist und beim Staat relativ sichere Anlagen zu finden sind.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Es ist schwie-

rig, von diesem Punkt zur Abwrackprämie zu kommen,

(Heiterkeit)

vielleicht aber auch nicht. Ich sage nämlich: Die Abwrackprämie wird zur Lösung der Probleme, die wir haben, keinen Beitrag leisten. Ich habe mir das nicht aus der Nase gezogen; wir haben das recherchiert. Die Abwrackprämie ist ein Programm zur Ankurbelung der Korruption bei den Autoverwertern.

(Unruhe - Petra Hinz (Essen)
(SPD): Sie müssen nicht alle
kriminalisieren! - Glocke des
Vorsitzenden)

Dafür kann man sogar Verständnis haben: Da kommen Leute mit einem neun Jahre alten Garagenwagen, mit dem sie jedes Jahr gerade einmal 5 000 Kilometer gefahren sind, und die Autoverwerter weinen, wenn diese Wagen in die Presse sollen.

(Petra Hinz (Essen) (SPD): Mein
Gott!)

Wozu die Abwrackprämie führt, ist klar: Sie bekommen in der wirtschaftlichen Entwicklung jetzt eine Beule und anschließend eine Delle. Wegen der 2 500 Euro Abwrackprämie kaufen ja nicht mehr Leute ein Auto; sie kaufen das Auto nur zu einem anderen Zeitpunkt. Das gleicht sich also aus. Die Frage ist - -

(Unruhe - Zurufe)

- Ja, Herr Sommer: Erst kommt die Beule, dann die Delle, und dann kommt bei Ihnen der Kater; das kann ich Ihnen sagen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des
Vorsitzenden)

Vorsitzender Otto Fricke: Einen kleinen Moment, Herr Kollege Rosenkranz. - Ich will einmal feststellen: Es ist schon bemerkenswert, von wem bei der Rede eines Sachverständigen irgendwelche Äußerungen kommen. Alle Sachverständigen haben ihre Meinung, und dem hören wir zu; wir wollen ja sozusagen lernen. Herr Rosenkranz hat jetzt das Wort und kein anderer. - Bitte, Herr Rosenkranz.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Die Abwrack-

prämie wird, wie gesagt, in keiner Form aus der Wirtschaftskrise führen. Die Frage ist, ob es Alternativen gibt. Wenn man Geld nicht sinnlos verprassen will, dann sollte man versuchen, mit einer Umweltprämie, die diesen Namen verdient, auf die Modellpolitik der Unternehmen Einfluss zu nehmen. Wahrscheinlich muss man die Umweltprämie von einer Abwrackprämie abkoppeln. Man muss also Autos fördern, die besonders wenig CO₂ ausstoßen, besonders schadstoffarm sind, neue Antriebe - Hybridantrieb, Elektromotor usw. - haben.

Diese Idee ist nicht neu: Vor fast zehn Jahren bekam, wer einen 3-Liter-Lupo kaufte - den gab es damals noch -, 1 000 DM vom Staat. Wer heute in Frankreich ein Auto kauft, das weniger als 120 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstößt, bekommt vom Staat 700 Euro; wer ein Auto kauft, das sogar weniger als 105 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstößt, bekommt vom Staat 1 000 Euro, und zwar unabhängig davon, ob er ein altes Auto abwrackt.

Auch eine solche Umweltprämie würde nicht den großen Effekt bringen; aber sie würde der Autoindustrie in Deutschland zeigen, welche Autos in diesem Land nach dem Willen der Bundesregierung und des Bundestages gebaut werden sollen, nämlich Autos, die die Welt in Zukunft braucht; unsere Wirtschaft ist ja eine Exportwirtschaft. Im Moment werden in Deutschland zu viele Autos gebaut, die die Welt immer weniger braucht.

(Zuruf: Aber die man ganz gut
verkaufen kann! - Gegenruf: Das
wird sich ändern!)

- Das wird sich ändern. Wir drohen eines Tages in die Situation zu geraten, in der sich die Amerikaner heute befinden.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.): Ich will nur zwei kurze Bemerkungen machen. Meine erste bezieht sich auf den Arbeitsmarkt. Ich teile grundsätzlich die Einschätzung von Herrn Weise. Wir werden den Arbeitsmarkt mit dem jetzigen Programm, das ich sehr begrüße, dieses Jahr sicherlich noch vergleichsweise ruhig halten können. Es bestehen gewisse Hoffnungen - das ist die optimistische Variante -, dass wir uns durchretten können. Wenn nämlich die Rezession, die wir jetzt haben, bloß tiefer ist als die anderen Rezes-

sionen seit dem Zweiten Weltkrieg, müsste es nach dem zweiten Quartal dieses Jahres schleichend wieder aufwärtsgehen. Ob das so ist, will ich jetzt nicht prognostizieren; aber wenn das so wäre, bestünde die Chance, dass wir weiter vorankommen. Schwierig wird es sicherlich für den gesamten Arbeitsmarkt, wenn die Rezession dieses Jahr durchschreitet.

Meine zweite Bemerkung. Herr Flassbeck, ich möchte Ihnen zum Teil widersprechen. Sie haben recht, dass das Verschuldungsgleichgewicht der Welt existiert; es war schon immer da. Meiner Ansicht nach wird es noch eine Weile bestehen, weil sich in den USA nicht nur die privaten Haushalte verschulden - die Sparquote der Amerikaner ist null -, sondern sich auch der Staat massiv verschulden muss; das ist ja gerade beschlossen worden. Die Amerikaner haben schon immer mehr importiert als exportiert. Wer finanziert das? Das finanzieren China und Japan und Deutschland vorneweg, ganz klar. Das machen wir aber schon seit Unzeiten.

Die Tatsache, dass sich der Wechselkurs im Augenblick nicht zuungunsten der Amerikaner, sondern zu unseren Ungunsten entwickelt, deutet darauf hin, dass die Weltfinanzmärkte, die immer dafür gesorgt haben, dass die Amerikaner ihre offensive Konsumpolitik vorantreiben können, das weiter fortsetzen. Ich sehe noch keine Probleme im Außenhandel oder in der Sparpolitik. Die Amerikaner werden angehalten, weiterhin zu konsumieren, statt zu sparen und damit die ganzen Konjunkturprogramme zu konterkarieren. Ich gebe Ihnen recht, dass Herr Obama, falls er einschließlich Wiederwahl acht Jahre erfolgreich arbeiten kann, in seiner zweiten Amtsperiode die Amerikaner überzeugen könnte, ein besseres Sparverhalten zu entwickeln. Das ist für sich eine gigantische Aufgabe. Aber dass ihm das in den nächsten vier Jahren gelingen könnte, kann ich mir nicht vorstellen. Insofern sehe auch ich, dass die Verschuldung grundsätzlich ein Thema ist; aber im Moment ist das nicht real.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Zimmermann. Wie schätzen Sie es ein, dass wir in einem Sektor massiv fördernd eingreifen? Wir zahlen bei der Autoindustrie nicht nur für Rabatte, wir zahlen obendrein für Forschungs- und Entwicklungsausgaben in er-

heblichem Umfang, ausschließlich für diese Branche. Wäre es nicht klüger gewesen, die Mittel beispielsweise für einen Einstieg in eine allgemeine steuerliche Förderung von F und E zu verwenden?

Meine zweite Frage betrifft das Kriterium der Zusätzlichkeit bei den Kommunalinvestitionen. Besteht nicht, wenn man den Begriff der Zusätzlichkeit zu strikt eingrenzt, die große Gefahr, dass Unfug bezahlt wird? Maßnahmen, die zusätzlich vorgesehen sind, haben sich in der kommunalen Priorisierung nicht durchsetzen können. Sie sind offensichtlich nicht besonders dringlich; sonst wären sie etatisiert. Vor dem Hintergrund, dass zwei, drei Jahre später - um den kontraktiven Impuls zu setzen, den wir brauchen, um wieder zu sparen - die Investitionen massiv zurückgefahren werden, ist es gut, Projekte zu fördern, die möglichst weit gediehen sind, auch um damit zu vermeiden, dass die kommunale Selbstverwaltung vollständig ausgehöhlt wird.

Eine kurze Frage an Herrn Weise. Ich höre aus der Beratungsbranche, dass das Auslastungsrisiko, das dieser Branche immanent ist, nun vollständig auf sie verlagert wird. Das ist so, als wenn Akkordarbeiter prophylaktisch zur Kurzarbeit angemeldet werden und, nachdem am Monatsende ermittelt worden ist, wer zu wie viel Prozent ausgelastet gewesen ist, der Rest - was es an Kurzarbeitergeld so gibt - von der BA kommt. Ist das gewünscht, oder ist das eine missbräuchliche Gestaltung der Instrumente, die geschaffen worden sind?

Kurt J. Rossmann (CDU/CSU): Herr Dr. Boss, Sie haben sich - da werden Ihnen 90 Prozent der Bevölkerung zustimmen - für einen Subventionsabbau ausgesprochen. Ich vermisse allerdings eine Konkretisierung. Es reicht nicht, sonntagvormittags nach dem Kirchgang dem Wahlvolk beim Frühschoppen zu predigen, dass man für einen kräftigen Subventionsabbau ist. Ich hätte gerne Vorschläge von Ihnen, wo man Subventionen abbauen kann, damit der Effekt, den wir uns von dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland versprechen, zumindest in Teilen erzielt werden kann. Welche Subventionen haben Sie konkret im Auge?

In diesem Zusammenhang auch die Frage, ob nicht eine Steuersenkung sinnvoll wäre, zumindest dahin gehend, dass man Entlastung dafür schafft, dass die Arbeit-

nehmer, deren Einkommen in diesem Jahr, zumindest im Vergleich zu den vergangenen Jahren, ganz ordentlich ansteigen, wegen der Progression mehr Steuern zahlen müssen. Entlastung könnte dadurch geschaffen werden, dass die Progression abgeflacht wird. Würde sich nicht ein Teil dieser Steuer-senkungen oder Steueranpassungen - wie auch immer man das nennen will - durch entsprechenden Konsum selbst tragen? Oder ist das einfach ein Verteilen von der linken Seite auf die rechte Seite?

Meine zweite Frage. Herr Flassbeck, Sie haben gesagt, dass die Prognose der Bundesregierung, dass unsere Wirtschaftsleistung dieses Jahr um 2,5 Prozent zurückgehen werde, Unfug sei; dass mindestens 4 Prozent angesetzt werden müssten. Es würde mich interessieren, worauf Sie Ihre Prognose stützen. Es hat keinen Wert, mit Kassandrarufern an die Öffentlichkeit zu gehen. Unser Programm soll doch gerade dazu beitragen, dass der Rückgang der Wirtschaftsleistung, den wir in diesem Jahr, wie jeder weiß, leider hinnehmen müssen, so gering wie möglich ausfällt. Sehen Sie, dass der vorliegende Gesetzentwurf hierzu einen Beitrag leisten kann? Oder bleiben Sie dabei, dass die Wirtschaftsleistung um 4 Prozent oder noch mehr zurückgehen wird?

Ich hätte an sich noch eine dritte Frage; aber das ist ja nicht erlaubt. Ich hätte in diesem Zusammenhang Dr. Weise gefragt, wie gefestigt seine Prognose von einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit um 250 000 Arbeitslose ist.

Vorsitzender Otto Fricke: Diese Frage ist zwar nicht gestellt; dennoch kann sie beantwortet werden.

(Heiterkeit)

Roland Claus (DIE LINKE): Meine Frage zum Thema Leiharbeit geht an Herrn Sommer und Herrn Weise. In der Stellungnahme des DGB wird auf die Probleme verwiesen und ein Änderungsvorschlag angeboten. Meine Frage ist: Welche Erwartungen haben Sie, wie sich die Leiharbeit entwickeln wird? Vielleicht kann mir Herr Sommer meine Sorge nehmen, dass die Interessen der Leiharbeiter nicht vertreten werden, wenn die Stammbesellschaften in dieser schwierigen Situation die Leiharbeiter eher abstoßen wollen. Erhöht sich damit nicht auch die Zahl der Aufstocker?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Weise. Herr Weise, Sie haben uns mit den Unterlagen den Entwurf Ihres Nachtrags-haushaltes vorgelegt, in dem der Satz steht: Der Kernbestand der allgemeinen Rücklage wird bei einer bestimmten Entwicklung unter-schritten. - Sie haben das hier präzisiert mit der Aussage: Das geht alles nur, wenn die Krise nicht länger als eineinhalb Jahre dauert. - Heißt das, dass das jetzige Modell der BA maximal für einen Abschwung von eineinhalb Jahren, wie er jetzt prognostiziert wird, finanzierbar bleibt?

Norbert Barthle (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Frau Kuban. Es gibt Stellung-nahmen nicht nur der Kommunen, sondern auch der Länder, die besagen, dass - bei aller Kreativität der Kämmerer - das Kriterium der Zusätzlichkeit zu einer Einschränkung führen wird und, da die Kommunen ohnehin mit zurückgehendem Gewerbesteuerauf-kommen rechnen müssen und von daher andere Haushaltsansätze anlegen müssen, es schwer wird, das Kriterium der Zusätz-lichkeit zu erfüllen. Hinzu kommt die zweite Auf-lage, dass, was Schulen, Kindergärten und Ähnliches anbelangt, vorwiegend in die energetische Sanierung investiert werden soll. Auch das schränkt ein; denn wenn der Hallenboden in einer Sporthalle erneuert werden muss, hat das mit energetischer Sa-nierung wenig zu tun. Wäre es nicht sinnvoll, an dieser Stelle flexiblere Regelungen ein-zuführen?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Professor Zimmermann. Es geht bei diesem Paket auch um Steuerentlastungen. Wir er-höhen den Grundfreibetrag, senken den Ein-gangssteuersatz und verschieben den Tarif-verlauf nach rechts. Mit dieser Rechtsver-schiebung soll die kalte Progression ge-dämpft werden. Durch die Absenkung des Eingangssteuersatzes verschärfen wir aber die strukturelle Progression. Ich möchte gerne hören, wie Sie das beurteilen, Herr Zimmermann.

Dr. Claudia Winterstein (FDP): Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Weise. Die neuesten Zahlen der BA machen deutlich, dass die Regierung die Arbeitslosenversiche-rung sehenden Auges in die Schuldenfalle laufen lässt, dass wir im Jahre 2010 das große Problem haben, dass die Rücklage aufgebraucht ist. Es gibt mehrere Möglich-

keiten, darauf zu reagieren. Ich weiß, dass Sie ein kluger Mann sind.

(Heiterkeit)

Ich hätte gern gewusst, welche Vorstellungen Sie haben. Man könnte über eine Erhöhung des Beitragssatzes nachdenken, man könnte den Eingliederungsbeitrag wieder streichen, man könnte aber auch sagen, dass der Bund dafür geradezustehen hat. Welche Gedanken haben Sie sich dazu gemacht?

Meine zweite Frage geht an Herrn Dr. Boss. Herr Boss, Sie lehnen die Schaffung des Sondervermögens ab und zweifeln daran, dass der Tilgungsplan der Bundesregierung funktioniert. Ich hätte gerne gewusst, wieso. Sie haben dargelegt, dass Sie das Konjunkturprogramm in dieser Form nicht für gut und richtig halten. Als Alternative haben Sie einen Subventionsabbau genannt. Ich hätte aber gern noch etwas zu dem Konzept, die Steuern abzusenken, gehört. Herr Sommer hat sich da entsprechend positioniert. Ich denke, es wäre wichtig, an dieser Stelle Alternativen zu nennen.

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Meine Frage geht an Herrn Professor Dr. Zimmermann und an Herrn Dr. Boss. Wir verändern den Tarifverlauf bei der Einkommensteuer, wenn auch nur geringfügig. Dennoch wird gerne eingewandt, dass bei einer Senkung des Einkommensteuertarifes die Sparquote zu hoch wäre und damit der Effekt verpuffen würde. Wie bewerten Sie diese Aussage?

Welche Bedeutung hat es eigentlich, dass nur die öffentliche Hand herangezogen wird und im Rahmen eines Konjunkturprogramms Geld ausgeben soll? Ist es nicht wichtiger, insgesamt wieder Vertrauen in der Bevölkerung zu suchen und zu finden? Meines Wissens liegen derzeit auf Terminkonten und Ähnlichem Bareinlagen in Höhe von etwa 2 Billionen Euro. Ist es nicht notwendig, vor allen Dingen den Bürger und die Unternehmen dazu zu bewegen, zu investieren? Welche Bedeutung haben die sogenannten Elastizitäten, von denen man im ersten Semester Volkswirtschaftslehre hört, und ähnliche Multiplikatorwirkungen heute noch?

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU): Ich bin dankbar, dass das Wort „Mittelstand“ heute einmal fiel; Herr Dr. Weise hat es im Zusammenhang mit der Beteiligung der klei-

neren Firmen an der Qualifizierung in den Mund genommen.

Ich habe zwei Fragen. Meine erste Frage geht an Herrn Sommer, an Herrn Dr. Weise und an Herrn Dr. Zimmermann. Es geht um die Abwrackprämie. Ich habe gestern Abend die Zahlen gesehen: In den wenigen Tagen, seit man sein Auto gegen eine Abwrackprämie verschrotten kann, haben bereits knapp 20 000 davon Gebrauch gemacht. Das Geld, das wir für die Abwrackprämie bereitgestellt haben, wird, wenn es so weitergeht, maximal bis Mai reichen. Ist damit für die Automobilindustrie, die eine Schlüsselindustrie ist, genügend getan?

Wie kommt man überhaupt zu der Beurteilung, dass etwas getan werden musste? Oder war das, wie manche meinen, gar nicht so wichtig? Welche Sekundär- und Tertiäreffekte gibt es? Ich denke an die Umsatzsteuer von 19 Prozent. Wenn ich ein Auto für 15 000 Euro kaufe, kommen an Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer 2 850 Euro hinzu. Das liegt bereits über dem, was man an Abwrackprämie bekommt. Jetzt sind das natürlich Ersatzbeschaffungen; das sehe ich ein. Die Frage ist aber, ob wir in dieser Phase tatsächlich die notwendigen Impulse setzen. Was raten Sie uns? Ist die Problematik jetzt beseitigt, oder müsste man noch einmal nachsteuern?

Meine zweite Frage betrifft den Qualifizierungsbereich. Wenn wir mit einem Einbruch von 300 000 bis 400 000 Arbeitsplätzen rechnen müssen, Herr Dr. Weise, müsste man sich dann weitere Instrumente überlegen, beispielsweise dass man demjenigen, der ein Sabbatjahr einlegen möchte, die Chance dazu gibt oder dass man berufsbegleitende Weiterbildungen in Vollzeitweiterbildungen ummünzt? Was gibt das Instrumentarium der Bundesagentur her?

Abschließend würde ich gern eine kleine Nachfrage an Frau Kuban richten. Wie wird in der Kommunalpolitik darüber diskutiert, dass in dieser Phase im Hinblick darauf, wie die Mittel bei den Kommunen abfließen, besondere Transparenz notwendig sein wird? Es kann nicht sein, dass wir Geld geben und vielleicht nach zwei Jahren erfahren, dass viel Geld irgendwo herumliegt. Ich bitte Sie, darzustellen, was auf den Weg gebracht wird, um begleitend eine ganz neue Form von Transparenz für die Öffentlichkeit herzustellen. Wir sprechen immerhin über mehr als 10 Milliarden Euro.

Sachverständiger Michael Sommer (Deutscher Gewerkschaftsbund): Mir wurden zwei Fragen gestellt. Bei der Frage von Herrn Claus geht es um den Komplex Leiharbeit. Hierzu will ich ausdrücklich auf unsere schriftliche Stellungnahme verweisen.

Bevor ich zur Kritik komme, will ich auf einen zusätzlichen Punkt hinweisen. In den Facherörterungen im Bundesarbeits- und Sozialministerium vor der Verabschiedung des Konjunkturprogramms durch die Regierung hatten wir die Gelegenheit, die Leiharbeit prinzipiell zu erörtern. Es gibt hierzu noch ein paar Fragen mehr als die, die mit dem heutigen Thema unmittelbar im Zusammenhang stehen. Dabei geht es zum Beispiel um die Anrechenbarkeit von Leiharbeitern bei den Beschäftigungsschwellen und Ähnliches mehr. Ich glaube, gerade für Klein- und Mittelbetriebe haben wir gemeinsam vernünftige Regelungen hierfür gefunden, zum Beispiel das Heruntersetzen der 30-Prozent-Schwelle und die Einberechnungsmöglichkeit.

Uns geht es in unserer Stellungnahme darum, zu verdeutlichen, dass der Zweck der Leiharbeitsbranche natürlich nicht dadurch verkehrt werden darf, dass das Beschäftigungsrisiko der Leiharbeitsbranche zum Schluss auf den Staat abgewälzt wird. Die Kurzarbeitergeldregelung sollte daher entsprechend unseren Maßstäben gestaltet werden, sodass es nicht, wie wir befürchten, zu mehr Hartz-IV-Aufstockern in größerem Ausmaße kommt, zumal die Leiharbeitsbranche die Branche ist, in der es die größte Zahl an Aufstockern gibt.

Herr Claus hat diese Frage mit den Fragen verbunden, ob ich ihm die Sorgen bezüglich der Stammebelegschaften nehmen kann und ob jetzt nicht die Wirkung einsetzt, die immer befürchtet worden ist, dass nämlich die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter - das sind übrigens zum größten Teil Frauen - benutzt werden, damit das Unternehmen sozusagen atmet, und sie jetzt in der Krise als Erste hinausfliegen. Gemeinsam mit den Belegschaften in den Betrieben und den Betriebsräten versuchen wir sehr intensiv, dafür zu sorgen, dass das nicht geschieht.

Die Regelungen, die jetzt getroffen worden sind, zum Beispiel die Möglichkeit, die Belegschaften insgesamt zu berücksichtigen - auch befristet Beschäftigte - und auf die Beschäftigungsbrücke zu bringen, über die Herr Weise vorhin geredet hat, sollen dazu dienen, die Leiharbeitsbranche insge-

samt abzusichern. Ich will ausdrücklich sagen, auch wenn das nicht Thema der Anhörung dieses Ausschusses ist: Dazu gehört auch eine Lohnuntergrenze bei der Leiharbeit. Die Zahl an zusätzlichen Aufstockern würde insgesamt natürlich begrenzt werden, wenn man zu einer vernünftigen Lohnuntergrenze in einer Größenordnung von 7,50 Euro und mehr kommen würde.

Gerade auch in den Betrieben und gemeinsam mit den Betriebsräten bemühen wir uns sehr darum, für Beschäftigungssicherung zu sorgen, die Leiharbeiter zu berücksichtigen und sie nicht gegen Stammebelegschaften auszuspielen. Wir bemühen uns in den Betrieben sehr darum, nicht in die Situation zu kommen, wie es sie momentan zum Beispiel in Großbritannien gibt, dass einzelne Beschäftigtengruppen in der Krise gegeneinander ausgespielt werden. Hier haben unsere Betriebsräte eine besonders wichtige Funktion. Wenn Sie das mit gesetzgeberischen Maßnahmen unterstützen würden, dann hielte ich das für ausgesprochen sinnvoll.

Herr Fuchtel, Sie haben eine Frage zur sogenannten Abwrackprämie oder Umweltprämie gestellt. Ich will noch einmal sagen, dass wir im Rahmen der Debatte über die Konjunkturmaßnahmen nicht darüber reden sollten, ob das insgesamt eine kontraproduktive oder umweltschädliche Maßnahme ist oder nicht. Wir müssen Folgendes bedenken: Die Automobilindustrie und die daran hängende Zulieferindustrie sind die Schlüsselindustrie in Deutschland. Es ist richtig, ein deutliches Signal dafür zu setzen - das geht weit über die eigentliche Automobilbranche hinaus -, dass diese Industrie gestützt wird.

Wenn Sie zum Beispiel mit Vertretern der chemischen Industrie reden, dann werden Sie feststellen, dass es, abgesehen vom Bereich Pharma, überall dort, wo es um Chemie geht, die sehr autonom und unmittelbar produziert, größte Probleme gibt. Ich will nicht wieder von den Horrorzahlen sprechen und mich nicht an der Diskussion darüber beteiligen, in welchem Prozentbereich sich das bewegt. Aber wenn Sie mit den Betriebsräten in der Automobilzulieferindustrie und der Automobilindustrie reden, dann wissen Sie, wie massiv die Absatzeinschränkungen sind: Sie sind sehr und teilweise sogar extrem massiv und bewegen sich im mehrstelligen Prozentbereich. Das betrifft nicht nur die Unternehmen, die gemeint haben, sie müssten mit Aktienspekulationen irgend-

etwas tun, andere Unternehmen aufkaufen oder Ähnliches. Das sind ganz normale Absatzkrisen, bei denen man helfen muss. Es wird ein Zeichen dafür gesetzt, etwas zu tun, übrigens auch mit dem Ziel, etwas zu überbrücken.

Zu Ihrer konkret gestellten Frage, ob wir dieses Programm möglicherweise im Mai oder wann auch immer überprüfen müssten, will ich Ihnen nur sagen: Je erfolgreicher es ist, desto stärker refinanziert es sich. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass Konjunkturprogramme auch einen Refinanzierungsaspekt haben. Zum anderen glaube ich, dass die Bundesregierung gut beraten wäre, erfolgreiche Programme fortzuführen und nicht erfolgreiche Programme, wie zum Beispiel Steuersenkungen, nicht fortzuführen. Dann wären wir insgesamt ein Stück weiter.

Insgesamt können wir - darin will ich Sie noch einmal ausdrücklich bestärken - mit dem Doppelpaket Abwrackprämie plus Investitionshilfen für Erneuerungen - dabei geht es um Investitionen und Forschung, auch im Bereich der Automobilindustrie - etwas dazu beitragen, die Absatzkrise zumindest abzuschwächen und gleichzeitig einen Erneuerungsbedarf entstehen lassen.

Der Vollständigkeit halber will ich sagen: Aufgrund der europaweiten Vernetzung der Automobilindustrie mit ihrer Zulieferindustrie ist auch der Kauf eines französischen Kleinwagens nicht unbedingt schädlich für die deutsche Konjunktur.

Sachverständiger Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise (Bundesagentur für Arbeit): Es wurde die Frage gestellt, ob es zu einer ungebührlichen Nutzung von Kurzarbeitergeld kommen könnte, dass man sozusagen nachträglich abrechnet und das Restrisiko dem Staat zuschiebt. Ganz auszuschließen ist das nicht. Die Idee ist, dass wir als Versicherung dieses Restrisiko hinsichtlich der Auslastung tragen. Es gibt aber starke Filter, die verhindern, dass das missbraucht wird. Ein Filter ist zum Beispiel, dass ein Unternehmen vorher anzeigen muss, wie seine Planung aussieht. Man kann hinterfragen - ich hoffe, dass die einzelnen Arbeitsagenturen das auch tun -, ob diese Planung plausibel ist. Wir wissen zum Beispiel, dass bei einer Anzeige von Kurzarbeitergeld anschließend im Schnitt 60 Prozent - das sind etwa 500 Euro pro Kopf und Monat - auch tatsächlich anfallen. Wenn es dort immer

wieder sehr einseitige Abweichungen gäbe, dann wäre das eine Auffälligkeit. Insofern: Ganz auszuschließen ist das nicht. Die Unternehmen haben Beiträge gezahlt. Dafür haben sie jetzt die Möglichkeit, darauf zurückzugreifen.

Von Herrn Claus und Frau Winterstein wurde die Frage gestellt: Wie sieht die Finanzentwicklung aus? Ich habe immer wieder geschrieben, dass wir keine eigene Prognose erstellen. Wir sind dazu nicht in der Lage und nutzen die volkswirtschaftlichen Eckwerte der Bundesregierung. Bei dem Szenario eines Schrumpfens der Wirtschaft um zweieinviertel Prozent in 2009 komme ich gegenüber dem Vorjahr auf im Schnitt 250 000 Arbeitslose mehr. Das Kritische und auch politisch Gefährliche an dieser Entwicklung ist: Das erste halbe Jahr wird noch recht gut verlaufen; die Arbeitslosigkeit wird nur gering steigen. Im Verlauf des zweiten Halbjahres kann es sein, dass ich im Vergleich zum Vorjahr 500 000, 600 000 oder auch 700 000 Arbeitslose mehr melden muss. Das ist aber ein Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter wird, dann müsste ich diese Zahl in dem Szenario erhöhen; wird sie besser, dann müsste ich sie verringern. Für die Finanzmittel bedeutet dieses Szenario des Schrumpfens der Wirtschaft um zweieinviertel Prozent einen Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung von 2,8 Prozent. Frau Winterstein, dadurch ergäbe sich für die Arbeitslosenversicherung im Jahre 2010 ein Defizit von 6 Milliarden bis 7 Milliarden Euro. Das Defizit von etwa 10 Milliarden Euro, das in diesem Jahr auftritt, kann durch die Rücklage gedeckt werden. Sie beträgt 17 Milliarden Euro. Im nächsten Jahr wird dies noch einmal gelingen.

Die richtige und gute Botschaft lautet: Die Politik ist mit den vorhandenen Mitteln handlungsfähig. Wir haben damit Zeit, die eineinhalb Jahre, von denen ich gesprochen habe. Wir werden dann rechtzeitig erkennen, wie die Lage ist.

Sie hatten nach Klugheit gefragt. Aus meiner Sicht gibt es vier Handlungsmöglichkeiten, die ich auch gerne bewerte:

Erstens: Erhöhung des Beitragssatzes. Das würde ich in einer schweren wirtschaftlichen Krise nicht empfehlen.

Zweitens: Wiedereinführung einer reinen Defizithaftung des Bundes, sodass immer zulasten eines Dritten gehandelt wird, der

das alles finanziert. Das würde ich nicht empfehlen. Durch das Mandat zu einer guten Unternehmensführung bin ich dafür verantwortlich, dass im Rahmen des vorgegebenen Profils mit den vorhandenen Mitteln gearbeitet und nicht zulasten Dritter gehandelt wird.

Drittens. Diese Sondersituation einer Krise könnte gesondert behandelt werden, indem man sagt, dass dieses oder jenes in den Schuldentilgungsfonds aufgenommen oder in einer anderen Form abgeschrieben werden muss. Das ist sicher für den Staat ein Thema. Man muss sich gut überlegen, wie das dort wirkt.

Die vierte Handlungsmöglichkeit ist für mich naheliegend, allerdings auch nicht sofort, sondern in Schritten umzusetzen. Die Leistungen nach dem SGB II und dem SGB III sind steuer- bzw. beitragsfinanziert. Diese Systeme sollte man ordnungspolitisch klar trennen, und man sollte den Eingliederungsbeitrag infrage stellen. Allerdings kann ich mir vorstellen, dass man das in Stufen und nicht auf einmal alleine macht. Das würde zum einen dazu führen, dass die Arbeitskosten der Versicherung durch diese einmalige Krise nicht ungebührlich und sehr schnell erhöht würden. Zum anderen würde das dazu führen, dass alle - nicht nur diejenigen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind - diese gesamtgesellschaftliche Leistung übernehmen und auch die Aufgaben nach dem SGB II mitfinanzieren würden.

Das alles habe ich jetzt ohne Mandat meines Verwaltungsrates gesagt, aber ich muss Ihnen gegenüber offen und ehrlich sein. Ich werde das anschließend erklären.

Herr Fuchtel, ich unterstütze alle Forderungen, die darauf abzielen, dass jetzt weitere Möglichkeiten, lokal und regional auf diese Krise zu reagieren, geprüft werden dürfen. Ich würde mir wünschen - wir haben das in all unseren Stellungnahmen gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht -, dass Freiheitsgrade geschaffen und Instrumente angewendet werden, die vor Ort als richtig angesehen werden. Ich verstehe aber, dass wir uns das Vertrauen, dass wir letztlich Ihren politischen Willen umsetzen und nicht irgendwelche Dinge ausprobieren, erarbeiten müssen. Insofern muss das Schritt für Schritt geschehen. Auf anderen Seite - damit bin ich leider immer ein wenig im Konflikt mit dem föderalen System -: Wenn man diese Freiheitsgrade schafft, dann muss man sich zu einer zentralen Übersicht, einem

zentralen Controlling bekennen, um gemeinsam zu lernen, wer diese mit welchem Erfolg nutzt.

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Hinsichtlich der Förderzwecke ist gefragt worden, ob die Auflage, in energetische Erneuerung und Sanierung zu investieren, nicht zu einschränkend ist. Dasselbe gilt auch für einige andere Förderzwecke, zu denen Fragen gestellt wurden.

Leider ist es aber so - damit haben wir uns abgefunden -, dass die Föderalismuskommission I den Handlungsspielraum des Bundes gegenüber den Kommunen stark eingeschränkt hat und dass Sie dieses Programm jetzt auf der Basis von Art. 104 b des Grundgesetzes durchführen müssen. Diese Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten des Bundes gegenüber den Kommunen haben wir nie für besonders sinnvoll gehalten. Sie müssen jetzt permanent komische Schleifen drehen, damit bei den Kommunen überhaupt irgendetwas ankommt. Das ist jetzt aber nun einmal so. Daraus ergibt sich eben eine Einengung.

Wenn Sie sich Art. 104 b des Grundgesetzes anschauen, dann wissen Sie, dass das Programm tatsächlich von diesem Geist geprägt ist. Das bezieht sich übrigens auch auf das Thema Zusätzlichkeit. Auch das hat damit zu tun. Der Bund ist eben nicht in der Lage, einfach zu sagen: Wir sehen, dass die Straßen nicht in Ordnung sind, und legen deshalb ein kommunales Straßenbauprogramm auf. - Das geht eben nicht mehr. Von daher sind die Förderzwecke so, wie sie sind, und sie werden von uns auch nicht kritisiert.

Ich habe gesagt, dass das Thema Zusätzlichkeit bezogen auf die Einzelmaßnahmen von uns nicht infrage gestellt wird. Man muss auch nicht die Befürchtung haben, dass Dinge, die in Haushalten eingeplant sind, sinnvoll sind, während die anderen Dinge Unsinn sind. Es spricht eigentlich nichts dafür, dass man sich jetzt mühselig Gedanken darüber machen muss, was man mit dem Konjunkturprogramm finanzieren könnte, obwohl man es eigentlich nicht braucht. So etwas mag es im Einzelfall geben; es wird immer so etwas geben.

Das Deutsche Institut für Urbanistik, das von Zeit von Zeit eine Großstudie über das kommunale Investitionsverhalten erstellt, meint hinsichtlich des Investitionsstaus, der in den Jahren entstanden ist, in denen die

Investitionstätigkeit der Kommunen absolut zusammengebrochen ist, und sich nicht nur in Zahlen, sondern auch in dem katastrophalen Zustand der Infrastruktur in vielen Städten ausdrückt, dass das Investitionsvolumen in der Summe ungefähr doppelt so groß wie das sein müsste, was zurzeit - auch in dem guten Jahr 2008 - von den Kommunen ausgegeben wird, um diesen Investitionsstau abzubauen. Das heißt also: Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die durchgeführt werden können und nicht durchfinanziert sind. Hier muss man sich keine Gedanken machen.

Ich hatte vorhin darauf verwiesen, dass ich Kämmerin in der ordentlichen Stadt Bielefeld war, der es relativ gut geht. Anschließend war ich Kämmerin in der armen Stadt Duisburg. Schon vor zehn Jahren habe ich in meiner Zeit als Kämmerin dort erlebt, dass Schulen aufgrund von Gesundheitsgefahren geschlossen und Brücken wegen Einsturzgefahr stillgelegt werden mussten. Es gibt nicht überall so extreme Verhältnisse; aber in fast jeder Stadt und Gemeinde befinden sich Dinge in der Planung, die durchaus sinnvoll sind. Deswegen kann das auch relativ schnell gehen. Man muss sich also keine Sorgen darum machen.

Deswegen war unser Petition auch, insbesondere dafür zu sorgen, dass die Struktur- und Finanzschwachen investieren können; denn dort sind am wenigsten Mitnahmeeffekte zu erwarten. Im Referentenentwurf des Bundes hat es sogar noch eine weitere Formulierung gegeben, wonach man die Mittel in den Ländern nach der Einwohnerzahl der finanzschwachen Städte hätte verteilen müssen. Das hätten wir begrüßt. Jetzt ist das nur noch eine allgemeine Aufforderung.

Wie beobachten wir den Mittelabfluss, und welche Methode gäbe es, zu gewährleisten, dass das Geld nicht auf irgendwelchen Länderkonten liegen bleibt? Es gibt eine Vorgehensweise, die sicher nicht von allen Ländern so umgesetzt wird. Ein erstes Bundesland - ich glaube, inzwischen hat es kein zweites gegeben -, das Land Nordrhein-Westfalen, hat mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung über die Abwicklung des Programms geschlossen, die aus unserer Sicht sehr vernünftig ist. Dieses Land hat mit den drei kommunalen Spitzenverbänden schon am Freitag vor einer Woche eine Vereinbarung geschlossen, die unseren Wünschen sehr stark entgegen-

kommt, wonach die Mittel anhand eines Schlüssels pauschaliert an die Kommunen fließen. Das heißt natürlich nicht, dass man dies mit der Gießkanne tut. Vielmehr weiß jede Kommune in Nordrhein-Westfalen seit letzter Woche, wie viele Mittel sie aus diesem Programm erhalten wird. Das heißt natürlich nicht, dass man bei der Abrechnung nicht auch Maßnahmen betrachten muss, die den Kriterien des Gesetzes und der Verwaltungsvereinbarung entsprechen; aber die Tatsache, dass jede Stadt und jede Gemeinde schon seit letzter Woche verbindlich weiß, dass sie aus dem Programm X Millionen Euro bekommt, führt dazu, dass die Mittel schnell abfließen können.

(Karl Diller, Parl. Staatssekretär:
In Niedersachsen gibt es andere
Erfahrungen!)

Da wir dies mitverhandelt haben, glaube ich, dass das ein vernünftiges Verfahren ist.

In Nordrhein-Westfalen gibt es auch Erfahrungen mit Investitionspauschalen. Ich glaube, das ist am Anfang unbürokratisch. Das dient dem schnellen Mittelabfluss und der Tatsache, dass man sich am Anfang nicht monatelang in Antragsverfahren verfranzt. Dadurch werden die Kommunen nicht davon befreit, anschließend zu dokumentieren, dass die Einzelmaßnahmen dem Förderzweck entsprechen. Es muss ja nicht gleich Geld fließen; aber das Land weiß, wie viel Geld es bekommt. Dieses Geld kann es dann nach einem Schlüssel auf die Kommunen verteilen. In Nordrhein-Westfalen ist zum Beispiel die Finanzkraft ein Kriterium. Damit ist der Aufforderung in dem Gesetzentwurf Genüge getan, sich darum zu kümmern, dass auch Strukturschwache davon profitieren.

Ich glaube, dass das ein vernünftiges Verfahren ist. Darüber hinaus haben wir als Deutscher Städtetag uns vorgenommen, ein Berichtswesen aufzubauen - wir sind gerade dabei -, um uns zu vergewissern, was in den Ländern vor sich geht. Dies werden wir auch veröffentlichen. Wir haben die feste Absicht, dies abzufragen, zu dokumentieren und zu veröffentlichen. Falls Länder allzu säumig sind, werden wir dies öffentlich machen.

Sachverständiger Dr. Alfred Boss (Institut für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel):
Ich möchte jetzt eine Reihe von Fragen beantworten, die zum Teil zusammenhängen. Im Kern geht es um die Frage, ob ein Sub-

ventionsabbau durchgeführt werden soll und, wenn ja, wie. Es geht um die Frage, wie die Steuern gesenkt werden sollen, es geht um das Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und um einige spezielle Aspekte.

Im Institut für Weltwirtschaft werden seit vielen Jahren Subventionen systematisch erfasst. Es gibt immer wieder Kieler Subventionsberichte. In diesen Berichten wird all das als Subvention erfasst, was die Struktur der Wirtschaft ökonomisch unbegründet verzerrt. Es geht um Steuervergünstigungen und um Finanzhilfen verschiedener Gebietskörperschaften und verschiedener öffentlicher Stellen. Als Subvention wird nicht erfasst, was man aus ökonomischer Sicht im Sinne einer guten Staatstätigkeit für gut hält. Hierbei geht es um das Angebot öffentlicher Güter und um das Ausgleichen positiver externer Effekte. Das alles lasse ich jetzt einmal beiseite.

In diesen Berichten werden Subventionen erfasst - sie belaufen sich für das Jahr 2007 auf ungefähr 140 Milliarden Euro -, die unserer Einschätzung nach ökonomisch keine Rechtfertigung haben. Ich sage bewusst „unserer Einschätzung nach“. Es gibt sicherlich einige Positionen unter den vielen Hundert Positionen, über die man vielleicht streiten kann und bei denen man nicht unbedingt zu unserem Urteil kommen muss. Wenn es dort um viele Hundert erfasste Maßnahmen geht und wir gleichzeitig nicht wissen, ob die eine Subvention vielleicht schädlicher als die andere ist und eine dritte vielleicht nur ein bisschen schädlich ist, dann ist es unmöglich, eine Art Prioritätenliste aufzustellen und zu sagen: Diese und jene Subvention muss weg, eine andere aber nicht. Das wäre eine Anmaßung von Wissen, das wir schlicht und einfach nicht haben.

Als Konsequenz muss der Ökonom dann sagen, dass all diese Subventionen beseitigt werden müssen. Dies geht natürlich nicht von heute auf morgen, weil wir den Betroffenen die Anpassung erleichtern müssen; aber über einen Zeitraum von drei, vier, fünf oder vielleicht auch sieben Jahren sollte man all diese Subventionen je Jahr am besten gleichmäßig um einen gewissen Prozentsatz kürzen, sodass man je nach Wahl des Prozentsatzes in X Jahren mit dem Thema durch ist.

Nebenbei bemerkt: Die sogenannte Koch/Steinbrück-Liste beruht im Wesentlichen auf den Subventionsberichten der Bundesregie-

rung und auf unseren in Kiel veröffentlichten Subventionsberichten. Entsprechend der Koch/Steinbrück-Liste hat man in den Jahren 2004 bis 2006 gewisse Erfolge beim Subventionsabbau erzielt. Beispielsweise wurde die Eigenheimzulage abgeschafft.

In diesen Subventionsberichten sind beispielsweise Agrarsubventionen - ob über die EU, den Bund, die Länder oder wen auch immer - enthalten. Es sind natürlich auch Kohlesubventionen - vor allem Steinkohlesubventionen - und Wohnungsbausubventionen enthalten. Die Eigenheimzulage wurde beseitigt, dafür gibt es nun aber gerade auch im Rahmen der neuen Programme eine Menge an Zinssubventionen. Dort ist beispielsweise auch der Investitionsabzugsbetrag nach § 7 g des Einkommensgesetzes enthalten.

Wenn nun die Entfernungspauschale oder das, was mit ihr passiert ist, als Beispiel dafür angeführt wird, dass man mit dem Subventionsabbau Schwierigkeiten haben kann, dann ist meine Antwort ganz einfach: Man hätte dieses Thema anders anpacken müssen. Dann wäre man meines Erachtens in Karlsruhe nicht so jämmerlich gescheitert.

Zum Thema Steuersenkungen. Das Minimum in diesem Bereich musste sein, dass die Steuerbelastung der Einkommensteuerzahler nicht heimlich steigt. Eine solche Steigerung gibt es ja Jahr für Jahr dadurch, dass bestimmte Pauschbeträge - denken Sie an die Werbungskostenpauschale oder an die Höchstbeträge bei der Vorsorgepauschale und Ähnliches mehr - starr sind und nicht entsprechend der nominalen Einkommensentwicklung zunehmen.

Viel wichtiger ist aber, dass die Steuerbelastung deswegen heimlich steigt, weil unser deutscher Steuertarif extrem progressiv ausgestaltet ist. Das hat damit zu tun, dass die Empfänger unterer und mittlerer Einkommen in den vergangenen fast 60 Jahren immer wieder mehr oder weniger entlastet worden sind, während man für diejenigen, die ein Einkommen in der Höhe erzielen, ab der der Spitzensteuersatz gilt, lange Jahre nichts oder nur wenig getan hat. Das, was jetzt in dem Paket vorgesehen ist - das hatte ich anfangs schon einmal gesagt -, führt im Durchschnitt dazu, dass für die Jahre 2009 und 2010 ein heimlicher Anstieg der Steuerbelastung für die Einkommensteuerzahler vermieden wird.

Ich hatte ein paar konkrete Beispiele durchgerechnet. Beispielsweise hatte ich

angenommen, dass die zu versteuernden Einkommen um 2 Prozent je Jahr steigen. Wenn man bei gegebenen Regeln für die Abzugsbeträge die entsprechenden Tarife anwendet, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass sich für die Steuerpflichtigen im Schnitt nur wenig ändert. Es wird nur vermieden, dass die Einkommensteuerbelastung steigt, wie das sonst eben der Fall gewesen wäre.

Es wird aber auch noch etwas anderes erreicht: Die „Entlastung“ gemessen an der Zunahme der Belastung beim Status quo ist unterschiedlich. Bei niedrigen Einkommen ist sie relativ groß, und bei hohen Einkommen ist sie relativ niedrig. Das ist notwendigerweise dann der Fall, wenn wir das tun, was nach dem Gesetzentwurf vorgesehen ist, nämlich vor allem den Grundfreibetrag anzuheben.

Es wurde hier auch gefragt: Was wäre notwendig? Man müsste sämtliche Festbeträge in dem Einkommensteuergesetz Jahr für Jahr entsprechend dem Anstieg der nominalen Einkommen und nicht nur entsprechend der Inflationsrate erhöhen - ich erwähnte eben schon die Werbungskostenpauschale und anderes mehr -; gleichzeitig müsste man dafür sorgen, dass die Grenz- und Durchschnittssteuerbelastung nicht steigen, wenn die Nominaleinkommen steigen. Technisch lässt sich das ganz einfach machen: Man fragt, wie hoch der Anstieg der Nominaleinkommen im Jahre 2009 gemessen an dem sein wird, was im Jahre 2008 vorlag. Daraufhin korrigiert man sämtliche Nominaleinkommen - im einfachsten Fall die zu versteuernden Einkommen - des Jahres 2009 mit einem bestimmten Faktor, beispielsweise mit 1,02. Auf dieses diskontierte Einkommen wendet man den Steuertarif an und stellt fest, wie hoch die Steuerschuld ist. Das Ergebnis multipliziert man mit 1,02. Das Ganze hat zur Folge, dass die Steuerbelastung dann, wenn das Einkommen um die durchschnittliche Zunahme der Einkommen steigt, unverändert bleibt.

Gemessen daran ist das, was in dem Gesetzentwurf steht, ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung, aber längst keine gute Lösung. Meines Erachtens muss man auf mittlere Sicht eine wirkliche Entlastung erreichen. Das würde bedeuten, dass man die Subvention über das Maß hinaus, das notwendig ist, um einen Anstieg der Staatsverschuldung zu vermeiden, noch einmal kürzt.

Wenn man das schaffen würde - Senkung der Einkommensteuersätze für alle und Senkung der Subventionen -, dann würde die Bereitschaft, Arbeit zu leisten, erhöht. Daneben würden die Investitionsanreize gestärkt, und man hätte positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung und in gewissem Maße Selbstfinanzierungseffekte.

Ich möchte jetzt gerne noch ein paar Worte zum Sondervermögen sagen. Es wurden schon mehrfach Probleme angesprochen, die man hat, wenn man kommunale Investitionen fördern will. Es wurde über die Abgrenzung der Zusätzlichkeit und Ähnliches mehr geredet. Eigentlich wäre es doch ganz einfach, eine entsprechende Aktivität auf kommunaler Ebene anzuregen: Man ändert den Steuerverbund, gibt den Kommunen Geld, und dann tun sie, was sie für gut halten. Punkt, aus!

(Bettina Hagedorn (SPD): Super
Vorschlag!)

Dann brauchten wir auch kein Sondervermögen. Die Schaffung eines Sondervermögens bedeutet, dass gegen elementare Grundsätze der Haushaltswirtschaft verstoßen wird.

Vor circa 40 Jahren habe ich in einer Anfangsvorlesung der Finanzwissenschaft etwas über Grundsätze in dieser Richtung gelernt. Es ging dort um den Grundsatz der Vollständigkeit, um den Grundsatz der Einheit, um den Grundsatz der Klarheit usw. Die Vorlesung begann mit dem Argument des Referenten: Das, was jetzt kommt, sind eigentlich Banalitäten, aber es muss trotzdem gesagt werden. - Im Zuge der Vorbereitung der Stellungnahme zu dieser Anhörung ist mir klar geworden, warum es wichtig ist, dass es solche Grundsätze gibt.

Meines Erachtens ist die Schaffung dieses Sondervermögens völlig unnötig. Es wäre besser, das Ganze im Haushalt des Bundes zu verbuchen. Dazu, dass in dem Gesetz zur Schaffung des Sondervermögens vorgesehen ist, dass Bundesbankgewinne verwendet werden, um Tilgungsleistungen zu ermöglichen, muss man sagen: Bei plausiblen Annahmen über die Wechselkurse und über die Zinsen in dieser Welt wird der Bundesbankgewinn, der im Jahr 2010 für das Jahr 2009 ausgeschüttet wird, sehr viel kleiner als der sein, den wir für das Jahr 2008 erwarten dürfen. Das liegt daran, dass die Zinsen in der Welt massiv gesunken sind. Auch die Ausschüttung im Jahr 2011 für das Jahr 2010 wird sehr bescheiden sein. Wenn

es bei den Regelungen, die in dem Gesetzentwurf stehen, bleibt, dann muss man befürchten, dass diese rund 20 Milliarden Euro Schulden vielleicht im Jahr 2020 getilgt sein werden.

Noch eine kurze Bemerkung, weil eine Frage offen war. Wenn man gegen Steuersatzsenkungen ist und argumentiert, dass die Menschen ihr Geld sparen und deshalb der Konsum nicht angeregt wird, dann muss man dem mindestens zwei Gegenargumente entgegenhalten. Wenn mehr gespart wird, dann steigt das Kapitalangebot, und die Zinsen sinken tendenziell. Das heißt, dass Investitionen für diejenigen attraktiv werden, die Einkommensteuer zahlen. Die Masse der deutschen Unternehmen ist einkommensteuerpflichtig und nicht Körperschaftsteuerpflichtig. Auch wenn aufgrund einer Senkung des Steuersatzes wirklich nur gespart würde, dann muss man sich fragen, warum das ein Problem wäre. Wir versuchen, alles Mögliche zu tun, um die Banken zu rekapitalisieren. Wenn auf diesem Wege ein Schritt dazu getan würde - sei's drum.

Sachverständiger Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD): Ich müsste viele Anmerkungen zu dem, was Herr Boss gesagt hat, machen, aber ich will mich beherrschen. Ich will nur auf die Frage antworten, die mir gestellt wurde, nämlich ob das Gesetz einen Beitrag zur Dämpfung der konjunkturellen Abwärtsentwicklung leistet. Natürlich leistet das Gesetz einen Beitrag zur Dämpfung des Abschwungs. Das ist überhaupt keine Frage. Nur, der Punkt ist: Wir erleben eine so dramatische Abwärtsentwicklung - das war mein Eingangsstatement -, dass man nicht unterstellen kann, aufgrund dieses Pakets werde es eine Umkehr der Entwicklung geben. Das kann man nicht vorhersehen. Man kann bisher sagen, dass es eine Dämpfung der Abwärtsbewegung gibt; aber ob das alleine schon die Gesamtentwicklung umkehren könnte, ist äußerst fraglich und äußerst unwahrscheinlich. Das war der Punkt, den ich deutlich machen wollte.

Ich will an dieser Stelle anmerken, ohne mich hier äußern zu wollen, ob ich die Abwrackprämie gut oder schlecht finde, dass auch das Vorziehen von Maßnahmen aus konjunktureller Sicht durchaus gut sein kann, wenn danach etwas anderes kommt. Wenn eine Maßnahme dazu führt, dass bestimmte Ausgaben vorgezogen werden, und diese Maßnahme die Periode bis zu dem

Zeitpunkt, an dem eine andere Maßnahme greift, überbrückt, dann kann das durchaus gut sein; denn wir haben auch ein zeitliches Problem. Je früher eine Maßnahme greift, umso besser ist es. Was immer man aus Strukturgründen von der Abwrackprämie hält: Wenn sie dazu führt, dass kurzfristig mehr Geld ausgegeben wird - und sei es nur in einem bestimmten Sektor -, dann sollte man nicht pauschal sagen, dass das schlecht ist. Das hat durchaus einen konjunkturpolitischen Effekt. Ich finde, dass wir überhaupt stärker zwischen Strukturfragen und Konjunkturfragen trennen sollten. Wir reden über ein gewaltiges Niveauproblem in dieser Welt. Dieses Niveauproblem muss zunächst behandelt werden. Man kann im Rahmen dieses Niveauprobblems auch Strukturfragen lösen oder Maßnahmen ergreifen, die in die richtige Richtung führen, aber das sollte nicht das Ziel sein. Das Ziel muss sein, diese Dramatik zu entschärfen.

Ein letztes Wort zu der Frage, wie groß diese Dramatik ist. Sie können leicht, wie die Engländer sagen, eine Back-of-the-Envelope-Calculation machen. Bedenken Sie, dass die Industrieproduktion im Dezember schon um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, dass die Auftragseingänge um 25 bis 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind und dass der Anteil der Industrie an der deutschen Wirtschaftsleistung etwa ein Drittel ausmacht. Wenn Sie unterstellen, dass die Entwicklung von jetzt an nicht schlechter wird, sondern alles konstant bleibt, dann ist der negative Beitrag der Industrie zum Gesamtwachstum ganz nahe am zweistelligen Bereich im Laufe des ersten halben Jahres. Selbst wenn sich alles andere nicht weiter verschlechtert, dann bedeutet das, dass die Gesamtwachstumsrate negativ ist. Man sollte nicht in Panik geraten oder Katastrophenszenarien zeichnen; aber die Politik muss sich darauf vorbereiten, dass dieser Einbruch ganz anders ist, als alle anderen Einbrüche, die wir vorher erlebt haben.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Es gab zwar keine Frage mehr, aber jetzt reizt es mich doch, etwas zu sagen; denn wir sind ein etwas merkwürdiger Umweltverband, der die Autoindustrie nicht bekämpft, sondern sich Sorgen um sie macht. Das gilt nicht nur für die Entwicklung der nächsten zwei Jahre. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass aufgrund

der Abwrackprämie nicht mehr Autos gekauft werden, sondern dass sie nur früher gekauft werden und wir hinterher die Delle und den Katzenjammer bekommen werden. Man muss das in einem größeren Kontext sehen. Die deutsche Autoindustrie zeichnet sich zwar durch hervorragende Ingenieurleistungen aus, aber nicht dadurch, dass sie frühzeitig die Erfordernisse der Zukunft erkennt. Das war beim Katalysator vor 20 Jahren der Fall, beim Rußpartikelfilter vor zehn Jahren, und das ist jetzt ebenso bei der Frage der Effizienz und der Frage, welche Modelle wir in Zukunft in dieser Welt brauchen. In diesem Zusammenhang ist das große Problem, dass diese Bundesregierung in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren durchgängig Signale aussendet, die alle in die Richtung gehen, so wie bisher weiterzumachen. Das fängt beim Dienstwagenprivileg an, das weltweit einmalig ist. Es gibt nirgends auf der Welt eine solche Förderung von Dienstwagen wie in Deutschland, was unter anderem dazu führt, dass etwa drei von vier heute neu zugelassenen SUVs - das sind die großen Jeeps - Dienst- und Firmenwagen sind. Nur noch jeder vierte SUV ist ein Privatwagen. Natürlich hat das Einfluss auf die Modellpolitik. Das hat dazu geführt, dass Deutschland als Klimaweltmeister in der EU gegen die CO₂-Grenzwerte gekämpft hat. Die Befreiung von der Kfz-Steuer wurde nicht an Bedingungen geknüpft, und die jetzige Kfz-Steuerreform wirkt ebenfalls nicht, weder in die eine noch in die andere Richtung. Dieses Problem wird zeitgleich woanders diskutiert. In diese Aufzählung gehört auch die Abwrackprämie. Dieses alles zusammen ist ein Signal der Politik an die Autoindustrie, so wie bisher weiterzumachen. Das ist unsere große Sorge; denn auch wir sehen, dass die Autobranche eine der wichtigsten Industrien in Deutschland ist. Das wollte ich einmal klarstellen.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.): Ich will zunächst zwei kurze Vorbemerkungen machen und dann die vier an mich gestellten Fragen zusammenhängend beantworten. Zunächst einmal zurück zum Arbeitsmarkt und zu den Bemerkungen von Herrn Weise und den an ihn gerichteten Vorschlägen. Es gibt folgendes Problem: Wir hatten zunächst eine Beitragssenkung, die Sie nicht wirklich wollten. Das DIW hatte damals vorgeschlagen, die

Beiträge nicht zu senken, sondern eine konjunkturelle Rücklage zu schaffen, die möglichst vor dem Zugriff auch der Politik gesichert sein sollte. Jetzt stehen wir vor dem Problem, dass wir dann, wenn die Krise in das nächste Jahr hineinreicht, aus meiner Sicht unvermeidbar zu einer erneuten Beitragssatzerhöhung kommen oder doch öffentliche Überbrückungsmittel aufwenden müssen. Daraus wäre zu folgern - das steht nicht unbedingt im Zusammenhang mit dieser spezifischen Krise, sondern mit einem mittelfristigen Konzept von vernünftiger Politik -, dass der Bundesagentur für Arbeit mittelfristig die Möglichkeit eingeräumt wird, eigenständig zu wirtschaften und die Verantwortung zu übernehmen. Die Politik ist aus meiner Sicht zu stark geneigt, arbeitsmarktpolitisch hautnah entscheiden zu wollen. Ich halte das für ein grundsätzliches konzeptionelles Problem. Konjunkturelle Puffer würden die automatischen Stabilisatoren verstärken und damit helfen, Krisen souveräner zu bewältigen, als das im Augenblick der Fall ist.

Der zweite Themenbereich betrifft die vier an mich gestellten Fragen, die damit zu tun haben, wie wir Konjunkturpolitik am besten mit Strukturpolitik vermischen. In diesem Zusammenhang ist die Bemerkung von Herrn Flassbeck, dass man das auseinanderhalten muss, völlig richtig. Wir sind uns sicherlich nicht einig in der Einschätzung der relativen Bedeutung dieser beiden Faktoren; aber in der Einschätzung, dass man das trennen muss, sind wir uns sehr einig. Das ist deswegen notwendig, damit man nicht Maßnahmen in einem Paket beschließt, von denen jeder glaubt, dass sie seine vielleicht politisch begründeten Wünsche erfüllen, die aber letztlich doch nicht zielführend sind. Vorweg noch eine Bemerkung zur konjunkturellen Lage. Die Lage ist tatsächlich ernst. Wir sind mit einem statistischen Unterhang in dieses Jahr hineingegangen, das heißt, wir sind am Ende des Jahres zu tief gelandet und müssen den Berg weit hochgehen, falls wir noch ein Wachstum erreichen wollen. Wir werden erst am Freitag die Zahlen für das vierte Quartal kennen. Dann wissen wir, wie tief der Abschwung war. Das bedeutet, dass die Wirtschaft um 2 Prozent in diesem Jahr schrumpfen wird, wenn wir keine Wachstumsimpulse erzeugen. Es ist die Frage, ob die Wirtschaft auf diesem Niveau stehen bleibt. Mögliche Szenarien über die Entwicklung hängen davon ab, wie optimistisch oder pessimistisch der Betrachter ist.

Es stellt sich jetzt die Frage, was wir mit diesem Programm tun. Das Programm ist eine Mischung von strukturellen und konjunkturellen Maßnahmen. Eine dieser Maßnahmen ist die Abwrackprämie. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob das vernünftig ist, ob man damit genug für eine der Schlüsselindustrien getan hat und wie das unter konzeptionellen Gesichtspunkten zu sehen ist: Muss man einen Schlüsselsektor so massiv stützen, oder wäre es nicht besser, ihn anders zu stützen? Die Abwrackprämie hat das Ziel, schnell Geld unter die Leute zu bringen und etwas zu bewegen. Das wird sicherlich erreicht. Die Frage ist, ob das ein konjunkturelles Strohfeuer ist oder ob das etwas bringt. Ich habe da meine Zweifel. Das erinnert mich an die Tax-Rebates in den Vereinigten Staaten. Damit wurde Steuergeld verbrannt, und die Chancen, in Amerika etwas Vernünftiges zu machen, wurden deutlich reduziert.

Trotzdem fließt eine Menge Geld ab. Das bedeutet aber nur, dass ökonomische Anreize immer wirken, wenn man sie vernünftig setzt. Dann verhalten sich die Menschen entsprechend. Dass Geld abfließt, heißt aber - das wissen wir aus den Evaluationen der Arbeitsmarktprogramme - noch lange nicht, dass damit etwas Sinnvolles bewirkt wird. Ich glaube, das ist auch hier der Fall, insbesondere deshalb, weil das nicht helfen wird, die Probleme der Automobilbranche zu lösen. Die Probleme der Automobilbranche sind struktureller und langfristiger Natur. Das gilt in erster Linie für Amerika, aber auch für uns. Wir haben - darin sind sich alle Autoexperten einig - zu viele große Automobilkonzerne. Jetzt stellt sich die Frage, wie möglichst schonend für die Menschen die Zahl der Firmen und die Produktionskapazitäten mittelfristig reduziert werden können. Dazu gehört auch eine vernünftige Neuorientierung in der Produktpolitik. Die Entwicklung ist jahrelang verschlafen worden. Nun wissen wir leider, dass normale Subventionen nur dazu beitragen, dass die Anpassungsprozesse langsamer und qualvoller verlaufen. Es ist nicht so, dass bei der Sanierung einer Firma, die mangels Aufträgen nicht mehr operieren kann, sofort Arbeitsplätze verloren gehen würden. Manchmal ist es auch möglich, Arbeitsplätze durch eine solche Strategie zu erhalten. Deshalb sind zunächst einmal bei allem Bekenntnis zur Automobilbranche - ich brauche da gar nicht auf die Ordnungspolitik einzugehen - Zweifel ange-

bracht, ob all das, was wir im Augenblick für die Automobilbranche tun, mittelfristig helfen wird, dorthin zu kommen, wohin wir müssen, nämlich dass moderne, zukunftsträchtige Autos gebaut werden, die möglichst viel Energie sparen und den Produktwünschen der Verbraucher Rechnung tragen. In dieser Beziehung haben wir sicherlich nichts Wichtiges gesehen.

Eine Frage bezog sich auf die Umlenkung der Mittel auf die Forschungsförderung. Sicherlich ist Forschungsförderung sinnvoll; aber sie wird konjunkturelles nichts bewegen können, zumal wir für diesen Bereich Fachkräfte brauchen, aber einen Fachkräftemangel haben. Das ist zwar gut gemeint und auch strukturpolitisch angesagt, hat aber in einem Konjunkturpaket nichts zu suchen. Es ist mittelfristig sinnvoll, aber ich würde es kurzfristig nicht aufgreifen. Wenn man kurzfristige Maßnahmen trifft, dann kommt es oft zu falschen Entscheidungen, gerade angesichts des Drucks, unter dem Sie agieren müssen. Ein Beispiel dafür - auch das wurde angesprochen - ist die Frage der Steuersenkung. Ich habe vorhin schon gesagt, dass ich dafür keinen Spielraum sehe. Ich sehe das strukturelle Problem des Einstiegs und des Steuerbauchs. Aber um dieses Problem aufkommensneutral und langfristig zu lösen, müsste man intensiv nachdenken. Dagegen hätte ich nichts. Aber warum sollte man das im Zusammenhang mit konjunkturellen Maßnahmen tun? Natürlich nur deswegen, weil man im Augenblick glaubt, das politisch durchsetzen zu können, weil das angeblich eine Maßnahme zur Förderung der Konjunktur ist. Ein Fragesteller hat das Problem der kalten Progression aufgeworfen. Wenn wir diesbezüglich einen Schritt in die richtige Richtung gehen, dann haben wir das Problem, dass sich mit der Absenkung die strukturelle Progression erhöht. Ich warne also davor, komplexe Dinge wie Steuerreformen, die strukturelle Ziele haben, mit konjunkturellen Zielen zu verbinden.

Vorsitzender Otto Fricke: Wir kommen zur nächsten Fragerunde.

Bettina Hagedorn (SPD): Meine Frage richtet sich an Frau Kuban. Es geht um die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Es gibt eine Sollvorschrift, die regelt, dass 70 Prozent der Gelder für kommunale Investitionen aufgewendet werden

sollen. Das ist eine weiche Formulierung. Erachten Sie diese Vorschrift als ausreichend, um die tatsächliche Durchleitung von 70 Prozent der Finanzmittel von den Ländern an die Kommunen zu garantieren, oder befürchten Sie abweichende Zuweisungen durch die Länder? Haben die kommunalen Spitzenverbände möglicherweise schon Anhaltspunkte dafür? Maßgeblich im Blick habe ich die Investitionen in Breitbandkabel. Wenn die Länder diese Investitionen durchführen und argumentieren würden, sie führten diese Investitionen für die Kommunen durch, dann würde in erheblichem Umfang kommunale Investitionskraft zulasten der Kommunen abgezogen werden. Vielleicht können Sie sich dazu äußern.

Eine weitere Frage betrifft den gleichen Themenkomplex im weiteren Sinne, hat aber einen anderen Schwerpunkt. Sie richtet sich an Herrn Sommer und an Herrn Weise. Dabei geht es mir um die Arbeitplatzeffekte, die ausdrücklich Ziel dieses Gesetzentwurfs sind. Wir alle wissen, dass gerade Kommunen in großem Umfang kleinteiligere Aufträge vergeben und damit andere Auftragnehmer als Bund und Länder ansprechen, insbesondere solche im Handwerk und im Mittelstand. Dort findet sich, jedenfalls in meinem Bundesland, in Schleswig-Holstein, nicht nur der Großteil der Arbeitsplätze, sondern auch der Großteil der Ausbildungsplätze. Wir machen uns aus gutem Grund Sorgen darum, was die konjunkturelle Lage, die auf uns zukommt, für die Ausbildungs- und Arbeitsplätze bedeutet. In diesem Zusammenhang spielen diese Unternehmen aus meiner Sicht eine herausragende Rolle. Stimmen Sie zu, dass aufgrund der Größenordnung diese Unternehmen gerade mit kommunalen Aufträgen mehr als mit Aufträgen der Länder oder des Bundes unterstützt werden können?

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ich habe eine Frage an Frau Kuban zu den Kommunen. Es gibt eine Berechnung des IMK, dass die kommunalen Mindereinnahmen wegen der in dem ersten und dem zweiten Konjunkturpaket enthaltenen Maßnahmen 1,9 Milliarden Euro im Jahr 2009 und 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2010 betragen. Können Sie diese Zahlen bestätigen? Was bedeutet das angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung versucht, mit der Förderung von kommunalen

Investitionen einen Anreiz für kommunale Ausgaben zu schaffen?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Rosenkranz. Ich bin der Auffassung, dass dann, wenn der Staat so viele Schulden aufnimmt, um Investitionen zu tätigen, künftige Generationen von diesen Investitionen profitieren sollen. Das wäre insbesondere bei Investitionen in den Strukturwandel der Fall, also hin zu einer klimafreundlichen Produktionsweise oder Ähnlichem. So könnte man, wie Ban Ki-moon das einmal formuliert hat, „zwei Krisen mit einer Klappe“ schlagen. Dagegen wird allerdings argumentiert, dass eine solche mittel- und langfristige Wirtschaftsstrukturveränderung kaum kurzfristig konjunkturelle Impulse hätte. Vielleicht können Sie auf dieses Argument eingehen und Beispiele nennen, wie Investitionen, die zu mittel- und langfristigen Strukturveränderungen und zu einer ökologisch freundlicheren Wirtschaftsweise führten, auch kurzfristig konjunkturelle Impulse gesetzt haben.

Petra Hinz (Essen) (SPD): Zuerst einmal möchte ich mich bei Ihnen, Herr Boss, sehr herzlich für Ihren Exkurs über die Subventionen bedanken. Ich denke, dass Sie im Rahmen der heutigen Anhörung auch darüber informiert worden sind, wie viele Subventionen Ihr Institut erhält.

Nun zu meinen Fragen. Sie richten sich an die Vertreterin des Städtetags. Ihren Optimismus, dass die Länder keine „klebrigen Hände“ bekommen, wie wir es immer ausdrücken, und die Gelder tatsächlich durchreichen - Sie haben das an einem Bundesland exemplarisch dargestellt -, teile ich nicht. Deswegen meine Frage: Können Sie stärkere Argumente bringen, worauf sich Ihr Optimismus begründet?

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): In Nordrhein-Westfalen funktioniert das spitze!)

- Steffen, du hast völlig recht. In Nordrhein-Westfalen funktioniert das spitze. Kindertagesstättenausbauprogramm: Von den 482 Millionen Euro für das Land Nordrhein-Westfalen ist bisher noch kein einziger Euro abgerufen worden. In NRW funktioniert das hervorragend. Ich gebe dir recht, Steffen. - Meine Frage lautet: Woher nehmen Sie den Optimismus? Denn Sie sind eine Praktikerin, weil Sie sehr intensiv mit den Kommunen vor Ort und mit den Ländern zusammenarbeiten. Ich befürchte, dass die Länder einiges zu-

rückhalten. In dem Kontext: Wie sieht es mit den Kommunen aus, die einen Nothaushalt oder keinen genehmigten Haushalt haben? Wie verhält es sich mit den Investitionen der Kommunen, die über Jahre keine Investitionen getätigt haben, die diese Investitionen jetzt im Haushalt stehen haben, aber keinen genehmigten Haushalt haben? Welche Erfahrungswerte haben Sie diesbezüglich?

Eine weitere Frage, die auch meine Kollegin angesprochen hat, betrifft die Sicherung der Beschäftigung. Wir haben sehr viel über die Baubranche und über den Automobilsektor gehört. Herr Sommer, welcher Anstoß des Konjunkturpakets II geht für Sie in die richtige Richtung, und welche weitergehenden Investitionen müssten wir durchführen oder welche weitergehenden Schwerpunkte im Bereich der Arbeitsmarktförderung setzen?

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Boss wird der Kollegin wahrscheinlich erklären können, was Subventionen und was Zuwendungen sind

(Petra Hinz (Essen) (SPD): Darauf freue ich mich!)

und welche Aufgaben das Institut hat.

Ich habe eine Frage an Herrn Sommer. Ich beziehe mich auf den Gesetzentwurf. In der Einleitung heißt es:

Ziel ist es, die Leistungsbereitschaft und Zuversicht der Menschen zu stärken und bereits im Abschwung die Grundlagen für neue Arbeitsplätze, Innovationen und für eine bessere soziale Infrastruktur zu legen.

Können Sie erkennen, dass mit diesem Gesetz Grundlagen für neue Arbeitsplätze geschaffen werden?

Vorsitzender Otto Fricke: Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Kampeter.

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Ich möchte den Herrn Vorsitzenden in Abweichung von unserem bisherigen Verfahren bitten, dem Kollegen Koppelin jetzt die Möglichkeit zu geben, auch dem von ihm extra herbeizitierten Staatssekretär im Wirtschaftsministerium eine Frage zu stellen; denn ansonsten würde der Eindruck entstehen, dass der Kollege Koppelin lediglich wegen eines vordergründigen Showeffekts und

nicht wegen eines konkreten Frageinteresses eine Zitierung des Staatssekretärs angeregt hat.

Vorsitzender Otto Fricke: Herr Kollege Kampeter, das ist eine sehr faire Geste; denn sonst besteht eigentlich nicht die Möglichkeit bei einer solchen Anhörung. Ich denke, Herr Koppelin kann, wenn er will, eine Frage stellen.

Jürgen Koppelin (FDP): Das ist aus meiner Sicht völlig daneben, Kollege Kampeter. Wenn wir auf den Vertreter des Wirtschaftsministeriums verzichten würden - darüber können wir reden -, dann müssten wir allerdings auch auf den Kollegen Diller verzichten. Das wäre natürlich ein großer Verlust für diesen Ausschuss.

Vorsitzender Otto Fricke: Dann will ich zur Vermittlung sagen: Wir hatten schon hier im Haushaltsausschuss, als der Parlamentarische Staatssekretär da war, die Frage gestellt, wie es eigentlich haushaltsrechtlich geht, dass angeblich Gelder für eine Abwrackprämie zur Verfügung stehen, die tatsächlich aber gar nicht zur Verfügung stehen, weil der Haushaltsausschuss dafür das Geld noch nicht vorgesehen hat, und wie es kommt, dass die BAFA die Homepage entsprechend verändert. Der gesamte Ausschuss möchte wissen, auf welchen haushaltsrechtlichen Grundlagen das basiert. Ich glaube, das kann Herr Otremba gleich klären.

Jetzt hat erst einmal die Kollegin Merkel das Recht und die Freude, ihre Fragen an die Sachverständigen zu stellen.

Petra Merkel (Berlin) (SPD): Ich habe eine Frage an Frau Kuban. Es ist nach dem Gesetz und der Verwaltungsvereinbarung möglich, auch Kulturbauten in den Kommunen mit Infrastrukturmitteln zu versehen, also Bibliotheken, Museen, Theater und Musikschulen. Haben Sie eine Übersicht, inwieweit es dort Investitionsbedarf gibt? Meine zweite Frage richtet sich sowohl an Herrn Sommer als auch an Herrn Weise. Es gibt in unserem Maßnahmenpaket den Punkt „Qualifizierung statt Entlassung“. Sie, Herr Weise, haben das vorhin kurz angesprochen. Herr Sommer frage ich, inwieweit die Gewerkschaften diesen Bereich unterstützen können. Gibt es da konkrete Vorstellungen? Herrn Weise frage ich: Inwieweit können Sie sich vorstel-

len, dass die Bundesagentur für Arbeit mit den Innungen zusammenarbeitet? Ich weiß aus Gesprächen mit Innungen aus Berlin, dass es dort durchaus Überlegungen gibt, zusammen mit der Bundesagentur zu überprüfen, ob die Innungen gerade für die kleinen Arbeitgeber und die kleinen Betriebe die Entwicklung der Maßnahmen zusammen mit der Bundesagentur organisieren können, weil die Kleinbetriebe damit überfordert sind. Das hätte unter anderem den Vorteil, dass es einen erheblichen Abbau von Bürokratie bedeuten würde, wenn die Innungen für die Betriebe im Rahmen einer Kooperation die Anträge stellen könnten.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an Frau Kuban. Dieses Programm für die Kommunen muss von den Ländern aufgestockt werden. Es ist zulässig, dass die Länder einen Teil der Maßnahmen von der kommunalen Seite mitfinanzieren lassen. Haben Sie schon Erkenntnisse darüber, wie dies in den verschiedenen Bundesländern gehandhabt wird? Wird das nur auf den Fördersatz angerechnet oder auch in das System des kommunalen Finanzausgleichs einbezogen?

Vorsitzender Otto Fricke: Damit kommen wir zur Antwortrunde, wobei wahrscheinlich nicht alle angesprochen worden sind. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Sachverständiger Michael Sommer (Deutscher Gewerkschaftsbund): Wenn ich das richtig sehe, sind mir von drei Abgeordneten Fragen gestellt worden. Ich will meiner Neigung, zu allen anderen Themen etwas zu sagen, widerstehen.

(Zuruf des Abg. Steffen Kampeter
(CDU/CSU))

- Wir sind hier als Sachverständige und nicht als Interviewte. Deswegen will ich das so halten, soweit es geht. - Zu den Arbeitsplatzeffekten: In dem Zusammenhang gab es zwei Fragen. Wenn wir das Konjunkturprogramm I und das Konjunkturprogramm II zusammenrechnen und auch die Wirkung der Pendlerpauschale berücksichtigen, dann kommen wir auf eine Größenordnung von 30 Milliarden Euro. Das sind ungefähr 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ergibt unseres Erachtens einen Wachstumseffekt von 0,5 Prozent. Auch das ist, glaube ich, hier gesagt worden. Dass das eine un-

mittelbare Auswirkung auf die Beschäftigung hat, ist doch klar. Wir gehen von 160 000 neuen Arbeitsplätzen aus.

Die Frage von Ihnen, Herr Koppelin, und Ihr Zitat aus der Einleitung des Gesetzentwurfs zielten darauf ab, ob dies meine Zustimmung findet. Ich bin Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und damit der Repräsentant der Einheitsgewerkschaft in Deutschland und nicht Pressesprecher der Regierung. Daher schaue ich mir die Wirkung an.

Ich halte es für ausgesprochen sinnvoll, dass wir nicht ein eindimensionales Programm haben, sondern dass es zusätzlich durch Maßnahmen im Bereich der Forschungsförderung und andere Maßnahmen unterstützt wird, die uns in die Lage versetzen, tatsächlich Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Ich bin allerdings der Meinung, dass wir nicht nur wegen der Krise, sondern prinzipiell zu einem Umsteuern in der gesamten deutschen Volkswirtschaft, insbesondere in der Exportwirtschaft und bei der Binnennachfrage, kommen müssen. Dieses Umsteuern müsste vom Staat unterstützt werden. Wir müssten die Zukunftsinvestitionen für mehrere Jahre verstetigen.

Nun zu der Frage, ob das Konjunkturprogramm etwas im Hinblick auf kommunale Aufträge bringt. Wir haben uns bei allen Vorgesprächen, beginnend mit dem sogenannten Adventsgipfel, dafür ausgesprochen, die Maßnahmen so weit wie möglich kleinteilig durchzuführen. Das heißt, den Kommunen soll ermöglicht werden, zu handeln. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Flexibilisierung des Vergaberechts. Ich will allerdings davor warnen, im Wege der Flexibilisierung des Vergaberechts die Schwellen herunterzusetzen, sodass es zu Angriffen auf Tarifreuestandards oder ökologische Standards kommt. Die Gefahr besteht in beiden Bereichen; darauf muss man aufpassen. Das muss angesteuert werden. Ich bin allerdings der Auffassung, dass das Investitionsprogramm, wenn es wirkt, im Hinblick auf das örtliche Handwerk, die örtlichen Gewerbetreibenden und die Kommunen greift. Ich will darüber hinaus darauf hinweisen, dass ich Frau Kuban interessiert zugehört habe. Sie hat gesagt, dass man vieles „energetisch“ nennen müsse, damit es bei den Kommunen ankomme. Das hätten Sie vielleicht im Zusammenhang mit anderen Anhörungen, zum Beispiel im Zusammen-

hang mit der Föderalismusreform, erörtern sollen.

Die Sicherung der Beschäftigung ist für mich von ausgesprochen zentraler Bedeutung. Ich möchte dem, was Herr Weise gesagt hat, nur eines hinzufügen: Das Kurzarbeiterprogramm stellt nicht nur eine Belastung für die Unternehmen dar, sondern zuallererst eine Belastung für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich sage das nur der Vollständigkeit halber und für das Protokoll. Nichtsdestotrotz unterstützen wir diese Maßnahmen und werden es weiterhin tun, weil sie einen vernünftigen Weg darstellen, eine Beschäftigungsbrücke zu schlagen. Dabei leben wir alle von der Hoffnung, dass das reicht. Vom Volumen her dürfte es reichen. Aber bei der Frage, ob es zeitlich reicht, leben wir vom Prinzip Hoffnung. Wir hoffen, dass es schnell genug anspringt. Wir alle wissen es nicht, wenn wir ehrlich sind.

Wir müssen das durch von der Bundesagentur für Arbeit mitfinanzierte vernünftige Qualifizierungsmaßnahmen ergänzen. Das ist eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen; denn wir wissen, dass wir in Deutschland einen Qualifizierungs- und Nachholbedarf haben. In der jetzigen Krise sozusagen einen Doppelschlag zu führen, halten wir für ausgesprochen sinnvoll. Frau Merkel, es ist daher sinnvoll - Stichwort „qualifizieren statt entlassen“ -, Maßnahmen betreffend das Kurzarbeitergeld mit dem Ausbau des WeGebAU-Programms zugunsten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbinden. Das wird uns helfen, wenn die demografische Entwicklung den Arbeitsmarkt erreicht; denn wir alle leben in der Gewissheit, dass auch die aktuelle Krise irgendwann zu Ende geht, und zwar hoffentlich so schnell wie möglich. Dann werden wir wieder zu den „normalen“ Problemen zurückkommen, unter anderem zur demografischen Entwicklung und zum Fachkräftemangel. Daher ist es sinnvoll, das zu tun.

Sachverständiger Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise (Bundesagentur für Arbeit): Frau Hagedorn, Sie haben gefragt, ob in der Tendenz Ausgaben der Kommunen im Bereich der Infrastruktur vergleichbar bessere Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Ausbildungsplatzsituation hätten als die von Bund und Ländern. Wenn ich es überzeichne - um überhaupt etwas zu sagen -, dann stimme ich dem zu. In diesem Fall ist Kleinteiligkeit

richtig. Ein lokales Unternehmen kann sich aufgrund des bürokratischen Aufwands in der Regel gar nicht an großen Ausschreibungsverfahren beteiligen. Wir sehen, dass gerade im Baubereich Unternehmen Aufträge gewinnen, die hier bei uns gar keine Arbeitsplätze sichern, sondern über andere Formen Arbeitskräfte generieren. Wie gesagt, in der Tendenz stimme ich Ihnen zu. Natürlich müssten auch auf lokaler Ebene Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Frau Merkel, zu Ihrer Frage nach der Zusammenarbeit. Wir haben im Januar alle Führungskräfte der Agenturen zusammengerufen und die Erwartung formuliert, dass es regionale Gespräche mit den Handwerkskammern, den Industrie- und Handelskammern und anderen geben soll. Technische Möglichkeiten sind vorhanden. Man kann Bildungsgutscheine vergeben, um im Einzelfall sofort zu reagieren. Es ist auch möglich, Ausbildungsplätze zu poolen, wenn das einzelne Unternehmen nicht in der Lage ist, bestimmte Maßnahmen selber durchzuführen. Die Ausschreibungsverfahren wurden vereinfacht. Man darf aber nicht vergessen: Das Ganze soll helfen, Menschen in Beschäftigung zu halten. Ich möchte nicht, dass die Verantwortung für qualifiziertes Personal generell von den Arbeitgebern wegdiffundiert, hin zum staatlichen Bereich. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass ein Unternehmer die Qualifizierung aus der Hand geben will. Staatliche Qualifizierung darf es nur dann geben, wenn sie dazu dient, Menschen in Beschäftigung zu halten. Es muss ansonsten im Interesse des Arbeitgebers liegen, selber in die Ausbildung seiner Mitarbeiter zu investieren.

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Ich will zuerst etwas zu den kommunalen Mindereinnahmen sagen, die sich rein rechnerisch ergeben, wenn man die Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen zugrunde legt. Was die IMK berechnet hat, kann man zur Kenntnis nehmen. Aber wir nehmen an, dass es zurzeit sehr schwierig ist, Prognosen über die Entwicklung der Steuereinnahmen insgesamt abzugeben. Der Vertreter der Deutschen Bundesbank hat neulich im Konjunkturrat gesagt, sie seien aufgrund der hohen Volatilität und der Tatsache, dass die Volatilität die Realwirtschaft erreicht habe, schlicht nicht in der Lage, Prognosen über die Finanzmarkt-

entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen abzugeben. Obwohl wir als Kommunen dafür bekannt sind, dass wir sofort etwas sagen, wenn wir Geld verlieren, haben wir uns vor dem Hintergrund der jetzigen Lage und der Unsicherheit zum Beispiel bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer - im Januar waren die ersten Rückzahlungen auf die Vorauszahlungen im letzten Jahr fällig - dazu nicht verhalten. Wir sind der Auffassung, dass viele Bausteine des Konjunkturpakets, insbesondere das kommunale Investitionsprogramm, sinnvoll sind. Wir gehen ohnehin davon aus, dass wir, die Kommunen, von der Minderung der Steuereinnahmen betroffen sein werden.

Frau Hagedorn, zu Ihrer Frage, ob die Sollformulierung in der Verwaltungsvereinbarung, wonach 70 Prozent an die Kommunen gehen, ausreichend ist. Vor dem Hintergrund der Verhandlungen, die der Bund mit den Ländern geführt hat - in dem Referentenentwurf war von 75 Prozent die Rede; es gab aber auch Presseerklärungen einzelner Finanzminister, wonach „überwiegend“ auch 51 Prozent bedeuten könnten -, sind wir sehr zufrieden. Angesichts der Positionierung einzelner Länder habe ich gar nicht mehr mit 70 Prozent gerechnet. Es ist der entschiedenen Haltung des Bundes zu verdanken, dass sich ein Teil der Länder nicht mit der schwammigen Formulierung „überwiegend“ durchgesetzt hat; denn dann hätte man tatsächlich viele Wege gefunden, sogar auf unter 51 Prozent zu kommen. Insofern halten wir die Festlegung in der Verwaltungsvereinbarung - über diese musste man mit den Ländern Einvernehmen erzielen; man hätte sich sicherlich noch etwas Besseres im Sinne der Kommunen vorstellen können - vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus früheren Jahren für einen Erfolg des Bundes.

Ich weiß gar nicht, wie ich zu dem Ruf komme, eine Optimistin zu sein. Ich war im Hinblick auf das Verhalten der Länder gegenüber den Kommunen nie optimistisch. Wir finden es nicht gut, dass wir seit der Föderalismusreform I die den Ländern total ausgelieferten Münder sind. Damit machen wir keine guten Erfahrungen. Wir werden in Zukunft verstärkt darüber veröffentlichen, wie das Konnexitätsprinzip in den Ländern angewandt wird bzw. wie es dort umgangen wird. Daher gibt es für mich keinen Grund zum Optimismus. Wie angekündigt, werden wir die Prozesse in den Ländern unter den Gesichtspunkten beobachten, ob der Anteil

in vollem Umfang weitergegeben wird, ob es schnell geht, ob die richtigen Sachen gemacht werden und ob es unbürokratisch vonstattengeht. So wollen wir einen gewissen Druck ausüben.

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat mit den Kommunen sehr schnell eine Vereinbarung über das Verfahren getroffen. Danach sind Einzelanträge auf Bewilligung der Mittel nicht notwendig. Vielmehr sollen die Mittel pauschal nach einem Schlüssel, der sich in Nordrhein-Westfalen bewährt hat, verteilt werden, und zwar zum einen nach den Kriterien der sogenannten Investitionspauschale und zum anderen nach dem Verteilungsschlüssel für den kommunalen Finanzausgleich. Das war für uns besonders wichtig, weil dort die Finanzkraft eingeht. Damit ist unser Wunsch erfüllt, dass auch die strukturschwachen Gemeinden berücksichtigt werden. Wir haben bei der Verteilung der Mittel das erreicht, was wir wollten. Es ist noch nicht ganz klar, wie viel und wann gemäß der Verpflichtung, die das Land nun eingegangen ist, verteilt werden soll. Es ist veröffentlicht worden, wie viel bei den einzelnen Städten und Gemeinden ankommen soll. Ich weiß aber nicht, wie der Bund die Mittel verteilen wird. Da es ein gewisses Misstrauen gibt, will man die Mittel nicht einfach überweisen und sich darauf verlassen, dass es dann schnell weitergeht. Wenn das Land den Kommunen aber sagt, dass sie eine bestimmte Summe aus dem Programm bekommen, dann ist das eine gute Grundlage, um zu planen und schnell zu reagieren.

Eine weitere Frage betraf die Regelungen des Eigenanteils. In Nordrhein-Westfalen ist eine Regelung geplant, wonach die Kommunen global einen Eigenanteil in Höhe von 12,5 Prozent aufbringen müssen. Das Land finanziert diesen Eigenanteil vor. Das heißt, es wird ein Fonds gegründet, der den Eigenanteil beinhaltet. Der kommunale Eigenanteil der gesamten 25 Prozent, die Land und Kommunen gemeinsam aufbringen müssen, wird vorfinanziert und in späteren Jahren - darüber gibt es noch Verhandlungen - über die in Nordrhein-Westfalen vorhandene Investitionspauschale verrechnet. Das ist ein relativ einfaches Verfahren. Der Deutsche Städtetag ist nicht dafür bekannt - auch nicht der nordrhein-westfälische -, dass er immer jubelt, wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung etwas macht. In den vergangenen Jahren gab es durchaus sehr

kritische Auseinandersetzungen. Aber das jetzige Verfahren mit der vorgesehenen Pauschalierung und der Verrechnung des Eigenanteils ist ein guter Ansatz, an dem sich andere Länder aus Sicht des Deutschen Städtetages durchaus ein Beispiel nehmen können. Das muss man sagen, auch wenn man sich in vielen anderen Punkten kritisch auseinandersetzt.

Frau Merkel, Sie haben nach dem Kulturbereich gefragt. Ich habe keinen Überblick darüber, wie viel im Kulturbereich notwendig ist. Trotz der Schwierigkeiten des Bundes, die Förderzwecke zu beschreiben, ist es gut, sie nicht zu eng zu fassen, weil von Stadt zu Stadt, von Gemeinde zu Gemeinde entschieden werden soll, was notwendig und vernünftig ist.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU): Ich hab eine kurze Nachfrage zum Eigenanteil der Kommunen. Der verbleibende, nicht geförderte Teil der Kommune gilt nicht als Eigenanteil. Ist das richtig? Wenn eine Schulmaßnahme gefördert wird, dann hat das nichts mit dem Fördersatz zu tun. Vielmehr wird das pauschal im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs geregelt. Sehe ich das richtig?

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Die 12,5 Prozent werden - ich glaube, ab dem Jahr 2012 - im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs pauschal verrechnet. Das hat nichts mit einzelnen Maßnahmen zu tun, da die Mittel ebenfalls pauschal verteilt werden. Gegenüber dem Bund müssen aber Maßnahmen abgerechnet werden - das zeigt die Komplexität -, die den Kriterien entsprechen. Uns ging es darum, einen einfachen und schnellen Verteilungsweg zu finden, von dem insbesondere die strukturschwachen Kommunen profitieren. Bei dieser Art der pauschalen Verteilung ist es nicht notwendig - vorhin war die Rede von Nothaushaltkommunen -, einen genehmigten Haushalt zu haben. Natürlich kann man über den kommunalen Eigenanteil streiten. Wir hätten es gerade im Hinblick auf die strukturschwachen Kommunen sicherlich gut gefunden, wenn der kommunale Eigenanteil nicht einheitlich auf 12,5 Prozent festgesetzt worden wäre. Aber dieses Verfahren ist im Vergleich zu den Antragsverfahren, über die man in anderen Bundesländern diskutiert, im Hinblick auf Ziele und Zwecke des Förderprogramms vernünftig.

Sachverständiger Dr. Alfred Boss (Institut für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel): Ich müsste eigentlich ausführlich erklären, wie Subventionen in den Kieler Subventionsberichten abgegrenzt werden. Dazu müsste ich etwas über öffentliche Güter, die Eigenschaften solcher Güter und Ähnliches mehr sagen. Ich will jetzt darauf verzichten und rate dazu, auf den Subventionsbericht elektronisch zuzugreifen - dafür sind nur wenige Mausklicks notwendig - und nachzuschauen, wie dort verfahren wird. Dann erschließt sich die Antwort auf die Frage.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Frau Lührmann hatte die Frage gestellt, ob sich konjunkturelle und strukturelle Maßnahmen ausschließen. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Der Ansatz besteht gerade darin, dass man versucht, beide miteinander zu verbinden, wo immer es geht, und so dieses Programm erfolgreich zu machen. Die intellektuelle Klarstellung, die die Sachverständigen vor mir vorgenommen haben, ist vielleicht interessant. Aber in Wirklichkeit muss man versuchen, Win-win-Situationen herzustellen, das heißt strukturelle Verbesserungen vorzunehmen, indem man die Konjunktur ankurbelt.

Ich will ein paar Beispiele nennen, die nicht von einem kleinen Umweltverband stammen, sondern von ganz anderen Interessen getragen werden. Die Problematik der Netze und der erneuerbaren Energien hatte ich bereits kurz angesprochen. Diese waren im Programm des kleineren Koalitionspartners enthalten. Nun ist das in dieser Form leider nicht mehr der Fall. Es geht darum, dass der Netzausbau stockt, weil es Widerstand in der Bevölkerung gibt. Man kann davon ausgehen, dass dieser Widerstand sehr viel geringer wäre, wenn ein Teil der Verkabelung unterirdisch verlief. Das wiederum erfordert höhere Investitionen. Wie das über Jahrzehnte aussieht, ist eine andere Frage. Jedenfalls sperren sich die Netzbetreiber dagegen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, das zu lösen. Entweder muss die Bundesnetzagentur solche Mehrkosten bei den Investitionen anerkennen - dann fiele es auf uns Stromverbraucher zurück -, oder es gibt staatliche Anreize für solche Erdverkabelungen.

Ein anderes Beispiel ist - auch dieses stammt nicht von mir; hier ist die Gewerkschaft Verdi beteiligt - der Ausbau der Nah-

wärme- und Fernwärmenetze. Seit dem 1. Januar ist das neue KWK-Gesetz in Kraft, mit dem ehrgeizigen Ziel, den Anteil des KWK-Stroms bis 2020 zu verdoppeln. Das befürworten wir. Allerdings haben die meisten Experten große Zweifel, ob das mit dem bisherigen Förderprogramm funktioniert. Man könnte also die Nahwärme- und Fernwärmenetze ausbauen und dies staatlich fördern. Das ist natürlich ein Konjunkturprogramm, weil der Ausbau ungeheuer arbeitsplatzintensiv ist. Das wäre eine vernünftige Sache. Gefordert haben das die Fachverbände Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung und die Arbeitsgemeinschaft Fernwärme - die haben sicherlich ein Interesse daran -, aber auch Verdi und Umweltorganisationen.

Ein weiterer Punkt sind die Heizungs-pumpen in jedem einzelnen Haushalt. Das mag auf den ersten Blick ein Detail sein, aber diejenigen, die davon mehr verstehen als ich, können Ihnen vorrechnen, dass man binnen kürzester Zeit etwa 10 bis 12 Terrawattstunden durch den Austausch der Heizungs-pumpen - die meisten wissen wahrscheinlich gar nicht, dass sie so etwas haben - einsparen kann. Das sind 2 Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Natürlich wäre das zudem ein Konjunkturprogramm für das Gewerbe und das Handwerk vor Ort. Dies alles macht uns für den nächsten Aufschwung fit, wenn die Energiepreise wieder steigen.

Es gibt laufende Programme, die unter anderem im Bundesumweltministerium angesiedelt sind und die meiner Kenntnis nach schon im laufenden Jahr überzeichnet sind. Das heißt, bei denjenigen, die noch Anträge stellen, ist der Frust vorprogrammiert. Beispiele hierfür sind das Mini-KWK-Programm oder die Programme zur Nutzung effizienter Kältetechnik und von Bioenergie. Ich bitte Sie als Parlamentarier eindringlich, sich dies alles noch einmal genau anzuschauen; denn ich glaube, es gibt noch Punkte, in denen man im Rahmen des vorliegenden Gesetzes nachbessern kann. Man darf hierbei nicht den ökologischen Strukturwandel außer Acht lassen. Man kann in diesen Details sicherlich noch große Gewinne erzielen.

Vorsitzender Otto Fricke: Zum Abschluss dieser Runde möchte ich folgende geschäftsführenden Aussagen machen: Mir liegen noch Wortmeldungen der Kollegen Bonde, Kampeter, Fricke, Fromme, Schröder und Nouripour vor. Wenn sich niemand mehr

meldet, schließe ich die Rednerliste. - Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Damit wissen die Sachverständigen, dass danach die letzte Antwortrunde folgt.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an Professor Zimmermann. Dabei geht es um die Auswirkungen der staatlichen Verschuldung auf Unternehmen und Finanzmarkt. Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein - Sie haben gesagt, dass Staatspapiere in zwei, drei Jahren an Attraktivität verloren haben -, dass wir in eine Crowding-out-Situation geraten? Welche Problematik sehen Sie im Zusammenhang mit der Unternehmensfinanzierung in der Wirtschaftskrise? Was können wir tun, damit hier nicht die nächsten Probleme für den Staat und die öffentliche Hand entstehen?

Steffen Kampeter (CDU/CSU): Ich schließe nahtlos an die Frage von Alexander Bonde an. Herr Flassbeck, Sie haben uns eine expansive Fiskalpolitik empfohlen. Wir sollten richtig kräftig zuschlagen; das sei ohne Alternative. Sie haben das Ganze mit einem Deflationsszenario verbunden, das im Augenblick sehr en vogue ist. So etwas gab es schon einmal. Die amerikanische Notenbank hat die Zinsen gesenkt und eine expansive Fiskalpolitik betrieben, also genau das gemacht, was Sie nun vorschlagen. Plötzlich zogen die Zinsen an, und die Blase ist geplatzt. Dann begann die Finanzkrise.

Ich bin nur Volkswirt und frage Sie daher, wie Sie die Situation in Deutschland von der in den USA unterscheiden, die exakt Ihrem Rezept - negative Realzinsen, expansive Fiskalpolitik - gefolgt sind. Nun ist dort nicht mehr von einer Immobilienblase, sondern von einer Staatsanleihenblase die Rede. Wie wollen Sie, Herr Flassbeck und Herr Zimmermann, verhindern, dass bei uns Ähnliches passiert? Nach den Lehrbüchern stiege die Inflation mittelfristig. Nun hört man immer wieder die Forderung nach einer internationalen Debatte über Währungsschnitte. Herr Flassbeck, Sie haben gesagt, unsere Staatsanleihen kaufe jeder. Im Parlament Griechenlands sähe man das aufgrund der dortigen Margen etwas anders. Die Spanier würden Ihre Äußerungen mit einem gewissen Stirnrunzeln quittieren. Im Pfundraum würde man angesichts des Spread ebenfalls den Kopf schütteln. Wenn ich Ihrem Rezept folgen soll, müssen Sie mir im Hin-

blick auf die Praxis noch gewisse Ängste nehmen.

Vorsitzender Otto Fricke: Es scheint, dass sich alle auf das Ende konzentrieren. Ich bin noch nicht einmal Volkswirt, sondern nur Jurist und von mäßigem Verstand. Für diejenigen, die nur schlecht Latein können, sage ich: „Judex non calculat“ heißt nicht „judex non potest calculare“.

(Zuruf: Das kommt jedes Mal!)

- Das kommt so lange, bis ihr das kapiert habt. Repetitio est mater studiorum. Nun haben wir alle unsere Lateinkenntnisse aufgefrischt.

Herr Flassbeck, Sie haben von einem Ausgleich zwischen demjenigen, der Geld hat, und demjenigen, der Geld sucht, gesprochen. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass derjenige, der Schulden hat, sagen kann: Wenn es niemanden mehr gibt, der Geld hat, dann nehme ich eine vermeintlich kontrollierte Inflation in Kauf; bei einer negativen Sparquote - ich spreche von Amerika - schadet mir das politisch nicht. Dann hat derjenige, der Geld hat, weniger, während ich weniger Schulden habe. - In Deutschland ist das aufgrund der hohen Sparquote - davon wären viele Wähler betroffen - sicherlich etwas anderes. Aber ich möchte wissen, wie Sie das ausschließen wollen.

Frau Kuban, mir ist aufgefallen, dass meine Erfahrungen im Umgang mit Kämmerern - genauso wie die der meisten Kollegen - ganz anders sind als das, was Sie gesagt haben. In meinem Wahlkreis geht es um die Modernisierung der Hebebühnenanlagen und der Sitzreihen im Theater oder des Museums. Wir gehen davon aus, dass alle - die Kommunen und vielleicht sogar die Kommunalpolitiker - nur Gutes wollen. Aber wo keine Kontrolle ist, macht jeder das, was am beliebtesten, am schönsten ist. Nach dem, was ich von Ihnen gehört habe, und nach Ausschluss der klebrigen Finger der Länder - die anwesenden Ländervertreter mögen wegheören - frage ich Sie: Erwarten Sie von der Koalition dann nicht eine Klarstellung in der Verwaltungsvereinbarung, dass das Kontrollrecht der Ministerien hinsichtlich Büchern und Belegen erweitert wird und dass dem Bundesrechnungshof nachträglich - wohlge-merkt nachträglich; denn wir wollen, dass die Investitionen schnell erfolgen - ein Kontrollrecht ermöglicht wird? Wir sind uns doch darüber einig: Wenn man weiß, dass man

nachher kontrolliert wird, passt man besser auf. Sonst sucht man sich einen bequemen Ausweg. Frau Kuban, wenn schon diese „blöde“ Regelung im Rahmen der Föderalismusreform I getroffen wurde - übrigens nicht wegen des Bundes, sondern wegen der Länder -, müssten Sie ein riesiges Interesse daran haben, dass auch in Zukunft ex post kontrolliert wird. Ich möchte gerne wissen, welche Kontrollmaßnahmen Sie für richtig halten, damit Sie, die Kommunen, beim nächsten Mal sagen können: „Seht ihr, wenn man in schwierigen Zeiten investiert, dann am besten in die Kommunen.“

Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU): Hinsichtlich der Kontrolle sollten wir uns ohnehin darum bemühen, dass man Kontrollen vor Ort anhand der Bücher durchführen kann, statt 50-fach Verwendungsnachweise zu erstellen und all das noch einmal zu kopieren, was dann sowieso niemand liest.

(Bettina Hagedorn (SPD): Dafür muss man aber ein Einsichtsrecht haben!)

Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Weise und an Herrn Zimmermann. Welche Wechselwirkungen ergeben sich zwischen dem Konjunkturpaket und dem SGB II bzw. den Hartz-IV-Regelungen? Mit welcher Entwicklung müssen wir rechnen? Was können wir durch das Paket dämpfen?

Dr. Ole Schröder (CDU/CSU): Ich bitte Sie, zu den Veränderungen im Bereich des Vergaberechts und zur Einführung der Schwellenwerte Stellung zu nehmen. Welche Auswirkungen sehen Sie? Sehen Sie das generell positiv, oder haben Sie Bedenken hinsichtlich Korruption, aber auch hinsichtlich der Probleme, die sich unter Umständen für mittelständische Betriebe ergeben könnten?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Umsetzung des kommunalen Investitionspaketes. Haben Sie die Befürchtung, dass die Kommunen zur klassischen Form der Finanzierung und zur klassischen Durchführung von Bauvorhaben zurückkehren und öffentlich-private Partnerschaften wieder in den Hintergrund treten, weil durch die extrem kurzen Fristen ÖPP-Projekte sehr schwer umsetzbar werden?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine dritte Frage, die ich aber nicht stellen darf, hätte sich an alle Sachver-

ständigen gerichtet. Ich hätte sie gefragt, was sie von dem Vorschlag des Kollegen Schneider halten, der sich gestern dafür ausgesprochen hat, Bundesminister Steinbrück das Wirtschaftsministerium zu unterstellen.

Ich habe noch zwei andere Fragen. Die eine richtet sich an Herrn Zimmermann. In der Presse ist immer wieder von Befürchtungen zu lesen, dass es in der Eurozone Länder gibt, die von einer Staatspleite bedroht sind. Ist im Konjunkturpaket für einen solchen Fall etwas vorgesehen? Wie könnte man sicherstellen, dass unser Haushalt nicht allzu sehr damit belastet würde?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Rosenkranz. Sie haben die in der Bundesrepublik produzierten Autos angesprochen. Wie sehr verstärkt sich der Druck, dass sich durch die derzeitige Entwicklung in den USA die Zeiten ändern und die Autos nicht mehr zeitgemäß sind? Besteht Anlass zur Sorge, dass in den USA genau die Autos gebaut werden, die auf eine immer größere Nachfrage stoßen? Die ersten Umfragen zur Abwrackprämie zeigen, dass jetzt verstärkt Kleinwagen bestellt werden, die am sparsamsten sind. Wir haben in der Bundesrepublik aber mindestens zwei oder drei Autohersteller, die solche Autos gar nicht produzieren. Werden wir durch die derzeitige Entwicklung in den USA verstärkt unter Druck geraten?

Vorsitzender Otto Fricke: So weit die Fragen. Nun zur letzten Antwortrunde.

Sachverständiger Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise (Bundesagentur für Arbeit): Die Frage war, inwiefern sich das Konjunkturpaket auf den Bereich der Grundsicherung - im Volksmund Hartz IV - auswirkt. Ausgangslage ist: Dieser Bereich ist durch die gegenwärtige Konjunkturlage von zwei Seiten bedroht. Erstens finden sich unter den weniger werdenden offenen Stellen immer weniger Arbeitsplätze für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II, weil man ganz nüchtern eine Bestenauslese macht und diejenigen, die aus Beschäftigung heraus arbeitslos werden, die besten Chancen haben, die offenen Stellen zu besetzen. Das heißt, Abgänge in Beschäftigung aus der Grundsicherung werden zurückgehen.

Die zweite Gefahr besteht darin, dass durch die Zahlung von Kurzarbeitergeld möglicherweise Menschen hilfebedürftig werden, die in der Summe keine existenz-

sichernden Einnahmen mehr erzielen, die sogenannten Aufstocker.

(Sachverständiger Michael Sommer
(Deutscher Gewerkschaftsbund):
Und Leiharbeit!)

- Es ist auch mit Abgängen aus der Zeitarbeit zu rechnen; dort tritt die Arbeitslosigkeit jetzt hauptsächlich auf.

Im Konjunkturpaket sind zwei Maßnahmen vorgesehen. Zum einen stellen Sie 200 Millionen Euro für 2 500 zusätzliche Stellen zur Verfügung, und zwar nicht befristet, sodass wir damit disponieren können. Zum anderen stellen Sie 400 Millionen Euro für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung.

Ich halte es in operativer Hinsicht für sinnvoll, das Personal einzusetzen, um den Menschen und ihrem individuellen Anliegen gerecht zu werden. Wir haben die Erfahrung gemacht - das zeigt die Evaluation aller Arbeitsmarktprogramme -, dass es besser ist, konkrete, direkte, schnelle, fachliche und freundliche Zuwendung im Einzelfall zu leisten und zum Beispiel Jugendliche notfalls drei- bis viermal pro Woche einzuladen, um zu erkennen, was ihnen hilft, und je nachdem streng oder auch fürsorglich vorzugehen. Insofern ist die Entfristung bei den Mitarbeitern im Kundenkontakt richtig. Ich brauche in dem Bereich Mitarbeiter, die sich keine Gedanken über ihre eigene Existenz machen müssen und bei denen sich die Investitionen in Aus- und Fortbildung lohnen.

Die 400 Millionen Euro sind ein großer Betrag. Es wird sich zeigen, ob er ausreicht, um alle Maßnahmen und Programme durchzuführen, die die Menschen brauchen, wenn es bei dem für 2009 erwarteten Minus von 2,25 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt bleibt.

Sachverständige Monika Kuban (Deutscher Städtetag): Ich halte die Regelungen zum Nachweis der Verwendung in § 4 der Verwaltungsvereinbarung für ausreichend. Darin ist geregelt, wie zu verfahren ist, welche Berichtspflichten der Länder gegenüber dem Bund es gibt und dass dem Bund Prüfungsbemerkungen der Landesrechnungshöfe mitgeteilt werden. In der Verwaltungsvereinbarung heißt es: „Der Bund kann in Einzelfällen Nachweise verlangen.“ Das reicht eigentlich aus. Es wird auch darauf hingewiesen, dass ein unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand zu vermeiden ist. Wenn

seitens des Bundes Bedenken bestehen, kann er weitergehende Nachweise verlangen und ins Detail gehen. Meines Wissens liegt zum heutigen Tag ein Schreiben des Bundesrechnungshofs vor, der alles prüfen will.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU):
Soll!)

Ich glaube, dass die vorgesehenen Regelungen ausreichen. Es ist sicherlich klar, dass die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel geprüft werden muss. Darauf hat der Bund auch einen Anspruch. Ich halte die in der Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Flexibilität, bei Bedarf verstärkt prüfen zu können, für ausreichend. Von den Kommunen wird nicht in Zweifel gezogen, dass dies notwendig ist. In Nordrhein-Westfalen ist es Teil der Vereinbarung, dass die Kommunen für die nicht zweckentsprechende Verwendung der Gelder haften. Das heißt, dass nicht das Land dafür haftet. Wie ich anfangs ausgeführt habe, wird in der Diskussion in den Kommunen bereits dem Finanzministerium unterstellt, dass es sehr gründlich darauf achten wird, ob die Mittel zweckentsprechend verwendet werden.

Ich weiß nicht, ob die Frage zu den ÖPP-Projekten an mich gerichtet war. Aber zu dem Verdacht, dass die Kommunen jetzt wieder zur konventionellen Finanzierung zurückkehren, sei mir die Bemerkung gestattet, dass bisher 80 Prozent der ÖPP-Maßnahmen von den Kommunen durchgeführt wurden. Gerade die Kommunen sind mit diesen Projekten vorangegangen. Wenn sich der Bund daran ein Beispiel nehmen würde, dann wäre das ein großer Fortschritt für den Bereich ÖPP.

Diese Art der Förderung mag schwierig sein, was die Schnelligkeit angeht, aber die Kommunen sind in diesem Bereich beispielhaft, sodass man davon ausgehen kann, dass sie auch weiterhin unkonventionelle Finanzierungswege finden, wenn es irgend möglich ist.

Sachverständiger Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD): Man bräuchte etwas mehr Zeit für die Beantwortung der Fragen; aber ich werde versuchen, mich so kurz wie möglich zu fassen.

Zunächst zu der Frage nach den Niedrigzinsen der amerikanischen Notenbank: Ich bin gerade von einer sehr intensiven zweitägigen Konferenz in New York zurückgekehrt, auf der ich mit amerikanischen Spit-

zenökonomern auch diese Frage diskutiert habe. Ich teile - wie auch die meisten Ökonomen in den USA - nicht die Auffassung, dass die Niedrigzinsen der amerikanischen Notenbank ursächlich für die Krise sind. Die Notenbank hat generell keinen Einfluss darauf, wie das Geld verwendet wird. Sie hat nicht einmal konkret Einfluss darauf, ob es unmittelbar in Richtung Inflation oder Wachstum geht. Aber dass dieses Geld unmittelbar in Zockerei hineinfließt, ist völlig neu, Herr Kampeter. Dafür gibt es keine Theorie. Vielleicht haben Sie sie aufgestellt.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Es gibt aber empirische Trends!)

- Nein, die gibt es nicht. Es gibt vielmehr eine weltweite Vermutung. Ich weiß, dass sie in Deutschland sehr beliebt ist, aber es spricht nichts dafür, dass sie zutrifft. Denn es gibt andere Niedrigzinsländer mit einer vernünftigen Regulierung des Hausmarktes und der Immobilienfinanzierung, in denen nichts dergleichen passiert ist. Dass sich die Schweizer Banken mit amerikanischen Giftpapieren vollgesogen haben, ist ein anderes Thema, aber in der Schweiz ist trotz einer sehr langen Niedrigzinspolitik nichts dergleichen passiert. In Japan gibt es ebenfalls eine extreme Niedrigzinspolitik. In Großbritannien gibt es trotz relativ hoher Zinsen - das Land hat niemals eine so extreme Niedrigzinspolitik betrieben - eine Hauspreisblase. In Spanien, wo es einige Jahre niedrige Realzinsen gab und die Zentralbank - also die Europäische Zentralbank - nichts grundlegend falsch gemacht hat, gibt es trotzdem eine Hauspreisblase.

Ursächlich ist vielmehr die Deregulierung vieler Märkte in den USA. Aber das müsste man im Detail diskutieren. Das ist meines Erachtens eine zentrale Frage für die Überwindung der Finanzmarktkrise. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass wir die Papiere mit bestimmten sogenannten Innovationen am Finanzmarkt weltweit gestreut haben, auf die ich an dieser Stelle nicht im Einzelnen eingehen kann.

Die Frage, ob es zu einem Crowding-out kommt, haben Herr Zimmermann und ich bereits diskutiert. Meiner Meinung nach ist kein Crowding-out in Sicht, solange die weltweite Investitionstätigkeit nicht deutlich anspringt. Wenn die in Gang gesetzten Maßnahmenpakete ausreichen, um die Privatinvestitionstätigkeit anzuregen, dann können

und sollen sich die Staaten zurückziehen; aber davon sind wir unendlich weit entfernt.

Die Frage, ob ich die Auffassung hinsichtlich des Währungsschnitts im Euroland teile, ist zu verneinen. Es gibt in der Tat im Euroland Problemländer. Aber daran ist Deutschland nicht unschuldig. Wir wissen inzwischen, dass in der Tat ein Währungsschnitt droht, aber nicht eine Währungsreform im klassischen Sinne, sondern ein Auseinanderbrechen der Eurozone, weil es eine gewaltige Lücke in der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Raum gibt, an der Deutschland mit seiner Niedriglohnpolitik der letzten zehn Jahre maßgeblich beteiligt war. Denn Deutschland hat gegen die implizite Regel der Währungsunion verstoßen, eine Inflationsrate von 2 Prozent durch eine Lohnstückkostensteigerung von 2 Prozent zu unterstützen. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern hat Deutschland das nicht getan.

Insofern gibt es Unsicherheiten über Währungsfragen, die sich in einem höheren Spread von Griechenland, Spanien und anderen Ländern niederschlagen. Die spanische Staatsverschuldung ist im Vergleich zur deutschen lächerlich gering. Trotzdem ist der Spread sehr groß. Das hat außenwirtschaftliche Gründe; es liegt aber nicht daran, dass die spanische Haushaltspolitik unsolid gewesen wäre.

Meine letzte Bemerkung bezieht sich auf die Inflation und die USA. In der Tat gibt es in den USA eine heftige Diskussion über die Frage, ob eine milde Inflationierung nötig ist, um das Problem auf Dauer zu lösen. Ich halte das nicht für notwendig. Es muss zwar eine Rückkehr zu normalen Inflationsraten von 2 oder 3 Prozent erfolgen, aber die Notwendigkeit einer Inflationierung sehe ich nicht. Aber auch das ist eine sehr tiefgehende Frage. Man muss sich mit der Frage befassen, ob das viele Geld, das in das System hineingepumpt wurde, per se inflationär wirkt oder nicht. Ich neige, wie Sie sich denken können, nicht der monetaristischen Auffassung zu, dass dies der Fall ist. Denn wir haben in den letzten Monaten gesehen, dass die monetaristische Auffassung weltweit keine Rolle mehr spielt.

Wir haben es mit einer unglaublichen Aufblähung der Geldmengen zu tun, weil die Nationalbanken in vielen Ländern sozusagen unmittelbar für Kreditbeziehungen zwischen den Privatbanken eingetreten sind, die es nicht mehr gibt. Das heißt, die Umlauf-

geschwindigkeit des Geldes ist dramatisch zurückgegangen, weil es keinen normalen Finanzmarkt mehr gibt. Insofern ist die Indikation über hohe Geldmengen im traditionellen Sinn jetzt in keiner Weise mit Inflation in der Zukunft verbunden.

Sachverständiger Dr. Gerd Rosenkranz (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Herr Nouripour hatte nach möglichen Auswirkungen des amerikanischen Politikwechsels auf die deutsche Autoindustrie gefragt. Dahinter steht vermutlich die allgemeine Weisheit, dass die Amerikaner einen Politikwechsel dynamischer und schneller als wir durchführen können; sie könnten uns schnell überholen. Ich glaube, dass in der Autoindustrie die Amerikaner einen weiten Weg vor sich haben, sodass ich dieses Problem kurzfristig nicht sehe. Ein Problem für die deutsche Autoindustrie werden aber andere Länder - Japan, Frankreich, Italien und Südkorea - sein. Das gilt für den Inlandsmarkt, aber auch für den nicht unwichtigen amerikanischen Markt selber.

Ich möchte aber auf etwas anderes hinweisen. Es ist sicherlich allen klar, dass im Falle eines weltweiten Aufschwungs die Ölpreise steigen, und zwar nicht zu knapp. Gerade heute ist in der Presse zu lesen, dass die angefangenen Ölförderprojekte jetzt wegen der niedrigen Ölpreise zum großen Teil stillstehen, was zwar aus ökologischer Sicht zunächst einmal kein Schaden ist, aber zu einem massiven Anstieg der Ölpreise führen wird, und zwar in einer Situation, in der Länder wie China und Indien prosperieren und ungeheure Wachstumsraten beim Autoverkauf verzeichnen, weil immer mehr Menschen ein Auto haben wollen. Insofern wird der Spritverbrauch in Zukunft eine sehr viel größere Rolle spielen als bisher. Viele Leute, die gerade so in der Lage sind, sich ein Auto zu leisten, werden sehr genau auf den Spritverbrauch achten. Da die deutsche Industrie vor allem vom Export lebt und gerne an dieser Entwicklung teilhaben möchte, ist es ausgesprochen wichtig, die Weichen richtig zu stellen.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.): Wenn man die verschiedenen Anmerkungen zusammenfasst, ging es, glaube ich, im Wesentlichen um drei Fragen. Das eine war die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt-

politik und Konjunkturpaket, die auch an Herrn Weise gerichtet wurde. Dazu möchte ich unterstreichen, dass es wichtig ist, engagiert an der bisherigen Arbeitsmarktpolitik festzuhalten. Unter den bestehenden Rahmenbedingungen ist Aktivierung umso nötiger. Mit dem Konjunkturpaket, das auf kurzfristige Wirkung abzielt, kann Langzeitarbeitslosen kaum direkt geholfen werden. Die Lage ist für Langzeitarbeitslose besonders schwierig. Insbesondere dabei ist die Bundesagentur für Arbeit gefordert. Die Stützungsmaßnahmen über das Kurzarbeitergeld tragen nur dazu bei, kurzfristige Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Insofern ist es nur partiell hilfreich, die strukturellen Reformen zu unterstützen.

Die zweite Frage betraf die Verschuldung von Bund und Ländern. Es ist sicherlich richtig, dass zurzeit in der Regel der Staat eintritt und die private Wirtschaft beobachtet. In dem Moment, wenn die private Wirtschaft wieder anspringt, wird sie sich wieder um Kredite bemühen. Dann wird es durchaus zu einem Wettbewerb um die Kredite kommen.

Woher soll die Bereitschaft zur Verschuldung kommen? Diese Frage steht im Raum. Überall auf der Welt wollen der Staat und eine wieder erstarkende Wirtschaft an Kredite kommen. Das wird ohne Zinssteigerungen nicht möglich sein. Zinssteigerungen sind im Übrigen auch Teil des Prozesses, wieder zu normalen Verhältnissen zurückzukehren. Wir haben ein extrem niedriges Zinsniveau. Niemand wird glauben, dass wir das auf Dauer beibehalten können, weil dadurch auch die Inflation ansteigt. Der Prozess wird extrem schwierig sein. Es ist durchaus vorstellbar, dass einzelne Länder in Europa und anderswo in Schwierigkeiten geraten. Dann kann zwar der IMF helfen, aber letzten Endes muss sicherlich innerhalb der Eurozone eingegriffen werden.

Ein Ratschlag, wie wir vermeiden können, dass Deutschland wieder zahlen muss, reicht nicht aus. Ich glaube, so einfach darf man das nicht sehen. Sicherlich ist der Euro sozusagen als Gesamtkunstwerk für Deutschland auch in Zukunft überlebensnotwendig. Sie haben gesagt, Herr Sommer, wir müssten von Exporten zu Konsum umsteuern. Ich verstehe zwar den Grundgedanken; aber die Rolle Deutschlands als eine Wirtschaftsnation, die ganz massiv auf die weltweite Verflechtung angewiesen ist, ist historisch gewachsen und beruht auf den Entscheidungen von Menschen, auf Nachfrage usw. So

wie die Amerikaner nicht über Nacht zu Sparrern werden können, werden wir nicht über Nacht zu Konsumenten. Insofern warne ich davor, das als Lösung zu propagieren, auch wenn ich grundsätzlich verstehe, dass man sich stärker binnenwirtschaftlich verankern sollte.

Die entscheidende Frage, die auch zwischen Herrn Flassbeck und mir diskutiert wurde, ist, wie wir die Krise analysieren, welche Ursachen sie hat und wie wir aus der Krise herauskommen. Ich glaube, das ist eng miteinander verknüpft. Wenn man nicht weiß, wie man in die Krise hineingekommen ist, dann ist es sicherlich schwierig zu beurteilen, wie wir herauskommen können. Ich bin sicher, dass wie bei der Weltwirtschaftskrise in den 20er- und 30er-Jahren über die Ursachen dieser Krise noch viele Jahre gestritten werden wird.

Fakt ist, dass die amerikanische Zentralbank nicht nur für niedrige Zinsen gesorgt hat, sondern - das ist der entscheidende Punkt - auch negative Realzinsen zugelassen hat. Auch ich bin häufig in den USA. Wahrscheinlich treffen wir dort nicht dieselben Personen. Dort ist durchaus eine heftige Diskussion im Gange, inwieweit darin ein wesentlicher Grund liegt. Wenn das ein Punkt ist, den wir beachten müssen - negative Realzinsen bedeuten, dass es besser ist, sich rücksichtslos zu verschulden, um es auf den Punkt zu bringen -, dann ist im Übergang zur Normalität, wenn die Inflation ansteigen wird, gerade bei Bonds mit niedrigen Zinsen die Gefahr groß, in eine solche Phase hineinzurutschen. Ich halte den Übergang zu normalen Verhältnissen bzw. zum Absaugen der Geldmenge nicht für ganz einfach. Insofern liegt in der Art und Weise, wie wir jetzt die Krise bewältigen, die Chance dafür, dass wir die nächstfolgende Herausforderung, die in ein paar Jahren bevorsteht, erfolgreich bewältigen.

Vorsitzender Otto Fricke: Meine Damen und Herren Sachverständige! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich ganz herzlich bedanken, auch beim Stenografischen Dienst, der wieder einmal gute und schnelle Arbeit leistet. Die Vorbereitung war sicherlich in der kurzen Zeit nicht leicht. Aber wir haben doch einiges an Informationen bekommen. Jetzt bleibt zu hoffen, dass wir bis Freitag im Bundestag und dann bis Mittwoch im Bundesrat zu guten Ergebnissen kommen. Ich

darf mich für Ihre Mühe noch einmal herzlich
bedanken.

(Schluss: 13.22 Uhr)



Otto Fricke
Vorsitzender